Montag, 22. Dezember 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 · Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 · Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 297 - 52.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 800,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 8,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8,00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 850 TL.

POLITIK

Arbeitsmarkt: Eine positive Entwicklung ist nach Ansicht des *Präsidenten* der Bundesanstalt für Arbeit, Franke (Foto), in 1987 auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten. Die Trends von 1986 ließen hoffen. (S. 8)



„DDR“: 22 Mitglieder des Ost-Berliner „Öko-Kreises“ haben sich bei SED-Chef Honecker für die Freilassung zweier Mitglieder der Friedensbewegung eingesetzt. Sie hatten westliche Rundfunk-Mitschnitte zum Thema Tschernobyl weiterverbreitet.

Ausreise: Der *in* Breslau *lebende* Dichter Lothar Herbst hat nach langen Bemühungen und mehreren Ablehnungsbescheiden von Warschau die Erlaubnis erhalten, sich in Lübeck einer augenärztlichen Behandlung zu unterziehen.

Terrorismus: Nach dem Fund eines umfangreichen Waffenlagers bei Paris hat die Polizei bis zum Wochenende sechs Verdächtige aus dem Nahen Osten festgenommen. Darunter sind auch zwei syrische Regimegegner.

Kuba: Der nach 21 Jahren Haft freigelassene kubanische Regimekritiker Gutierrez Menoyo ist in Madrid eingetroffen. Castros früherer Kampfgefährte war 1965 unter dem Verdacht der Zusammenarbeit mit dem CIA zunächst zum Tod verurteilt worden.

Nigeria: Einer der Vizedirektoren des Schweizer Chemie-Konzerns Ciba-Geigy, Hans-Rudi Urscheler, *ist auf einer Geschäftsreise in Nigeria* erschossen worden. Das Attentat ereignete sich in der Nähe des Flughafens Lagos.

Südafrika: In einem Schwarzen-Vorort der Hafenstadt Port Elizabeth *haben Schwarze* einen Landsmann lebendig verbrannt. Die Polizei vermutet, daß es sich um einen politisch motivierten Racheakt handelt, dessen Hintergründe noch unbekannt sind.

Brandanschläge: *In mehreren* Kaufhäusern und Geschäften in den Hamburger Stadtteilen Barmbek und Bergedorf sind am Sonntag Brände ausgebrochen, die offenbar durch Brandsätze mit Zeitzündern verursacht wurden.

Heute in der WELT

Raissa Maximowa Gorbatschowa

In London wollte sie von Premierministerin Thatcher wissen, wo diese denn ihre schönen Ohrringe herhabe. Prompt kaufte sie sich das gleiche Ohrgehänge. In Reykjavik charakterisierte sie kühn das sowjetische Außenministerium, als ihr die Besichtigungstour zu vollgepfropft erschien: „Die planen und planen, dann ändern sie alles“. Egal, wohin der sowjetische Parteichef reist, Raissa Maximowa Gorbatschowa ist immer dabei. Ein Porträt von Rose-Marie Borngäßer. Seite 5

WIRTSCHAFT

Erdöl: Die Fachminister von zwölf der 13 Opec-Mitgliedstaaten haben sich am Wochenende, am 10. Tag ihrer 80. Konferenz, mühsam auf die Festlegung neuer Förderquoten und Preise geeinigt. Danach will das *Kartell* in den ersten sechs Monaten 1987 insgesamt 15,8 Millionen Barrel täglich fördern, bei einem Richtpreis von 18 Dollar pro Barrel. (S. 9)

Sozialgesetze: In einem stürmischen parlamentarischen Wettlauf vor Beginn der Parlamentsferien hat die französische Regierung ein Veto von Präsident Mitterrand umgangen und flexiblere Arbeitszeitregelungen verabschieden lassen. Der sozialistische Präsident hatte sich geweigert, die Neuregelung auf dem Verordnungsweg abzuzeichnen. (S. 2 und 9)

KULTUR

„Weihnachtstod“: Franz Xaver Kroetz bekannte: „Ich bin ein altes *Theaterpferd*“, und er bewies dies jetzt im Werkraum der Münchner Kammerspiele mit der Uraufführung seines „Bayerischen Requiem“. Es ist ein Volksstück, ein Rückgriff auf alte Dramaturgie des Wohnküchenmiefs. Kroetz strahlt glücklich. (S. 15)

Opern: Zwei Premieren zu Weihnachten – „Turandot“ in Berlin *und „Rigoletto“ in Hamburg.* Musik-Theater an der Alster, jene Krisen-Produktion, die zum Höhepunkt hatte werden sollen. Sie wurde vom Publikum bejubelt und leicht umbuht. An der Spree Betroffenheit; auch chinesische Höflichkeit wurde versagt. (S. 15)

SPORT

Ski Alpin: Nach 1979 gab es wieder einen Salom-Sieg für den Deutschen Ski-Verband *(DSV)*: Armin Bittner aus Krün (Foto) gewann den vierten Weltcup-Slalom dieser Saison im österreichischen Hinterstoder. (S. 12)

Tennis: Nur 49 Minuten brauchte Steffi Graf, um bei den nationalen Hallenmeisterschaften in Mainz mit einem 6:3, 6:3 gegen Heike Thoms (Flensburg) den Titel zu gewinnen. Herren-Meister wurde Patrick Kühnen. (S. 13)

AUS ALLER WELT

Fahnder: Mit Hilfe von Sonargeräten und eines kleinen, mit TV-Kamera und Kleinbildkamera ausgerüsteten Unterwasser-Roboters (Foto) ist es jetzt erstmals gelungen, *in einem* Seegebiet nordwestlich von San Francisco einen Fall von „Fahrerflucht auf See“ eindeutig aufzuklären. (S. 16)

Alfred Lecki: Der 48 Jahre alte Gewaltverbrecher, der drei Monate nach seiner Flucht aus der Bonner Universitäts-Klinik auf der Nordsee-Insel Sylt von einem Spezialkommando der Polizei überrascht und *festgenommen* worden war, befindet sich nun wieder in Händen der nordrhein-westfälischen Justiz. (S. 16)

Verkehr: Der Winter droht; Glatteis, Sturmböen, Schnee- und Regenschauer haben den vorweihnachtlichen Verkehr in vielen Gebieten der Bundesrepublik empfindlich behindert. Auch der Streik der französischen *Lokführer* wirkte lähmend. (S. 16)

Studenten in Schanghai rufen nach Demokratie und Freiheit

„Das Volk läßt sich nicht versklaven“ / Bevölkerung unterstützt Proteste

DW./jhe. **Peking**

Die größten Demonstrationen in China seit dem Ende der Kulturrevolution vor zehn Jahren sind nicht auf die Studenten der Hafenmetropole Schanghai beschränkt geblieben: Sie *gewannen durch die Unterstützung* aus der Bevölkerung an Dynamik. Der Ruf der Hochschüler nach Freiheit und Demokratie wurde in Schanghai von einer begeisterten Menschenmenge aufgenommen. Die Massenkundgebungen, die am Donnerstag begonnen hatten, gingen gestern weiter. Am Samstag waren bis zu 70 000 *Menschen* auf den Straßen. Es wurden Parolen wie „Im Kampf bestehen wir“, „Es lebe die Demokratie“, „Gebt uns Freiheit“ und „Wir wollen Recht, kein autoritäres Regime“ laut. Gestern versuchten die Studenten, ihre Forderung nach einer weltweiten Beachtung der Proteste durch einen Marsch zum US-Konsulat zu unterstreichen.

Ein Studentenführer rief seine Kommilitonen zu: „Öffnet Eure Augen. Wir werden alle unterdrückt. Vielleicht kommt die Polizei und löst unsere Veranstaltung auf, aber das chinesische Volk läßt sich nicht versklaven.“ Ohne Demokratie und Pressefreiheit werde China einfach nicht schnell genug vorankommen.

Die Demonstranten forderten von dem Bürgermeister der Zwölf-Millionen-Stadt, *Jiang Zemin*, die Proteste als legal anzuerkennen. Dies sei ihnen zunächst auch zugesichert worden, sagten Studentenvertreter. Später habe der Bürgermeister jedoch rund 200 Demonstranten festnehmen lassen.

SEITE 5:
Streit verschärft sich

Dutzende von Demonstranten seien zusammengeschlagen worden. Ein Sprecher der Stadtverwaltung dementierte die Festnahmen, räumte jedoch *ein*, Straßenblockaden *stellten* eine Verletzung der Gesetze dar.

Jiang, der als „fortschrittlich“ gilt und die Wirtschaftsreformen von Deng Xiaoping unterstützt, hatte bereits am Freitag zu den Studenten gesprochen und erklärt, es liege nicht in seiner Macht, Pressefreiheit zu gewähren. Deng hatte Reformen in Aussicht gestellt, jedoch betont, daß dabei langsam vorgegangen werden müsse.

Ein japanischer Journalist berich*tete*, die Unmutsäußerungen hätten sich zum Teil an trivialen Anlässen wie der Qualität des Mensaessens *entzündet und seien anschließend in* Demonstrationen für demokratische Reformen übergegangen. Studenten sagten, es hätte sich auch deshalb Wut angestaut, weil die Polizei zwei Kommilitonen verprügelt habe, die bei einem Konzert der amerikanischen Pop-Gruppe „The Beach Boys“ auf die Bühne gegangen waren.

Die Demonstrationen setzen Befürworter und Gegner von Reformen gleichermaßen unter Druck. Parteiideologen um Chen Yun und Peng Zhen sträuben sich gegen den Re*formkurs Dengs. Vor dem Nationalen* Volkskongreß hatte Peng erst kürzlich die studentischen Forderungen als Versuch abgekanzelt, die „bürgerliche Demokratie“ einzuführen. „Als leuchtete der Mond der kapitalistischen Gesellschaft heller als unsere Sonne“, rief er aus und verteidigte das Prinzip von der Überlegenheit der „sozialistischen Demokratie“.

DER KOMMENTAR

Krise und Umbruch

CARL GUSTAF STRÖHM

Der Chef des Regimes griff zum Telefon und rief den seiner Freiheit beraubten (geistigen) Chef der Opposition an, um ihm seine Freilassung mitzuteilen. Der Chef der Opposition bedankte sich, forderte aber den Chef des Regimes auf, auch alle anderen politischen Gefangenen zu befreien. Der Chef des Regimes sagte, man werde sehen – und im *übrigen seien „viele“ doch bereits* freigekommen. Darauf der Sprecher der Opposition: „Nicht einige, sondern alle müßten befreit werden.“

Dieser Dialog zwischen Michail Gorbatschow und Andrej Sacharow *klingt wie ein Märchen – und* ist doch Realität. Er verrät eine Situation der Krise und des Umbruchs, in der sich die Sowjetunion heute befindet. Denn zum erstenmal in der sowjetischen Geschichte hat der Chef des Regimes anerkannt, daß einer der wichtigsten, wenn nicht gar der wichtigste Oppositionelle des Landes, nicht als „antisowjetischer Verbrecher“, sondern als patriotischer Bürger anzusehen ist. Aber *Gorbatschow braucht in den* schweren inneren Kämpfen, die ihm bevorstehen, die Unterstützung der liberalen, undogmatischen, auch oppositionellen Intelligenz. Auch die Vorgänge in Kasachstan haben bewiesen, daß das sowjetische Riesenreich turbulenten Zeiten entgegengehen könnte.

Gorbatschows Dilemma ist: Versucht er etwas neues, stößt er auf heftigen Widerstand. Die Fort*setzung des bisherigen Kurses* aber würde die Sowjetunion auf lange Sicht zu einer zweitrangigen Macht, ja, zu einem Entwicklungsland degradieren.

Während sich in der Sowjetunion von Kasachstan bis *Gorki geradezu revolutionäre* Veränderungen ankündigen, demonstrieren in Shanghai tausende von chinesischen Studenten für mehr Demokratie; und in Belgrad weigert sich die Akademie der Wissenschaften unter Berufung auf Demokratie und wissenschaftliche Freiheit, den Befehlen der jugoslawischen Partei nachzukommen. Die kommunistischen Systeme stoßen überall auf die Grenzen, die im Wesen der *menschlichen Natur* liegen.

Bonn verteidigt Hilfen für Airbus

Amerikanische Kritik zurückgewiesen / WELT-Gespräch mit Staatssekretär Grüner

W. FURLER, **Bonn**

Die Bundesregierung hat die Unterstützung des Airbus' gegen amerikanische Kritik verteidigt. US-Handelsrepräsentant Clayton Yeutter hatte die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Frankreich vor *einem Handelskrieg* gewarnt, der aus der Subventionierung des Airbus entstehen könnte.

Dazu erklärte der *Parlamentarische* Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministers, Martin Grüner, gegenüber der WELT, daß die deutschen Subventionen für das Airbus-Programm mit den Regeln des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen Gatt völlig in Einklang stünden. Grüner verwies darauf, daß die Zuschüsse rückzahlbar seien. Die Bonner Linie laute unverändert, das Airbus-Programm so rasch wie möglich in die Verantwortung privater Unternehmen zu überführen und es durch eine Erweiterung der privaten Kapitaldecke auf eine breitere Basis zu stellen. Dies sei den Verantwortlichen in Washington in etlichen Gesprächen verdeutlicht worden, und die Reaktionen der Amerikaner seien, auch wenn dieses Ziel noch nicht erreicht wurde, durchaus positiv gewesen.

Doch der Druck auf die US-Administration im Zusammenhang mit dem *hohen Handelsbilanzdefizit* gebe zu besonderer Vorsicht Anlaß, erklärte Grüner. So seien die jetzigen Airbus-Vorwürfe nicht als Einzelfall zu werten, sondern paßten in die Gesamtlinie, wie die Differenzen um die deutschen *Werkzeugmaschinenexporte* und der Agrarkonflikt mit der EG zeigten. Umso intensiver bemühe sich Bonn um die Fortsetzung der Gespräche mit Washington über das Airbus-Problem, und zwar auf europäischer Basis, auch wenn es keinen *neuen Sachverhalt gebe, und sich an* der Lage nichts verändert habe.

Seite 2:
Handels-Luftkrieg

Die Bundesregierung habe sich dabei stets bemüht, die Airbus-Finanzierung offenzulegen. Gleichzeitig sei aber darauf verwiesen worden, daß die amerikanischen Flugzeughersteller in Teilbereichen „absolute Monopolisten“ seien (gemeint ist insbesondere Boeing mit seinem Jumbo-Jet 747) und gerade mit Blick auf die *zivile Luftfahrt einen enorm starken* Markt in Europa hätten.

Bundesfinanzminister Gerhard *Stoltenberg hat die Bereitschaft* der Bundesregierung zu Hilfen für die Airbus-Industrie angedeutet. In einem Interview mit der „Welt am Sonntag“ sagte Stoltenberg, es gebe Argumente dafür, von 1988 an bestimmte Bürgschaften, die der Bund bisher gegeben habe, in Zuschüsse umzuwandeln. Als unverzichtbar nannte Stoltenberg aber einen stärkeren Beitrag der Industrie. Die Arbeitsteilung könne nicht so sein, daß die führenden ertragsstarken Industrieunternehmen durch Beteiligung *an Unternehmen der Luftfahrtindustrie* modernste technologische Erkenntnisse übernähmen und der Staat die ganze Rechnung zahle.

In der Union Uneinigkeit über Meldepflicht bei Aids

München: Immunschwäche nicht nur bei Randgruppen

DW. **Köln**

In der Union ist ein Meinungsstreit darüber entbrannt, ob für Aidskranke eine Meldepflicht eingeführt werden soll. Zudem gibt es in der CSU offenbar unterschiedliche Vorstellungen über *die effektivste Art der* Vorbeugung. Die Differenzen betreffen nicht nur die grundsätzliche Einführung einer Meldepflicht, sondern auch den Personenkreis, den diese erfassen sollte. Peter Gauweiler, Staatssekretär im Bayerischen Innenministerium, *nannte eine zumindest anonyme* Meldepflicht als Voraussetzung für eine Bekämpfung der Immunschwäche, während Bundesgesundheitsministerin Rita Süssmuth bei der Ablehnung einer solchen Maßnahme bleibt.

Gauweiler geht davon aus, daß *Aids nicht nur in Rand- und Risiko*gruppen vorkommt und hält die Aussage von einem Teil der Experten, nur eine Minderheit der Infizierten erkranke tatsächlich, als eine Fehleinschätzung. Weil die Ausbreitung der bislang stets tödlich verlaufenden *Infektion nur durch konsequente* Hygiene und Schutzmaßnahmen bekämpft werden könne, müßten die Ansteckungswege abgeschnitten werden. Dies setze die Information über die Ausbreitung voraus. „Es bedarf deshalb dringend einer bundeseinheitlich geregelten Meldepflicht – *mindestens in anonymer Form* – an das unter der ärztlichen Schweigepflicht stehende örtliche Gesundheitsamt“, so Gauweiler im „Express“.

Demgegenüber sprach sich Kurt Faltlhauser, der Gesundheitsexperte der CSU, für eine begrenzte Meldepflicht aus, die vier Risikogruppen *betreffen soll: Strafgefangene, polizeilich* registrierte Rauschgiftsüchtige, Prostituierte sowie Berufsgruppen, die mit Blut in Kontakt kämen, wie Ärzte. In einem Anti-Aids-Gesetz müßte für diese Gruppen ein Aidstest verbindlich gemacht werden, *so Faltlhauser in der „Bild am* Sonntag“.

Rita Süssmuth hatte in einem WELT-Gespräch (WELT v.16.12.) die Ablehnung einer Meldepflicht damit begründet, daß sich dann weniger Bürger als bisher freiwillig einem Aidstest unterzögen. Nur mit Aufklärung und Vorsicht beim Geschlechtsverkehr könne Aids bekämpft werden.

Sacharow: Ich gebe den Kampf nicht auf

Erwartet Kreml vom Nobelpreisträger politische Unterstützung? / Tataren-Führer freigelassen

DW. *Moskau/Bonn*

Der sowjetische Atomphysiker Andrej Sacharow und seine Frau Jelena Bonner wollen heute abend mit dem Zug die 400 Kilometer lange Reise von Gorki nach Moskau antreten. Sacharow war, wie sich erst am Wochenende herausstellte, bereits am Dienstag von Generalsekretär Michail Gorbatschow telefonisch über die Aufhebung der Verbannung *unterrichtet* worden. Von dem Gespräch des Parteichefs mit dem prominentesten Bürgerrechtler berichteten die in den USA lebende Stieftochter Sacharows, Tatjana Jankelewitsch, und der in Köln wohnende Schriftsteller *Lew Kopelew. Beide hatten am Wochen*ende mit Sacharow telefoniert.

Kopelew zitierte Sacharow: „Am 15. abends, als wir gerade zu Bett gehen wollten, kam ein Agent des KGB zum Haus, begleitet von zwei Technikern, die das Telefon wieder anschlossen. Der *KGB-Agent* sagte mir, am nächsten Tag werde gegen 11 Uhr morgens ein wichtiger Telefonanruf kommen. Natürlich bin ich in *der Nähe des Telefons* geblieben, aber niemand hat angerufen, bis um 15 Uhr. Als ich dann den Hörer abnahm, sagte jemand: ‚Sie werden jetzt mit Gorbatschow sprechen'.“ Gorbatschow habe gesagt: „Kommen Sie zurück und widmen Sie sich patrioti*schen Tätigkeiten.*“

Jankelewitschs Mann Effrem vermutet, daß sich Moskau von der Begnadigung die Unterstützung offizieller Positionen im Bereich der atomaren Abrüstung durch Sacharow ver*spricht. Zeitungen hatten den Physi*ker Anfang des Jahres gebeten, über Abrüstung zu schreiben. Sacharow hatte geantwortet, er werde dies nicht tun, solange er verbannt sei.

SEITE 3:
Unmut in der Steppe

Der Präsident der Akademie der Wissenschaften, Gurij Martschuk, hat *Sacharow in Gorki besucht und ihm* nahegelegt, eine konstruktive Haltung zu den „enormen positiven Veränderungen“ einzunehmen. Sacha*row, so seine Tochter Tatjana, habe* jedoch geantwortet, er könne dem nicht zustimmen. In seinem ersten Telefoninterview aus dem Verbannungsort Gorki mit dem israelischen Rundfunk bekräftigte Sacharow seine Haltung: „Soweit es von mir abhängt, beabsichtige ich, immer zu sagen, was ich denke, weil ich das für richtig und notwendig halte.“

Kopelew sagte nach dem Telefonat: „Ich sage heute: Laßt uns Gorbatschow helfen. Was er macht, macht er gut. Ich glaube nicht an Emotionen, ich glaube an seinen Verstand, an seinen Fortschrittswillen.“

Unterdessen ist der Tataren-Führer Mustafa Dschemilew aus einem Lager in Sibirien entlassen worden. Dschemilew, der 18 Jahre in Unfreiheit verbracht hat, darf nach Taschkent, der Hauptstadt Usbekistans, zurückkehren. Stalin hatte die Krimta*taren 1944* wegen Kollaboration *mit* Deutschland nach Mittelasien deportieren lassen. Obwohl 1967 rehabilitiert, durften sie nicht zurückkehren.

Genscher sieht Signal Moskaus

DW. **Bonn**

Bundesaußenminister Genscher hat die Aufhebung der Verbannung für den Regimekritiker Sacharow auch auf eine „verantwortungsbewußte aber nicht provokatorische westliche Menschenrechtspolitik“ *zurückgeführt. Hier zeige sich der Wille* von Parteichef Gorbatschow, die Gesellschaft zu öffnen und zu modernisieren, so Genscher in der „Bild“-Zeitung. Die Entscheidung des Kreml passe zu dessen Haltung bei der Konferenz über Familienzusammenfüh*rung im Rahmen der KSZE.*

Aufgabe für Glotz in Südbayern?

DW. ***München***

Nach dem überraschenden Rücktritt des südbayerischen SPD-Bezirksvorsitzenden Jürgen Böddrich (53) haben Mitglieder des geschäftführenden Bezirksvorstands bereits SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz zur Kandidatur für dieses Amt auf dem nächsten ordentlichen Parteitag im Oktober 1987 aufgefordert. Glotz sagte dazu: Das wäre „sicher eine reizvolle Aufgabe“. Er könne darüber aber erst nach der Bundestagswahl am 25. Januar entscheiden.

Seite 4: Außer Rand und Band

„Dohnanyi mußte mit den Ausschreitungen rechnen“

Straßenschlacht bei Demonstration um besetzte Häuser

UWE BAHNSEN, **Hamburg**

Bei den schweren Zusammenstößen, die sich am Samstag während einer Protestdemonstration gegen die Räumung der ehemals besetzten *Häuser in der St. Pauli-Hafenstraße* in der Hansestadt ereigneten, sind nach möglicherweise immer noch unvollständigen Angaben der Polizei und des Veranstalters GAL 93 Polizisten und 31 Demonstranten verletzt worden. Zu der Demonstration hatten insgesamt 25 Gruppierungen aufgerufen, darunter neben der GAL auch die Jungsozialisten, die DKP und Friedensinitiativen.

Nachdem die Demonstration zunächst friedlich verlaufen war, kam es in der Nähe des Strafjustizgebäudes zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und einem „revolutionären Block“ von rund 1000 potentiellen Gewalttätern, von denen die meisten Schutzhelme trugen oder vermummt waren.

Innensenator Pawelczyk (SPD) und die Veranstalter warfen sich nach der Demonstration gegenseitig vor, *Vereinbarungen nicht eingehalten* und dadurch die Auseinandersetzungen ausgelöst zu haben. Der CDU-Fraktionsvorsitzende in der Hamburger Bürgerschaft Perschau hielt dem Senat vor, die Demonstration genehmigt zu haben. „Die schweren Ausschreitungen waren vorherzusehen. Die beiden Bürgermeister Dohnanyi und Pawelczyk wußten das.“ Der Senat habe die im Versammlungsgesetz *enthaltenen rechtlichen Möglichkeiten* nicht genutzt, „um diese Herausforderung des Rechtsstaates zu unterbinden“, und stattdessen die „Gefährdung unschuldiger Menschen in Kauf genommen“.

Seiten 2 und 3: Weitere Berichte

Ein Plädoyer für Nationalbewußtsein

DW. **Bonn**

Bundespräsident von Weizsäcker hat sich für „ein ruhiges, geklärtes nationales Bewußtsein“ ausgesprochen. Die Zeit des Nationalismus sei überwunden, sagte Weizsäcker in einem ZDF-Interview. Mit Blick auf den Nationalsozialismus erklärte *Weizsäcker, für die Jugend gehe es* „absolut nicht darum, dauernd das Kreuz zu tragen“. Aber „alle jungen Menschen können im Umgang mit sich und mit Gleichaltrigen im Ausland ein Stück Befreiung dadurch erleben, daß sie eben offenen Auges in jede Richtung der Geschichte blikken“. Weizsäcker lobte das Auftreten Boris Beckers. Wie er sich im US-Fernsehen zu der Vergangenheit ge*äußert habe*, sei beispielhaft. Man habe Becker besonderen Respekt entgegengebracht, weil er gesagt habe, es mache ihn verantwortlicher in seinem Auftreten, zu wissen, wie sich die Geschichte entwickelt habe.

Seite 8: Zwei Systeme

UNO verabschiedet ein umfassendes Sparprogramm

Perez de Cuellar: Schwerste Finanzkrise noch nicht beendet

DW. **New York**

Die 41. Generalversammlung der Vereinten Nationen ist am Wochenende mit der Verabschiedung eines *Reformpakets für die Finanzen der* Weltorganisation beendet worden. Es sieht umfassende Sparmaßnahmen und Haushaltsreformen vor, mit deren Hilfe die Zahlungsfähigkeit der Weltorganisation erhalten werden soll. Sie sollen zudem bewirken, daß die Vereinigten Staaten wieder einen vollen Finanzbeitrag zum UNO-Haushalt leisten. In einer ersten Stellungnahme aus Washington hieß es, daß *das Weiße Haus durch* den Beschluß der Vollversammlung in die Lage versetzt werde, den Kongreß um die Freigabe der zurückgehaltenen Mittel zu ersuchen.

Den Haushaltsbeitrag der USA für 1986 in Höhe von 210 Millionen Dollar hatte der Kongreß auf hundert Millionen Dollar gekürzt. Er hatte dies mit Mißwirtschaft und damit begründet, daß die großen Beitragszahler keinen *Einfluß auf den Haushalt hätten. Die*ser werde vielmehr von einer Mehrheit kleinerer Staaten kontrolliert, die nur einen Bruchteil zu den Finanzen der UNO beitrügen.

Wichtigster Bestandteil der Resolution ist eine Übereinkunft, daß der *Programm- und Koordinationsaus*schuß seine Beschlüsse künftig im Konsens fassen muß. Dies gibt den 21 Mitgliedern des Ausschusses praktisch ein Vetorecht und den USA damit ein größeres Mitspracherecht.

Auch nach den beschlossenen Sparmaßnahmen stehe die UNO vor der schwersten Finanzkrise ihrer Geschichte, sagte Generalsekretär Javier Perez de Cuellar. Am Jahresende *seien genau zehn Millionen Dollar* auf der Bank. Dies reiche gerade aus, die Geschäfte fünf Tage lang weiterzuführen.

Im Rahmen des Sparprogramms sollen 25 Prozent der höheren UNO-Posten gestrichen werden. Insgesamt beläuft sich die Personalkürzung auf 15 Prozent. Damit können jährlich 80 Millionen Dollar eingespart werden. Nachträgliche Haushaltserweiterungen sollen in Zukunft auf einen bestimmten Prozentsatz des Budgets beschränkt bleiben.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wessen Erfolg?

Von Uwe Bahnsen

Was ist ein Erfolg? Nach der jüngsten Lesart des Hamburger Innensenators Alfons Pawelczyk ist dieser Begriff anzuwenden auf den Verlauf einer Großdemonstration durch das Menschengewühl der Innenstadt mit rund 10 000 Teilnehmern, die mit 93 verletzten Polizeibeamten und 31 blessierten Demonstranten bei zugegebenermaßen vergleichsweise geringen Sachschäden endet.

Immer wieder muß zur Beruhigung der aufgebrachten Öffentlichkeit die „Rechtslage" herhalten – so auch jetzt, als es darum ging, ob die von der GAL angemeldete Demonstration in Sachen Hafenstraße vom Senat verboten werden könnte. Dohnanyi und Pawelczyk haben das verneint unter Hinweis auf den Brokdorf-Beschluß des Bundesverfassungsgerichts.

Aber für die Beurteilung dieser Frage gilt, was für das gesamte Problem Hafenstraße, diese mittlerweile schwärende Wunde am Organismus der Hansestadt Hamburg, zutrifft: Der Innensenator und die ihm unterstellte Polizei haben für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Was muß eigentlich noch passieren, bis endlich auch in der Hafenstraße das Gesetz angewendet wird? Und wie viele zur Gewalt entschlossene Teilnehmer müssen der Innenbehörde avisiert werden, bis eine Demonstration verboten wird? Ist der Brokdorf-Beschluß tatsächlich, wie seine Kritiker seinerzeit vermuteten, ein Freibrief für Gewalt?

Das Demonstrationsrecht ist ein hohes Gut. Aber die Unversehrtheit von Müttern und Kindern, denen Gewalttäter Kanonenschläge vor die Füße werfen, ist es auch. Man muß das ungläubige Staunen der mit ihren Weihnachtseinkäufen beschäftigten Menschen gesehen haben, die mitten im Demonstrationszug, in trauter Gemeinsamkeit mit den vermummten Gewalttätern, eine offizielle Abordnung der Hamburger Jungsozialisten entdeckten. An einen solchen Anblick werden sich diese Hamburger erinnern, wenn sie am 25. Januar in der Wahlkabine stehen. Die Parteiführung hat ihre Junggenossen mit keinem Wort zurückgepfiffen. Die GAL kann zufrieden sein. Sie hat gezeigt, was man mit der SPD alles machen kann.

Handels-Luftkrieg

Von Gerd Brüggemann

In dem seit langem schwelenden Handelskrieg mit ihren europäischen Alliierten wollen die Amerikaner jetzt offenbar eine Front wiederbeleben, an der es in letzter Zeit etwas ruhiger gewesen war: in der Flugzeugindustrie. Die starken Worte, mit denen der Handelsbeauftrage des amerikanischen Präsidenten, Clayton Yeutter, am Wochenende die am Airbus beteiligten europäischen Regierungen aufforderte, sich zu den Subventionsvorwürfen der Amerikaner zu äußern, sind in der Sache nicht neu. Sie sind seit vielen Jahren hin- und hergewendet worden.

Die Europäer halten den Amerikanern entgegen, ihre Flugzeugindustrie sei gleichfalls, nämlich durch militärische Programme, subventioniert, und im übrigen seien die Regierungszahlungen für den Airbus bedingt rückzahlbar. Nun glaubt zwar niemand ernstlich daran, daß mit solchen Rückzahlungen vor dem St. Nimmerleinstag begonnen werden kann. Aber das wissen auch die Amerikaner seit langem.

Deswegen überrascht eigentlich der Zeitpunkt der Yeutter-Attacke. Um so mehr, als die Klagen der amerikanischen Flugzeugbauer Boeing und McDonnell-Douglas über die staatliche Konkurrenz aus Europa in jüngster Zeit eher etwas leiser klingen, was damit zu tun hat, daß ihre Auftragsbücher, vor allem die von Boeing, mehr als voll sind.

Man muß die Ausführungen des US-Handelsbeauftragten deswegen in die richtige Perspektive rücken. Sie sind nicht so branchenbezogen, wie es den Anschein hat, sondern eher einer der zahlreichen Versuche der Amerikaner in schwieriger handelspolitischer Lage, die Europäer an ihre Mitverantwortung für ein Funktionieren des Welthandels zu erinnern.

Daß dies auch im Interesse der Europäer, vor allem aber der Deutschen, liegt, deren wirtschaftliches Wohlergehen in so großem Maße vom Außenhandel abhängt, ist offensichtlich. Schuldvorwürfe an die Adresse der Amerikaner und Selbstgerechtigkeit, wie man sie oft in Europa hört, dienen der Sache nicht, auch wenn man einräumen muß, daß Tonfall und Wortwahl der Amerikaner ihren Anliegen gleichfalls nur selten hilfreich sind.

Zerreißprobe

Von Peter Ruge

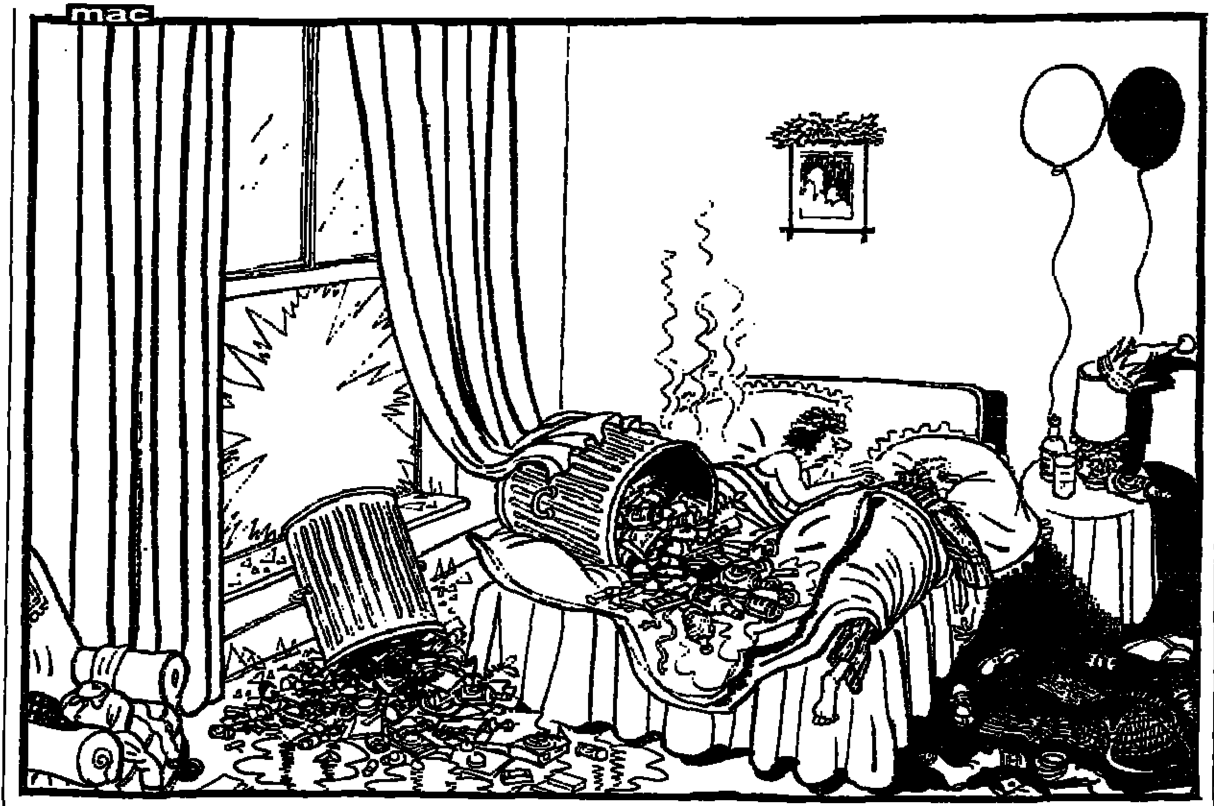
Zum dritten Mal sagte Frankreichs Staatspräsident zu einem Reformvorhaben der Regierung „nein". Mitterrand lehnte die Ordonnance über die Arbeitszeitregelung ab. Die anderen Verwaltungsanordnungen Jacques Chiracs über die Umstellung der Arbeitsvermittlung und die Hilfen zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit in diesem Paket ließ er dagegen im Ministerrat passieren – er will ja nicht als Störenfried gelten, er schreitet doch nur dann ein, wenn ein Vorhaben seiner Meinung nach „dem sozialen Fortschritt nicht dienlich" ist.

Das war so bei den Ordonnancen über die „Privatisierung" und die „Wahlkreisreform". Beide Male blieb der Regierung der Weg über das Parlament offen. Und beide Male wurde dem Einspruch des sozialistischen Präsidenten dadurch Rechnung getragen, daß die bürgerliche Mehrheit Abstriche machte. Die Franzosen waren überwiegend zufrieden. Die „Cohabitation" wurde in ihrem Augen zum idealen Führungsgespann, da sie Machtgelüsten jeder Seite Grenzen setzte und weil in der Sache ein Mittelweg gesucht werden mußte.

Das dritte Nein des Präsidenten droht dieser scheinbaren Links-Rechts-Harmonie nun ein Ende zu bereiten: Mitterrand setzte nämlich Jacques Chirac mit seinem Reformwerk im sozialen Bereich unter Zeitdruck. Das Parlament vor der Weihnachtspause – da hätte eine eigene Gesetzesvorlage erst in der neuen Session im April eingebracht werden können. So griff die Regierung zur Hilfskonstruktion, die Ordonnance als Änderungsantrag an ein Gesetzesvorhaben in der Nationalversammlung und im Senat „dranzuhängen". Chirac paukte die Arbeitszeitregelung vor Toresschluß durch die Institutionen.

Niemand ist wohl bei diesem Ritt über die Seine. Das Selbstverständnis der Abgeordneten ist in Frage gestellt, der maschinelle Vorgang des Abstimmens quasi ohne Lesung hat die Oppostion bereits den Verfassungsrat anrufen lassen.

Frankreich droht eine neue Krise. Das war es wohl, was Mitterrand wollte. Doch Jacques Chirac hat die Herausforderung diesmal angenommen. Die „Cohabitation" ist zum ersten Mal einer Belastung ausgesetzt, die von beiden Seiten ausgeht – das muß nicht, aber es kann zum Bruch des Zusammenspiels an der Staatsspitze der V. Republik führen.



„Hast du eigentlich das Weihnachtsgeschenk für die Müllmänner hinausgestellt?" MAC

Betonsozialismus ade!

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

In Frankreich hat der Massenauflauf von Studenten und Schülern die konservative Regierung gezwungen, das zügige Tempo ihrer liberalen Reformpolitik zu unterbrechen und eine Denkpause einzulegen. Was auch uns zu denken geben muß, ist die Tatsache, daß die Regierung und die Parteien von diesem Sturm völlig überrascht wurden. Noch im November hatte „Le Monde" geschrieben: „Was sind sie doch vernünftig, die Studenten! Und wie übermäßig angepaßt sie sich geben!" Wie dick- oder dünnhäutig sind hierzulande Regierungen und Parteien?

Anders als bei uns hat sich der Protest in Frankreich die Spontaneität eines Naturereignisses bewahrt. In unserem geteilten Vaterland kommen die ersten Signale zur Kampagne oft aus Ost-Berlin. Gegenwärtig verfestigt sich der Protest thematisch („Frieden"; „Atomenergie"; „Umwelt") und organisatorisch (neue soziale Bewegungen; „Friedensbewegung"; zunehmender Parteicharakter der Grünen; bürgerkriegsähnlicher Schläger-Heerhaufen, der von einer Großdemonstration zur anderen wandert). Folglich läßt sich die Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland eher unter Kontrolle halten als in Frankreich. Doch das kann sich im Nu ändern.

Gerade weil sich der außerparlamentarische Protest verfestigt, kann sich untergründig ein Hunger nach Spontaneität anstauen, der explodiert, sobald sich das solidarisierende Reizthema findet. Der Eindruck karriereorientierter Anpassung im Campus ist, wie man in Frankreich erlebt hat, kein Gegenbeweis. Alles spricht dafür, daß dann Regierungen und Parteien genauso überrumpelt werden wie in den sechziger Jahren von der Studentenrevolte.

Um so mehr haben wir Anlaß, genau hinzuschauen, wie sich in Frankreich der Massenauflauf spontan organisiert hat. Die Studenten und Schüler hatten überall „Vollversammlungen" einberufen, Streikkomitees gebildet und Koordinationsausschüsse eingesetzt, die nach dem Modell des Rätesystems funktionierten.

Dieses Netz von Aktionszentren reichte aus, die Massenaufläufe zu dirigieren; es reichte nicht aus, um gewalttätige Ausuferungen zu verhindern. Ein Student erlitt den Tod. So schnell, wie sich die Aktionsstruktur herausgebildet hatte, so schnell verschwand sie wieder.

Wir kennen dieses „basisdemokratische Aktionsmuster" vom Herbst 1983. Inzwischen hat die Erfahrung gelehrt, daß diese Struktur zur Bildung eines politischen Willens und seiner Umsetzung in die Tat genügt, um den Protest auf die Straße zu bringen; sie genügt nicht, um verantwortliches politisches Handeln zu garantieren.

Zwei Erfahrungen aus Frankreich sollten wir sorgsam zur Kenntnis nehmen. Die erste: Es gingen Jahrgänge von Studenten und Schülern auf die Straße, die ihre Rebellion weder in der Kontinuität noch in irgendwelcher Nachfolge jener Jahrgänge vom blutigen Mai 1968 sahen. Sie sagten, sie hätten „keine Lust, die Geschichte zu wiederholen".

Der Aufruhr im Mai 1968 war ideologisch. Der Massenprotest von 1986 empfand sich selbst – von Drahtziehern abgesehen – als „praktisch" und „apolitisch".

Die zweite Erfahrung: Das alte Links-Rechts-Schema beschreibt die Fronten nicht mehr zutreffend. Dazu Anmerkungen vom Revoluzzer Daniel Cohn-Bendit, dem man Sachkenntnis



Gleichheit als „eine Portion Individualismus": Barrikaden im Quartier Latin FOTO: AP

zutrauen kann („Die Weltwoche" vom 11. Dezember):

„Diese Bewegung will keine Theorie."

„Diese Studenten wehren sich gegen bestimmte Gewaltvorstellungen, die sie mit 1968 identifizieren."

„Das Proletariat existiert als solches in der Auseinandersetzung überhaupt nicht; die Studenten nehmen sich als gesellschaftliche Schicht wahr."

„In Frankreich wird bewiesen, daß die ganze linke Intelligenz von dieser Art der Mobilisierung überrascht wird."

„... das ist einerseits der Versuch, diesen alten Betonsozialismus abzuwerfen, andererseits, diesen neuen rücksichtslosen Liberalismus zu verhindern."

Der Vorwurf des rücksichtslosen Liberalismus bezieht sich auch darauf, daß im Gesetzentwurf zur Universitätsreform auf Auslese abgehoben wurde. Die Studenten werteten das als Verstoß gegen die Gleichheit und deshalb als einen Bruch der Moral. Cohn-Bendit sagte das so: „Das ist eine durch und durch moralische Bewegung, die das Problem der Gleichheit und der Gerechtigkeit in der ersten Person ganz ernst nimmt, ganz existentiell." Die Studenten und Schüler glauben sich gerechtfertigt, weil die Regierung die Gesetzesvorlage zurückgezogen und damit „auch eine Art von zivilem Ungehorsam legitimiert" habe.

Dieses Erfolgserlebnis kann über die Grenzen Frankreichs hinaus ansteckend wirken. Auch der emotionale Ansatz, Gleichheit und Gerechtigkeit „in der ersten Person", als eine „Portion Individualismus", existentiell zu nehmen, kann zünden, wenn bei uns die nuancierte Abgrenzung von der betonsozialistischen Kollektiv-Gleichheit einerseits und dem formalen Gleichheits- und Legalitätsprinzip andererseits nicht von denen aufgegriffen wird, die dafür verantwortlich sind, daß sich die akademische Jugend nicht in einem Vakuum der Herzen und Hirne langweilt. Die Wende, die am 25. Januar ihre Bestätigung durch die Wähler sucht, bedarf der geistigen Führung.

IM GESPRÄCH M. Dschemilew

Führer der Krimtataren

Von Cornelia Gerstenmaier

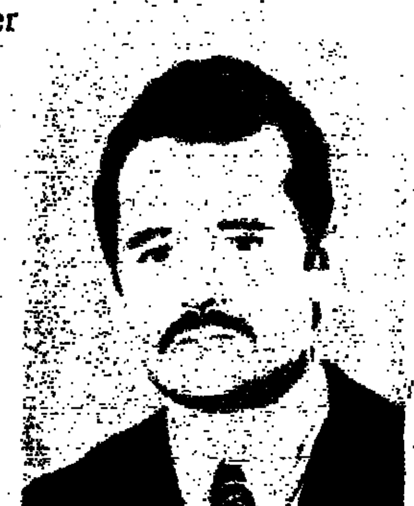
Von den 137 000 im Zweiten Weltkrieg gegen die Deutschen kämpfenden Krimtataren fielen 57 000 an der Front. Unter dem Vorwurf der Kollaboration mit der Deutschen Wehrmacht wurden die Krimtataren gleichwohl 1944 nach Usbekistan deportiert (von den rund 240 000 Deportierten kamen 110 000 ums Leben). Bis heute wird den Krimtataren die Rückkehr in ihre Heimat verweigert, ungeachtet eines Dekrets des Obersten Sowjets vom 28. April 1956, der sie vom Vorwurf des Landesverrats freisprach.

1964 begann eine starke Repatriierungsbewegung der Krimtataren, die faktisch die gesamte Volksgruppe umfaßte. Ihr Wortführer war der heute dreiundvierzigjährige Mustafa Dschemilew, der dafür mit dreizehn Jahren Freiheitsentzug bezahlt hat.

Im Alter von sieben Monaten ist er aus seiner Heimat deportiert worden. Vornehmlich wegen seiner Teilnahme an der nationalen Bewegung der Krimtataren, aber auch als aktiver Bürgerrechtler verbüßte Dschemilew sechs Freiheitsstrafen in Straflagern und in der Verbannung; in den kurzen Zeitspannen zwischen den Haftzeiten stand er unter Polizeiaufsicht.

1969 hatte er zu den Gründungsmitgliedern der „Initiativgruppe vom Schutz der Bürgerrechte in der UdSSR" gezählt; dies führte wenige Monate später zu seiner zweiten Verurteilung. „Das Leben hat gezeigt", sagte Dschemilew in seinem damaligen Schlußwort, „daß Willfährigkeit und Schweigen dem Land vielfältige Leiden gebracht und Millionen Menschenleben gekostet haben. Mit dem Eintreten für meine nationalen und staatsbürgerlichen Rechte habe ich seitens der Machthaber natürlich Repressionen und Verfolgung erwartet. Ich glaube jedoch, daß die Ideale, für die ich eingetreten bin, nicht nur den Einsatz der Freiheit, sondern den des Lebens rechtfertigen."

Während der darauffolgenden Lagerhaft wurde Dschemilew die Verbreitung „sowjetfeindlicher Verleumdungen" zur Last gelegt; die Beweis-



Die Ideale rechtfertigen den Einsatz des Lebens: Dschemilew FOTO: DIE WELT

führung war indes durch den Umstand erschwert, daß Dschemilews Aufzeichnungen zwar in russischer Sprache, aber mit arabischen Buchstaben verfaßt bzw. krimtatarisch unter Verwendung des lateinischen Alphabets geschrieben waren. Als er 1976 in Omsk neuerlich vor Gericht kam, wurde der eigens angereiste Professor Sacharow zur Verhandlung nicht zugelassen.

Die letzte – sechste – Anklage warf Dschemilew unter anderem den (mißglückten) Versuch vor, seinen verstorbenen Vater in dessen krimtatarischer Heimat zu beerdigen. Während der letzten Monate drohte Dschemilew eine siebente Verurteilung. Sie ist irrtümlich sogar gemeldet worden. Statt dessen entschlossen sich die Machthaber jetzt, nach abgelaufener Haftzeit, zur Freilassung.

Ähnlich wie Sacharows Rückkehr nach Moskau kann man auch diese Lösung wohl auf dem Hintergrund des bewußten Opfertodes des Regimekritikers Anatolij Martschenko am 8. Dezember sehen. Mit Spannung erwartet die Öffentlichkeit, ob nun auch Korjagin und die anderen noch inhaftierten Dissidenten freigelassen werden.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Viele Zeitungen beschäftigten sich mit der Freilassung Sacharows:

Frankfurter Rundschau

Sacharow und Alma-Ata zeigen, daß eine Gesellschaft, die sich wirklich verändern will, Unberechenbarkeiten riskieren und ertragen muß. Die falsche Entscheidung im Fall Kunajews hat wahrscheinlich erst einmal den ukrainischen Parteichef Schtscherbitzkij vor dem Sturz gerettet, da man in der UdSSR Angst vor weiteren Unberechenbarkeiten hat. Die Rückkehr Sacharows nach Moskau ist nun in ihren Folgen für die UdSSR nicht mehr zu bremsen.

Allgemeine Zeitung

Der Schatten des GULag, der unmenschlichen Straflager in Sowjetasien, vor allem aber das Brandmal der Sacharow-Tragödie belasteten alle Reformansätze. Gorbatschow, der erste diplomierte Jurist im Moskauer Politbüro seit Lenins Tagen, brauchte immerhin fast zwei Jahre, um wenigstens das Los des weltbekannten Atomphysikers erleichtern zu können. (Mainz)

THE TIMES

Zusammengenommen verheißen all diese Entwicklungen Wandel, einen Wandel, der zugleich hoffnungsvoll und sehr verwirrend ist. Sie zeigen, daß die sowjetischen Medien offener geworden sind; sie belegen einige der inneren und internationalen Spannungen, mit denen die Sowjetunion zu tun hat; und sie bestätigen, daß Gorbatschow um sein Ansehen und seine Darstellung in einer Weise bemüht ist, die seine Vorgänger nicht hatten. (London)

Die Presse

Gorbatschow erweist sich als Mann der Aktion. Die innerhalb weniger Stunden aus verschiedensten Teilen des Sowjetreiches kommenden Nachrichten deuten allerdings darauf hin, daß seine Entscheidungen weniger auf Veränderung, eher auf die Korrektur der schlimmsten Auswüchse abzielen. (Wien)

BERLINER MORGENPOST

Nur eilt zum Beispiel die Bundesregierung den Tatsachen weit voraus, wenn sie es begrüßt, daß das Ehepaar Sacharow wieder „ein normales Leben" in Moskau führen könne. Sacharow ist die Ketten los, aber frei ist er keineswegs. Man gebe sich doch nicht der Illusion hin, daß dieser tapfere und unbestechliche Mann das Kreuz der Bespitzelung trägt, künftig frei und unbehelligt seine Meinung äußern könne.

DEISTER- UND WESERZEITUNG

Sacharow verdankt seine neu gewonnene Mini-Freiheit dem massiven, nicht nachlassenden Protest jener westlichen Menschenrechtsverteidiger, die von unserer Linken mit Vorliebe als *Friedensstörer* an den Pranger gestellt werden. (Hameln)

Der Advent verheißt ein Paradies, aber kein irdisches

Gnade ist himmlisch, Ideologie ist gnadenlos / Von Georg Huntemann

Wer Paradiese auf Erden will, schafft letztlich die Hölle auf dieser Welt. Wo Politik zur Ideologie wird, gibt es nicht mehr den politischen Gegner, sondern den Erzfeind. Der geistige Nährboden für den Terrorismus wird dort bereitet, wo Politik zur unfehlbaren Heilslehre dogmatisiert wird. Protestantische Theologie ist an dieser Situation nicht unschuldig.

Der Züricher Sozialpsychologe Gerhard Schmidtchen hat unlängst in dem Buch „Konfession – eine Nebensache?" daran erinnert, daß „die großen politischen Umschwünge in Deutschland fast immer von den Protestanten eingeleitet und ausgelöst wurden. Der Transzendenzverlust der Protestanten führt zu einer starken Vergesellschaftung, diese automatisch zu einer Hinwendung zu den Parteien, die Gesellschaftliches gestalten wollen. Die unbehausten Protestanten suchen Geborgenheit in neuen Konsensstrukturen."

Wirklich christlich motiviertes Handeln sieht diese Welt als eine zwiespältige, gefallene Welt, in der Konflikte niemals so gelöst werden können, daß ein Paradies dabei herauskommt. Ein Paradies auf dieser Erde gibt es für den christlichen Glauben eben nicht. Christliches Handeln weiß, daß es im politischen wie im persönlichen Bereich auch keine „absolute Sicherheit" gibt.

Wer nach dieser Sicherheit lechzt, hat die Zuversicht des Glaubens verloren. Sicherheit will die Ideologie, Zuversicht die christliche Glaubenswirklichkeit. Wer verantwortlich handelt, wird damit so oder so schuldig.

Im November 1942 fragte ein Oberleutnant den Theologen Dietrich Bonhoeffer, ob er als Christ Hitler erschießen dürfe. Bonhoeffer meinte dazu, daß er das Risiko selbst ganz allein zu tragen habe. Schuldlos könne er so oder so aus dieser Entscheidung nicht heraus. Er dürfe als Christ aber wissen, daß seine Schuld vergebene, eben getragene Schuld sei. Das ist keine unsittliche Leichtfertigkeit. Das heißt auch nicht „auf Christi Kreide zechen", als ob alle Taten und Untaten mit dem Mantel der Liebe zugedeckt würden. Aber wer einen Konflikt in der Verantwortung vor dem Gebot Gottes wirklich durchkämpft, der darf die Zuversicht haben, daß der gerechte Gott auch ein gnädiger Gott ist.

Denn das ist die Wirklichkeit: Wir können gewichtige Entscheidungen nicht ausrechnen. Je ernsthafter eine Entscheidung durchlitten wird, um so mehr weiß man, daß es da keine Sicherheit, sondern nur Zuversicht geben kann – gerade wenn man nach bestem Wissen und Gewissen entschieden hat. Gott, diese Welt und unser Leben sind nicht berechenbar.

Bonhoeffer schrieb während des Krieges in seiner nur als Fragment erhaltenen Ethik, daß derjenige, der sich der Verantwortung der Schuld entziehen wolle, sich aus der letzten Wirklichkeit menschlichen Daseins löse: „Er stellt seine persönliche Unschuld über die Verantwortung für die Menschen."

Nicht nur der christliche Politiker, sondern auch der „einfache" Christ in seinem Alltagsleben weiß, daß er in der Verantwortung als sündiger Mensch in einer zwiespältigen Welt immer nur im Vertrauen, im Wagnis und in der Gewißheit um die Vergebung handeln kann. Darum können christlich motivierte Politiker auch im politischen Gegner letztlich doch noch den Partner sehen.

Ein Politiker, der aus christlichem Geist handelt, kann so etwas wie Gnade in das Geschäft der Politik bringen. Als nach dem Siege Preußens über Österreich bei Königgrätz im Jahre 1866 der Wunsch obwaltete, man möge Österreich strafen, erwiderte der lutherische Christenmensch Otto von Bismarck, Strafe sei eine Sache Gottes, aber nicht des Politikers.

Ideologisch motivierte Politiker dieses Jahrhunderts haben durch ihre politischen Diktate und Diktaturen gnadenlos in diese Welt hineingewirkt, weil sie die christliche Tradition von Sünde, Schuld und Gnade verneinten, weil sie nicht in der Offenbarung Gottes, sondern in ihrer eigenen Offenbarung den Maßstab allen Handelns und das Heil der Welt sahen.

Der innenpolitischen Situation in unserem Lande droht eine Vergiftung durch neue politische Heilslehren, in denen übrigens die alten politischen Ideologien unverkennbar weiterleben. Die radikale Lösung für das radikale grünstrahlende Paradies verheißt gnadenlose Zeit. Spannungen könnten dann schließlich nur noch unversöhnlich, letztlich sogar nur noch mit Gewalt ausgetragen werden.

Die Kirchen sollten heute klarmachen, daß der Mensch in seinem politischen Handeln nicht ohne Vertrauen, Wagnis und Vergebung, also ohne Gnade leben kann. Auf diese Weise könnte das Licht der Gnade auf unseren Meinungskampf fallen, könnte unsere Bundesrepublik vor dem Ideologismus der Pharisäer bewahrt werden.

Professor Georg Huntemann ist Pfarrer zu St. Martini in Bremen

In der Steppe regt sich Unmut gegen die Russen

Moskau ist nicht die Sowjetunion. In diesen Tagen bekommt der Kreml zu spüren, daß eine Zentralgewalt in einem Vielvölkerstaat mit Risiken lebt. Unruhen nach einem erzwungenen Wechsel an der Parteispitze in der Republik Kasachstan haben Widerstand gegen eine Russifizierung offenbart.

Von R.-M. BORNGÄSSER

Die stündlichen Nachrichten in Radio Moskau verkünden an diesem vierten Adventssonntag stereotyp, daß das Politbüromitglied Michail Solomentzew, der seit vergangenen Freitag in Alma Ata weilt, sich gemeinsam mit dem neuernannten Parteisekretär, dem Russen Gennadij Kolbin, mit ansässigen Parteifunktionären getroffen habe. Er besuche Großbetriebe und habe auch die Universität von Alma Ata besichtigt. Für die normale Sowjet-Bevölkerung klingt es wie ein Routinebesuch in der Provinz.

Nichts, gar nichts verrät die Brisanz der Anwesenheit dieses ZK-Mitgliedes just zu dieser Zeit im fernen Kasachstan. Solomentzew ist „Spezialist" für Parteikontrolle. Er wurde als Nothelfer und Beschwichtiger nach Alma Ata gesandt. Ihm obliegt es, für Ruhe zu sorgen. Er kennt diese Region, war lange Jahre in Karaganda, später in Alma Ata in der Parteiarbeit tätig.

Seit Donnerstag schwelen schwere Unruhen in dieser Region. Sie wurden ausgelöst durch die Absetzung des 74jährigen Parteichefs Dinmuchamed Kunajew. Dieser wurde, wie Tass erklärte, auf dem ZK-Plenum der Partei von Kasachstan in Alma Ata „im Zusammenhang mit seiner Pensionierung" von seiner Funktion als Erster Sekretär der Republik entbunden. Daß es sich ungeachtet des Alters von Kunajew um eine Absetzung handelte, wurde dadurch signalisiert, daß die Pensionierung nicht, wie bei einem ehrenvollen Abgang, mit „Gesundheitsrücksichten" begründet wurde.

In Alma Ata, der Hauptstadt Kasachstans, kam es daraufhin zu Ausschreitungen von durch „nationalistische Elemente" angefeuerten Schülern und Studenten, denen sich auch junge Arbeiter angeschlossen hätten. Nach Angaben der „Kasachstanskaja Prawda" haben die Unruhen Tote und Verletzte gefordert. Die Lage sei derzeit wieder ruhig, aber gespannt.

Während der stellvertretende Außenminister Wladimir Petrowski in Moskau am Wochenende ausländischen Korrespondenten beruhigend erklärte, die Lage in Alma Ata „habe sich normalisiert", einige Hundert Jugendliche hätten demonstriert, „weil sie die Bedeutung der Entscheidungen des Plenums nicht gleich verstanden haben", berichteten Reisende, daß die Situation unvermindert brisant sei. „Man befindet sich wie auf einem Pulverfaß." Die Lage gleiche jetzt der im Baltikum.

Hier in Kasachstan, der Sowjetrepublik, die 1936 gegründet wurde, in diesem von Steppen und Wüsten geprägten Riesenterritorium zwischen westsibirischem Tiefland im Norden und Mittelasien im Süden, zwischen Wolga-Delta und Kaspischem Meer im Westen sowie den Bergen des Altai lebt eine anpackende Völkerfamilie aus Asiaten, Russen, Tataren, Deutschen und Ukrainern, insgesamt knapp 16 Millionen Menschen.

Flach, trocken und nur spärlich bewachsen zieht sich die Steppe von Europa bis in den fernen Osten. Ständig weht ein Wind über das Land. *Jahrtausendelang war er der Feind* des kasachischen Bauern, er blies über die Steppengräser, verwehte den Samen, machte das Land unfruchtbar. Zur ökologischen Katastrophe kam es, als der vitale und sprunghafte Nikita Chruschtschow in den fünfziger Jahren Kasachstan zum Brotbeutel des Sowjetreiches machen wollte. Er rief seine „Neulandkampagne" aus. Hunderttausende begannen zu roden, schufen Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche, legten Kolchosen an, bauten Straßen und errichteten Städte.

Doch der Wind trieb das Neuland wie eine Staubfahne über die Ebene. Eine selbstverschuldete „Erosion" war die Folge. Viele Jahre später, Chruschtschow war längst gestürzt, konnte sich Breschnew hier profilieren. Für ihn wurde die Bewährung in der kasachischen Steppe zum Sprungbrett für die Rückkehr ins Machtzentrum des Kreml. Er ließ durch Ingenieure neue Maschinen entwickeln, die pflügen, schneiden und bewässern, um dem Wind den Zugriff zu erwehren. Trotz allem ist Kasachstan eine Kornkammer mit Risiken geblieben. Ausgleichskäufe aus den USA und Kanada mußten Mißernten wettmachen. Dieses Jahr hat jedoch eine gute Ernte gebracht.

Was mag die Kreml-Mächtigen bewogen haben, die dortige politische Situation so falsch einzuschätzen, daß sie Kunajew ablösten und einen Russen einsetzten?

Die Absetzung des Parteichefs Kunajew zeichnete sich bereits im Februar ab, nachdem Michail Gorbatschow systematisch die Ämter von einstigen Breschnew-Anhängern reinigte und seine Getreuen in den Sattel hob. Damals wurde Kunajew bereits im zentralen KP-Organ „Prawda" einer persönlichen Kritik unterzogen. Damals wurden auch 500 leitende Funktionäre aus Kasachstan aus „negativen Gründen wie Korruption und *Unterschlagung" aus ihren* Ämtern entfernt. Doch dies sei nur ein Anfang, schrieb die „Prawda".

Kunajew, der treue Kasache, den Breschnew zärtlich „Dimasch" nannte, hatte es seinerzeit als einziger Asiate geschafft, einen Sitz in der Moskauer Zentrale zu erhalten: ihm wurde dann unter Gorbatschows Regiment vorgehalten, daß er Funktionäre „aufgrund persönlicher Ergebenheit, verwandtschaftlicher und landsmannschaftlicher Beziehungen" befördert habe. Zum „Kronzeugen" *wurde Ministerpräsident* Nasarbjew ernannt, der öffentlich erklären mußte, die kasachische Parteiführung habe durchaus vom „unwürdigen Verhalten und der mangelhaften Arbeit" vieler leitender Funktionäre in der Republik gewußt. Diese hätten schließlich nur abgesetzt werden können, weil „von oben", das heißt aus Moskau, darauf bestanden worden sei.

Außer den schon abgesetzten Funktionären wurden auf dem Parteitag im Februar namentlich wegen Untätigkeit der Präsident der Akademie der Wissenschaften Kasachstans, Askar Kunajew, und wegen des Zuschanzens von Wohnungen an Bekannte der Planchef Muchamed Rachimow angegriffen. Ernste Fehlgriffe wurden auch dem kasachischen Verlagswesen angekreidet. Hier seien Autoren verlegt worden, die allzu gern in die „Tiefe der Jahrhunderte" des Volkes der Kasachen zurückgingen.



Wechsel an der Parteispitze in Kasachstan: Von Dinmuchamed Kunajew, einem Kasachen (links), zu Gennadij Kolbin, einem Russen FOTOS: DPA/AP

Spätestens bei diesem letzten Vorwurf hätten die Kreml-Verantwortlichen wissen müssen, daß es trotz aller Rhetorik von der Völkerfreundschaft höchstens zur „Annäherung", nicht aber zur „Verschmelzung" hier in Kasachstan gekommen ist und daß das Einsetzen eines Russen an oberster Stelle nicht ohne Folgen bleiben konnte.

Anzeichen für wachsendes Selbstbewußtsein nichtrussischer Völker erlebt man überall im Sowjetreich. Außenminister Schewardnadse mußte in seiner Heimat Georgien erfahren, daß sein berüchtigter Ausspruch „Für uns Georgier geht die Sonne nicht im Osten auf, sondern im Norden, in Rußland" nicht ohne Folgen blieb. Nicht jedermann wollte dieser Astronomie folgen. Schwere Auseinandersetzungen brachen aus.

Zwar sorgen im Obersten Sowjet bunte Trachten aus den Provinzen für *optischen Nationalitäten-Proporz.* Doch die Russen hatten dort, wo entschieden wird, stets das Sagen, auch *wenn sie mitunter nur an die zweite* Stelle gesetzt wurden. Aber sie verlieren an Boden, die anderen Völker werden *aufmüpfiger. Kasachstan ist* dafür ein neues Lehrbeispiel.



Bei den schweren Zusammenstößen wurde eine alte Dame von einem Stein getroffen; Polizisten geleiteten sie in Sicherheit FOTOS: DPA/AP (2)

Im Chor drohen sie Morde an

Es sollte eine Demonstration gegen den Abriß städtischer Häuser in Hamburg sein. Am Ende gab es 93 verletzte Polizeibeamte, die Demonstranten meldeten 31 Verletzte. Eine Demonstration, in der Militante in Sprechchören Mord und Attentat ankündigten.

Von UWE BAHNSEN

Im fahlen Neonlicht des Konferenzraums 318 im Hamburger Po*lizeipräsidium zog der beharrlich* aus seinem Amt strebende Innensenator Alfons Pawelczyk am Samstag abend, als wieder Ruhe herrschte in der Stadt, eine Erfolgsbilanz dieses 20. Dezember, des letzten verkaufsoffenen Samstags vor dem Fest, für den die GAL-Abgeordnete Ulla Jelpke eine Demonstration gegen den geplanten Abriß städtischer Häuser an der Hafenstraße angemeldet hatte: Die befürchtete Schneise der Gewalt durch die überfüllte City habe es nicht gegeben, sagte der Senator, das auf „Deeskalation" angelegte Einsatzkonzept der Polizei habe sich bewährt.

Der Senat, die Polizeiführung und die Geschäftswelt in der Innenstadt hatten diesem Tag mit ganz besonderen Beklemmungen entgegengesehen: 700 000 friedliche Passanten, die ihre Weihnachtseinkäufe tätigen wollten, 10 000 Demonstranten mit einem „harten Kern" von 1000 potentiellen Gewalttätern, das hektische und nervöse Fluidum dieser Woche vor Weihnachten – konnte das gutgehen?

Die Sorge vor einem neuen 7. Oktober, als Chaoten tatsächlich eine „Schneise der Gewalt" schlagen konnten, auch die drei Wochen später getroffene Feststellung des Hamburger Verwaltungsgerichts über die *Rechtswidrigkeit des „Hamburger* Kessels" auf dem Heiligengeistfeld, dazu die offenen Bestrebungen des linken *SPD-Flügels gegen eine Räumung* der Hafenstraßen-Häuser – das alles versuchten Pawelczyk und sein Staatsrat Werner *Hackmann zu einem* polizeilichen Einsatzkonzept zusammenzufügen. Die Devise war: Zurückhaltung, wo immer das möglich ist, „einschließende Begleitung" von Gewalttätern, „wenn der erste Stein fliegt", wie Polizeipräsident Dieter Heering das formuliert hatte, im übrigen starke Polizeipräsenz, „damit das Gewaltpotential nicht aus dem Ruder läuft". Zwei Auflagen der Polizei bestätigte das Verwaltungsgericht im Eilverfahren: keine Demonstration durch die Mönckebergstraße im Herzen der City, keine Abschlußkundgebung unmittelbar vor den Häusern an der Hafenstraße, um die es ging.

So war die Lage, als die Demonstration mit einer Kundgebung auf dem Karl-Legien-Platz vor dem Gewerkschaftshaus begann und ein Pastor Christian Arndt von der Friedenskirche in Altona erkannte, ein „so breites Bündnis" für die Hafenstraße trotz der „Hetzkampagne" sei „ein großer Erfolg". Der Senat dürfe die Häuser nicht abreißen, die Bewohner nicht „vertreiben", notwendig seien hingegen „Freiräume für *eine Gegenkultur" in der Hansestadt.*

Dann setzten sich die 5000 Demonstranten in Bewegung. Mit bestürzten Mienen betrachteten die Besucher der Innenstadt diesen lärmenden Lindwurm, der da durch die Straßen der Stadt zog: hinter einem straßenbreiten roten Transparent Vertreter von rund zwei Dutzend Gruppen und Initiativen, darunter Jungsozialisten, DKP-Genossen, GAL-Anhänger, auch 15 Mütter von Bewohnern der Hafenstraßen-Häuser, dann ein Lastwagen, gemietet von der Firma „interRent" und mit Lautsprechern bestückt, auf dem Vermummte herumturnten, während abwechselnd Rockmusik und aufputschende Parolen den dann folgenden Block der „Militanten" – rund 1000 von der Polizeiführung schon Tage vorher angekündigte potentielle Gewalttäter – in Stimmung hielten.

Auf dem eleganten Jungfernstieg, vor dessen Bankfilialen Polizeitrupps standen, hörten die Geschäftsinhaber und ihre Mitarbeiter kopfschüttelnd die Botschaft der Demonstranten an die „lieben Hamburger", „frei und selbstbestimmt" solle „das Leben in der Hafenstraße sein". Die Polizei hielt sich zunächst befehlsgemäß zurück, obwohl die Beamten schon vorher mit Farbbeuteln und *Knall*körpern attackiert worden waren, von Beschimpfungen und Beleidigungen ganz abgesehen. Das seit geraumer Zeit von den Sicherheitsbehörden der Hansestadt in der Hafenstraße georteten RAF-Umfeld gab sich ungeniert per Lautsprecher zu erkennen: „Kommt Zeit, kommt Rat, kommt Attentat!" Und an die Adresse des Innensenators: „Alfons Pawelczyk, aus der Traum, auch du liegst bald im Kofferraum!" Es war nicht die erste Drohung dieser Art. Immer wieder skandierten die Demonstranten ihren Schlachtruf „Feuer und Flamme für diesen Staat".



Polit-Striptease: Die blanke Kehrseite präsentierte dieser Demonstrant den Polizisten

Die ersten Tätlichkeiten ereigneten sich am Gänsemarkt, wo plötzlich die Scheiben zweier Bankfilialen klirrten. Kanonenschläge explodierten nicht nur inmitten der Polizeibeamten, *sondern auch unter* Passanten, darunter Mütter mit kleinen Kindern. Der Einsatzleiter der Polizei forderte die GAL-*Abgeordnete* Jelpke auf, sich an die Absprachen zu halten und *für einen* friedlichen Verlauf der Demonstration zu sorgen. Die Abgeordnete sagte das zu, doch zu diesem Zeitpunkt war ihr die Demonstration längst aus der Hand geglitten. Auf dem Weg zum Sievekingplatz, dem Gerichtszentrum der Hansestadt, kam der Zug ins Stocken. Geplant war eine Zwischenkundgebung, die jedoch innerhalb von Minuten zur massiven Konfrontation mit der Polizei eskalierte.

Pawelczyk in seiner Bilanz vom Samstag abend: „Angesichts der vom gewalttätigen Bereich des Aufzuges begangenen Straftaten ordnete die Polizeiführung die einschließende Begleitung des Gewaltpotentials an. Die dafür bereitgestellten Kräfte wurden sofort aus dem militanten Block heraus durch Leuchtkugeln, Steinwürfe und Tränengas angegriffen. Zum Teil wurden die Straftäter über ihren Lautsprecherwagen mit Wurfgeschossen versorgt. Von diesem Fahrzeug aus wurde auch mit Leuchtkugeln auf Polizeibeamte geschossen." *Ein Polizeitrupp versuch*te vergeblich, diesen Wagen zu stürmen.

In diesen Minuten begann, was schnell zu einer Straßenschlacht wurde: Während die Polizeibeamten hinter ihren Schutzschilden mit Schlagstöcken den „harten Kern" des Zuges einzukesseln versuchten, flogen aus der Menge Steine auf die Beamten. Sie wurden mit Knüppeln angegriffen und mit Zwillen beschossen. Die ersten Verletzten mußten notärztlich versorgt werden – darunter ein Bereitschaftspolizist, der von einem Stein am Kopf getroffen worden war und von seinen Kollegen mit äußerster Härte vor den Gewalttätern geschützt werden mußte, obwohl er, für jeden erkennbar, schwerverletzt war.

Erneut bemühte sich der Einsatzleiter der Polizei um einen Kontakt mit der GAL-Abgeordneten Jelpke, während der Zug unter ständigen Rangeleien zwischen Demonstranten und Polizisten zum neuen Pferdemarkt zog, wo eine weitere Zwischenkundgebung stattfinden sollte. Dort wurden die Beamten mit Pflastersteinen, aus den Gehwegen herausgerissenen Platten und Latten angegriffen und mit einer Mischung aus Tränengas und Frostschutzmitteln attackiert, während Vermummte Verkehrsampeln demolierten und Scheiben einschlugen.

Der Innensenator sprach am Samstag abend „mit allem Vorbehalt" von 14 verletzten Beamten. Tatsächlich sind es 93, davon 43 aus Bremen. Einer liegt schwer verletzt im Krankenhaus. Elf Beamte sind vorerst dienstunfähig. Die GAL gab die Zahl der verletzten Demonstranten mit 31 Personen an, davon seien 16 am Kopf verwundet worden.

FDP will auch über die Lufthansa verhandeln

Strauß hat Privatisierung des Unternehmens erneut abgelehnt

DIETHART GOOS, **Bonn**

Die jüngste Ablehnung aller Privatisierungsüberlegungen für Bundesunternehmen wie Lufthansa, Bundesbahn und Bundespost durch den bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß hat in der FDP-Führung Verärgerung hervorgerufen.

Nachdem ihr Vorhaben in dieser Legislaturperiode vor allem am Widerstand der CSU gescheitert ist, bekräftigten die Liberalen ihre Absicht, das Thema Privatisierung neben der Steuerreform zum Kernpunkt wirtschafts- und finanzpolitischer Themen bei den Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU nach einer siegreichen Bundestagswahl zu machen.

Strauß hatte sich am Wochenende bei der Verabschiedung von Bruno Merk als geschäftsführenden Präsidenten des Bayerischen Sparkassen- und Giroverbandes gegen „Privatisierungskampagnen" gewandt und – offenbar an die Adresse der FDP gerichtet – erklärt, hier würden Äpfel mit Birnen verglichen. Unter Anspielung auf VW sagte der CSU-Chef, wohl könne man beispielsweise ein Automobilwerk bedenkenlos privatisieren, doch ein Staatsunternehmen wie die Deutsche Lufthansa habe auch nationale Aufgaben zu erfüllen, die nicht ausschließlich gewinnorientierten Aktionärsinteressen, vor allem nicht dem Einfluß ausländischer Kapitalinteressen preisgegeben werden dürften. „Daseinsfürsorge, flächendeckende Bedienung und landesweite Versorgung sind staatspolitische Ziele, aber meist keine einträglichen Pfründe", sagte Strauß.

In einem vertraulichen Schreiben an den haushaltspolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Weng, dessen Inhalt jetzt bekannt wurde, hat Strauß, der Aufsichtsratsmitglied der Lufthansa ist, seine massiven Vorhalte gegen die Privatisierung des Unternehmens noch mit zusätzlichen gewichtigen Argumenten untermauert: „Die Flotte der Lufthansa ist von erheblicher verteidigungspolitischer Bedeutung. Eine volle Division (etwa 10 000 Mann) kann mit persönlicher Ausrüstung in einem Zuge von ihr verlegt werden."

Scharf wandte sich gegen diese Begründung der mittelstandspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Josef Grünbeck. „Dies ist eine absurde Auffasssung, das Lufthansa-Personal wird sich bei Herrn Strauß bedanken. Er verweigert unter völlig falschen Argumenten die Privatisierung. Ich bin geschockt und fordere als Mittelständler meine Parteiführung auf, bei den nächsten Koalitionsverhandlungen in Sachen Lufthansa-Privatisierung nicht locker zu lassen."

Grünbeck verwies im Gespräch mit der WELT darauf, seine Partei verfolge bei den Privatisierungsbestrebungen nicht das Ziel, die Lufthansa ganz aus staatlicher Obhut zu entlassen. „Wir wollen den Anteil der öffentlichen Hand ja nicht auf Null reduzieren, sondern von 75 auf 51 Prozent."

SPD mahnt zur Eile im U-Boot-Ausschuß

dpa, **Bonn**

Die SPD will die unterbrochene Arbeit des Bundestags-Ausschusses zur Untersuchung der U-Boot-Affäre wieder in Gang bringen. Der Ausschußvorsitzende Penner (SPD) will den Bundeswirtschafts-, den Finanz- und den Außenminister sowie den Präsidenten der Oberfinanzdirektion (OFD) Kiel zu einem Informationsgespräch bitten und teilte mit, er stehe in der Weihnachtswoche zur Verfügung. Am vergangenen Donnerstag war die erste Sitzung des Ausschusses nach einem Geschäftsordnungsantrag der CDU/CSU abgebrochen worden. Über Beweisbeschlüsse will die Koalition erst am 7. Januar beraten. SPD und Grüne sprachen von Verschleppungstaktik. Sie hatten noch vor Weihnachten Zeugen vernehmen wollen.

Für seine Untersuchung will der Ausschuß Akten der von Penner angesprochenen Ministerien und der Oberfinanzdirektion heranziehen. Penner kritisierte, durch die erzwungene Vertagung sei dies unmöglich gemacht worden. Er erinnerte an den Untersuchungsausschuß zu den Krawallen in Bremen nach der öffentlichen Vereidigung von Bundeswehrsoldaten im Jahr 1980. Die damalige SPD-FDP-Regierung habe, wie die heutige Koalition, kein Interesse an der Untersuchung gehabt, jedoch dem „selbstverständlichen Begehren der Minderheit nachgegeben". Der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuß, Bohl, rief Penner gegenüber der „Welt am Sonntag" zur Mäßigung auf.

Der erneute Versuch, mit einer Ostdenkschrift Politik zu machen

Koordinierte Vorstöße / Das EKD-Kirchenamt in Hannover geht auf Distanz

MICHAEL JACH, **Hannover**

Mit der „Friedensbewegung" eng verbundene Kräfte innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) drängen auf eine „neue Ostdenkschrift" der EKD an die Adresse der „Völker der Sowjetunion". Leitmotiv ist ein erneutes Bekenntnis deutscher Schuld am Zweiten Weltkrieg; diese sei „unermeßlich" insbesondere gegenüber der Sowjetunion und der „Erfahrungsgrund" für deren hochgerüstetes „Sicherheitsbedürfnis".

Die verlangte „Geste der Versöhnung" wird zugespitzt auf den politischen Zweck einer „Sicherheitspartnerschaft", damit die Kirche nicht mitschuldig werde an einem Krieg zwischen Ost und West.

Wortkarge Reaktion

Das EKD-Kirchenamt in Hannover zeigt bemühte Distanz zu den aufeinander abgestimmten Vorstößen, die zeitlich auf das 40-Jahr-Gedenken an das Kriegsende zurückgehen, urheberisch auf linksprotestantische Kreise wie „Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste" oder „Arbeitsgemeinschaften Solidarische Kirche Westfalen und Lippe".

Absichtsvoll zitiert wird „die mutige und befreiende Klarheit" der Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum 8. Mai 1985. EKD-Oberkirchenrat und Pressesprecher Rolf Koppe betont, weder von der Synode noch vom Rat der EKD liege ein Beschluß über eine „zweite Ostdenkschrift" vor. Das Kommuniqué der jüngsten Ratssitzung vom 12./13. Dezember spricht von dem Vorsatz, öffentliche Stellungnahmen „auf weniges zu konzentrieren"; das schließe ein, auch ausdrücklichen „Bitten von Synoden einzelner Mitgliedskirchen ... nicht zu entsprechen".

Der Satz steht, so wird bestätigt, in Bezug zu landeskirchlichen Synodalbeschlüssen im Sinne der anvisierten Denkschrift. Erstmals verlangte Westfalen vor gut einem Jahr, die EKD müsse die Thematik „vorrangig bearbeiten"; die rheinische Kirche schloß sich an.

Vor vier Wochen kündigte die West-Berliner Synode zum Frühjahr 1987 eine „erste Vorlage" an. Kurz zuvor hatte die EKD-Synode sich allgemein für „Brücken der Verständigung" ausgesprochen. Kaum zufällig ist dies wörtlich der Titel eines jüngst erschienenen Taschenbuches (Reihe GTB-Siebenstern), das die Vorstellungen der Denkschrift-Verfechter dokumentiert. Das Autorenverzeichnis reicht von den „Sühnezeichen"-Vertretern Pfarrer Volkmar Deile (Berlin) und Andreas Zumach (Bonn) über die Grünen-Abgeordnete und Pastorin Antje Vollmer (Bethel) zu den Heidelberger Sozialethik-Professoren Heinz-Eduard Tödt und Wolfgang Huber, Präsident des Düsseldorfer Kirchentages 1985.

Für den „Traditions"-Bezug zur bis heute umstrittenen EKD-Ostdenkschrift von 1965 stehen der damalige EKD-Ratsvorsitzende und Berliner Altbischof Kurt Scharf sowie deren maßgeblicher Anreger Professor Wolfgang Schweitzer (damals Bethel).

Die aktuelle Entwicklung weist denn auch Parallelen auf zu Ursache und Wirkung der 65er Denkschrift, die mit ihrer Forderung nach Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze Bahn brach für die Verträge von Moskau und Warschau. Ausdrücklich soll die Linie der kirchenpolitischen „Buße" fortgesetzt werden, mit Ursprung in der Stuttgarter Schulderklärung der EKD von 1945.

Wie seinerzeit für den entscheidenden Anstoß zur Verständigung mit Polen, so heißt es, sei die Zeit überreif für den folgerichtigen Schritt in Richtung Sowjetunion.

Kirchenpolitische Szenenkenner vermerken das Zusammentreffen mit parteipolitischen Forderungen nach einer gleichgerichteten „zweiten Phase der Entspannungspolitik".

Ein neues kirchliches Schuldbekenntnis soll speziell die „Mentalität des Antikommunismus" brandmarken. Diese habe gleichermaßen 1933 den Nationalsozialismus, 1941 den deutschen Feldzug gegen Rußland und bis zur Gegenwart den „selbstmörderischen und labilen Abschreckungsfrieden" begünstigt.

Ämterkollision?

Zeitziel der Denkschrift-Verfechter ist die Tausendjahrfeier der russisch-orthodoxen Kirche 1988.

Die EKD-Spitze scheint derzeit eher geneigt, wohl mit der allfälligen Jubiläumsbotschaft Motive wie Schuld, Versöhnung und Frieden aufzunehmen, ohne jedoch zur formal und inhaltlich hochgewichtigen Denkschrift zu greifen. Es sei denn, die EKD-Synode erklärt – keineswegs ausgeschlossen – 1987 einen entsprechend bindenden Willen.

Denkbar erscheint eine Ämterkollision für EKD-Ratsvorsitzenden Martin Kruse, der als Berliner Landesbischof von seiner heimischen Synode gegen die EKD-Haltung in die Pflicht genommen werden kann.

Daß das Zögern zusammenhänge mit ersten Warnungen vor abermals kirchlich ausgelösten ostpolitischen Konflikten, mag das Kirchenamt in Hannover nicht bestätigen.

Die theologische Auseinandersetzung nimmt der EKD-Ostkirchenausschuß auf, Repräsentanz der früheren Landeskirchen in Ostdeutschland.

Dessen Vorsitzender, Oberkirchenrat i.R. Gottfried Klapper (Hannover), unterstrich dieser Tage im Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea): „Der Auftrag der Kirche, Gottes Gericht und Gnade zu verkündigen, darf nicht mit der Intention eines politischen Schuldbegriffes verwechselt oder vermischt werden."

SAT 1 setzt sich in Berlin durch

dpa, **Berlin**

Im Standortwettbewerb der Bundesländer um die Ansiedlung potenter Medienunternehmen hat Berlin einen nach Ansicht des Senats großen Erfolg erzielt. Das Aufsichtsgremium über den Privatfunk – Kabelrat – hat den Fernsehkanal 25 für drahtlose Verbreitung am Samstag abend an das deutsche Satellitenkonsortium SAT 1 vergeben. Damit erhielt SAT 1 den Zuschlag vor dem stärksten Mitbewerber RTL plus. Der Senat sieht in der Entscheidung des Kabelrates einen „großen Durchbruch für den Medienstandort Berlin, eine Bereicherung der Medienvielfalt in Berlin und eine attraktive Programmerweiterung für die Berliner Fernsehzuschauer in West und Ost".

Für die Entwicklung der Zuschauerreichweite von SAT 1 bedeute die Entscheidung in Berlin, daß mit der Inbetriebnahme des dortigen Senders zu Beginn der Funkausstellung 1987 die 10-Millionen-Zuschauer-Grenze für SAT 1 überschritten werde. Zum Jahresanfang 1987 rechnet Doetz für SAT 1 mit einem Potential von fünf Millionen Zuschauern.

Ein Sprecher der Kabelanstalt bezeichnete den Beschluß als „ganz knappe Entscheidung", da RTL plus mit seinen Zusagen für medienwirtschaftliche Betätigung in Berlin knapp unter den Offerten von SAT 1 gelegen habe. Die Fernsehfrequenz ging an SAT 1, weil das Konsortium zugesagt habe, neben seinem Stammsitz in Mainz und dem Produktionsort Hamburg für sein aktuelles Nachrichtenprogramm „APF-Blick" einen weiteren Sitz in Berlin „mit dem Schwerpunkt Produktion und Auftragsvergabe" zu errichten.

Als „ganz folgenschwere Entscheidung" hat Bernd Schiphorst, Mitglied des Verwaltungsrats von RTL plus, die Berliner Entscheidung zugunsten von SAT 1 bezeichnet. Bestehende Strukturen im Medienmarkt, insbesondere der Berliner Presselandschaft würden damit verfestigt.

Tag der Genugtuung für den Markt-Grafen

DIETHART GOOS, **Bonn**

Manche Spitzengremien aus Politik und Wirtschaft hätten am letzten Samstag in der Godesberger Redoute Sitzungen abhalten können: FDP-Präsidium und Bundestagsfraktion hatten zum Geburtstagsempfang für Otto Graf Lambsdorff gebeten. Trotz des vorweihnachtlichen Termins kamen sie fast vollständig, die Präsidenten, Vorstandsvorsitzenden, Aufsichtsräte, Politiker von der höchsten Bundesebene bis hin in die Landes- und Kommunalpolitik. Sie alle wollten dem „Markt-Grafen" zu seinem 60. Geburtstag gratulieren.

Für Graf Lambsdorff war es ein Tag innerer und äußerer Genugtuung. Hätte es noch eines Beweises bedurft, daß der prominente Liberale nach Jahren der Verdächtigungen und Anfeindungen im Zusammenhang mit Anklageerhebung und Flick-Spendenprozeß nun das tiefe Tal durchschritten hat und wieder in das Zentrum der politischen Machtgestaltung und -ausübung zurückgekehrt ist – im blau-gelb dekorierten Festsaal des klassizistischen Kur- und Ballhauses wurde dieses Faktum auch dem letzten Zweifler bewußt. FDP-Chef Martin Bangemann, das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern am Revers („An einem Tag wie diesem trage ich das bewußt") sprach in seiner Laudatio aus, was sicher die meisten der weit über tausend Gäste dachten: „Der Graf verkörpert schlechthin die Marktwirtschaft und damit ein so wichtiges Stück unserer Freiheit.

Lambsdorff sagt nicht, daß Markt und Wettbewerb alles regeln und alles können. Aber er wird niemals aufhören, für seine Überzeugung zu streiten, daß politische, daß demokratische Freiheit ohne immer größere marktwirtschaftliche Freiheit nicht gedeihen kann." Und dann ein mit Beifall bedachter Zusatz, der nicht im Manuskript stand: „An Selbstbewußtsein hat es ihm nie gemangelt." Ebenso witzig wie geschliffen überbrachte Norbert Blüm die Glückwünsche des Kanzlers. Seine Rede dürfe zwar nicht als erste Leihstimme der CDU an die FDP verstanden werden, es sei vielmehr der Gruß von Martwirtschaftler zu Marktwirtschaftler verschiedener Variationen. „Ich habe gerne mit ihnen zusammengearbeitet", versicherte der Arbeitsminister seinem ehemaligen Kollegen Wirtschaftsminister.

Fast ging Blüms Ergänzung im tosenden Beifall unter: „Ich werde gerne mit Ihnen wieder zusammenarbeiten." Der sonst so kühl wirkende Graf dankte bewegt. Und es wäre nicht Otto Graf Lambsdorff, wenn diese Hinzufügung gefehlt hätte: „Ich habe die Lobesworte gerne gehört."

Union erwägt Verfassungsklage

dpa, **Frankfurt**

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erwägt eine Klage gegen die nordrhein-westfälische Medienpolitik beim Bundesverfassungsgericht. Nach den Worten des medienpolitischen Sprechers der Fraktion, Weirich, ist das im NRW-Landtag verabschiedete Landesmediengesetz „offenkundig mit der Verfassung nicht zu vereinbaren". Die im Gesetz vorgesehene Trennung zwischen Geldgebern (Verlegern) und Programmgestaltern (Redaktion) nannte Weirich eine „versteckte Zensur".

Fischer: Ich bin sauer auf Rau

dpa, **Mannheim**

Hessens Umweltminister Fischer (Die Grünen) hat SPD-Kanzlerkandidat Rau vorgeworfen, die Chance auf eine Mehrheit auszuschlagen. Mit seiner Strategie einer „Ausgrenzung" der Grünen werde Rau „Kohl, Strauß und der rechten Wende die Bestandsgarantie geben". „Deshalb bin ich so wahnsinnig sauer auf Rau." Die Grünen würden Rau zum Kanzler wählen. Voraussetzung seien der sofortige Ausstieg aus der Kernenergie und der Abzug amerikanischer Mittelstreckenraketen.

„DDR-Kirchen keine Opposition"

AP, **Köln**

Der Präses der EKD-Synode, Jürgen Schmude, hat davor gewarnt, die evangelischen Kirchen in der „DDR" als politische Opposition mißzuverstehen. Im Deutschlandfunk sagte er, die besondere Gemeinschaft der evangelischen Christen in Deutschland habe einen geistlichen, nicht jedoch einen politischen Hintergrund. Es sei jedoch Aufgabe der Kirche, sich um die Not von Menschen zu kümmern. Wenn diese Not politische Ursachen habe, dürfe die Kirche nicht schweigen.

An unsere Abonnenten

Kostensteigerungen, besonders im Personalbereich, machen leider auch vor der WELT nicht halt. Deswegen ist es erforderlich, den Abonnementspreis zum 1. Januar 1987 um 80 Pfennig monatlich auf 27,90 Mark anzuheben. Wir bitten Sie damit für Ihr tägliches WELT-Exemplar um rund drei Pfennige mehr.

Bei Bezugsgebühren, die bereits im voraus bezahlt worden sind, verzichten wir auf Nachbelastung. Für unsere Abonnenten, die uns eine Einzugsermächtigung erteilt haben, erledigen wir alle Formalitäten.

Wir bitten um Ihr Verständnis.

Verlag und Redaktion DIE WELT



Streit um Reformpolitik Chinas verschärft sich

Peking muß Eigendynamik der Studentenproteste fürchten

JOCHEN HEHN, **Hongkong**

Seit Wochen schon demonstrieren Studenten in Peking und einigen Provinzhauptstädten. In Schanghai mündete ihr Vorgehen am Wochenende in eine spektakuläre Protestaktion. Die Diskussion, die gegenwärtig innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas über die politischen Reformen geführt wird, wird sich dadurch weiter verschärfen und möglicherweise beschleunigen.

Die Studenten fordern eine schnelle und unbürokratische „fünfte Modernisierung" – so die landläufige Umschreibung für Demokratie in Anlehnung an die vier Modernisierungen von Landwirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Armee. Sie setzen damit Befürworter wie Gegner von politischen Reformen unter Druck.

ANALYSE

Die Slogans auf den von den Studenten mitgeführten Bannern wie „Wir fordern Demokratie und Pressefreiheit", „Ohne Demokratie keine Modernisierung" und „Mehr Mitspracherecht an den Universitäten" spiegeln zwar grundsätzlich die Meinung von Deng Xiaoping, dem entschiedensten Befürworter politischer Reformen wider.

Die chinesische Führung weiß aber aus eigener Erfahrung, daß studentische Demonstrationen solchen Ausmaßes schnell eine Eigendynamik entwickeln und dann kaum mehr aufzuhalten sind. Mao und *auch seine Gegner hatten sich zu* Beginn der Kulturrevolution mehrfach der Studenten „bedient", um ihre politischen Vorstellungen ins Rampenlicht zu bringen und damit einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Auch in Schanghai war diese Dynamik in Ansätzen spürbar. Eine begeistert mitgehende Bevölkerung solidarisierte sich nicht nur mit den Studenten, *sondern feuerte sie sogar* an. Ganz gleich, ob die Demonstrationen spontan entstanden sind oder „von oben" initiiert wurden, Argumentationsstoff liefern sie Reformern wie Orthodoxen allemal.

E.n Aufbegehren an den chinesischen Hochschulen gab es bereits 1984 und 1985 gegen schlechte Lebensbedingungen und „die neue japanische Wirtschaftsinvasion". In Wuhan in Mittelchina ertönten am 9. Dezember zur „äußersten Überraschung" der Behörden auch Rufe nach „Freiheit" und „D .nokratie".

Zu keinem Zeitpunkt aber wurde etwa die Führungsrolle der Kommunistischen Partei in Frage gestellt oder Forderungen nach einem Mehrparteiensystem erhoben.

Den Konservativen um den greisen Chen Yun und Parteiideologen Peng Zhen – übrigens das erste prominente Opfer der Kulturrevolutionäre – ist die Reformpolitik zu schnell und zu weit vorangetrieben worden. *Die studentischen Forderungen* gar kanzeln sie als Versuch ab, die „bürgerliche Demokratie" einzuführen, die ihrer Auffassung


Ein ungewöhnliches Bild aus Schanghai: Studenten demonstrieren, fordern mehr Demokratie, mehr Freiheit. FOTO: REUTER

nach ja der Wahrung der kapitalistischen Ordnung dient.

„Als leuchte der Mond der kapitalistischen Gesellschaft heller als unsere Sonne" ereiferte sich unlängst Peng Zhen in einer Grundsatzrede vor dem Nationalen Volkskongreß und verteidigte nachdrücklich das Prinzip von der Überlegenheit der „sozialistischen Demokratie", die der Gesamtheit der Arbeiter und Bauern diene.

Peng setzte sich damit im deutlichen Gegensatz zu Deng Xiaoping, der die ideologische Bevormundung der Bevölkerung lockern und damit günstigere politische Rahmenbedingungen für seine wirtschaftlichen Reformen *schaffen möchte*. Deng hat erkannt, daß der wirtschaftliche Reformprozeß automatisch eine Veränderung des politischen Bewußtseins der Bevölkerung hervorbrachte und damit das Monopol der Partei in ideologischen Fragen allmählich *zu zersetzen drohte*.

Mit dem Beschluß des 12. ZK auf seiner 6. Plenartagung vor zwei Monaten über die „Leitprinzipien für den Aufbau der sozialistischen geistigen Zivilisation" vollbrachten die Reformer denn auch keine avantgardistische Leistung, sondern machten die Anstrengung, das durch die Politik der offenen Tür sich wandelnde *Bewußtsein in neue ideologische* Bahnen zu lenken.

Die Reform des politischen Systems darf nach diesem Papier aber nicht so weit gehen, daß die Führung der Partei und das Prinzip der demokratischen Diktatur des Volkes untergraben werden. Hier liegt die Grenze auch für die studentischen Demonstranten, aber auch das Dilemma, mit dem die Reformer zu kämpfen haben.

Im Rhein soll es im Jahr 2000 wieder Lachse geben

Die vier Anliegerstaaten beschließen Aktionsprogramm

HELMUT HETZEL, **Rotterdam**

„Im Rhein soll wieder Lachs schwimmen." *Mit diesem Appell* faßte die niederländische Ministerin für Wasserwirtschaft, Neelie Smit-Kroes, das Ergebnis der zweiten Sonderkonferenz der Umweltminister aus den vier Rhein-Anliegerstaaten in Rotterdam salopp zusammen.

Im Schlußkommuniqué der „Rotterdamer Erklärung" gaben sich die *Umweltminister optimistisch, daß* die „wichtigste Wasserader Westeuropas" *im Jahr 2000 als Ökosystem* wieder voll funktionsfähig sein wird. Ziel aller vier Rhein-Anliegerstaaten sei es, den ökologischen Zustand des Rheins wiederherzustellen, wie er vor dem Sandoz-Chemieunfall war.

Folgende Schritte sind nach Ansicht der *Umweltminister dafür nötig*: Ein verbessertes und über die nationalen *Grenzen hinweg* organisiertes Warnsystem müsse errichtet werden und dazu beitragen, daß ähnliche Umweltkatastrophen wie bei Sandoz rechtzeitig erkannt und verhindert werden können.

Die entsprechenden Kontrollposten entlang des Rheins sollen zu diesem Zweck sowohl technisch als auch personell verstärkt werden. Die Internationale Rhein-Kommission (IRK) wurde beauftragt, einen detaillierten „Alarmplan" für solche Katastrophenfälle auszuarbeiten.

Ferner soll die Einhaltung des „Rhein-Chemievertrages" von der IRK besser überwacht und müsse im *Rahmen der „Regeneration des* Rheins" ein Abkommen erzielt werden, in dem sich alle Rhein-Anliegerstaaten dazu verpflichten, ihre Kühlwassereinleitungen in den Fluß zu reduzieren. Damit will man einer zu starken Erwärmung des Rheinwassers vorbeugen.

Der deutsche Umweltminister Walter Wallmann erwägt außerdem, wie er vor der Presse sagte, eine Liste von chemischen Stoffen erstellen zu lassen, deren Produktion entweder ganz verboten oder doch zumindest eingeschränkt werden solle.

Entgegen der Ankündigung seiner Kollegen aus den Niederlanden und Frankreich war er jedoch nicht in der Lage, die deutschen Schadenersatzforderungen an das Schweizer Chemieunternehmen Sandoz finanziell zu konkretisieren. Wallmann zur WELT: „Die Schadenaufnahme ist noch nicht abgeschlossen."

Frankreichs Umweltminister Alain Carignon dagegen bezifferte die Forderungen seines Landes gegenüber Sandoz auf voraussichtlich 250 Millionen *Franc. Den Haag will von den* Schweizern eine Schadenvergütung von zwei Millionen Gulden.

Der Schweizer Bundespräsident und Innenminister Alphons Egli sicherte zu, *alle Forderungen zu prüfen* und schnell durch die Schweizer Behörden und die Firma Sandoz abwickeln zu lassen.

Enttäuscht über das Ergebnis der Konferenz zeigten sich zahlreiche Umweltschutzorganisationen. Sie hatten gehofft, daß sich die weitgehende Haager Forderung, die längs des Rheins ansässigen Chemieunter*nehmen von einer unabhängigen in*ternationalen Kommission regelmäßig überprüfen zu lassen, allgemein durchsetzen lassen würde. Dies war nicht der Fall.

Reagan will neue Raketen „mobil" machen

SAD, **Washington**

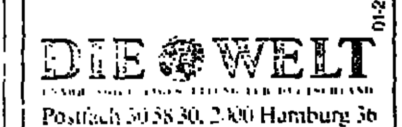
US-Präsident Reagan hat den Plan gebilligt, die neuen amerikanischen *Interkontinentalraketen* vom Typ „MX" künftig auf Eisenbahnwaggons zu montieren. *Auf diese Weise* könnten die riesigen Raketen, jeweils mit zehn Nuklearsprengköpfen ausgerüstet, beweglich und praktisch unangreifbar gemacht werden.

Der Plan des Präsidenten sieht die Anschaffung von weiteren 50 MX-Raketen vor, so daß das strategische Kommando der amerikanischen Luftwaffe am Ende über 100 dieser Waffensysteme verfügen würde.

Der Vorschlag geht im US-Kongreß einem ungewissen Schicksal entgegen. Trotz allen früheren Drängens der Regierung hatte der Kongreß bisher nur 50 MX-Raketen bewilligt, und das auch nur unter der Bedingung, daß die Regierung gleichzeitig die Entwicklung einer kleinen, beweglichen Rakete, „Midgetman" genannt, vorantreibt.

Dieser Auflage entsprechend schlägt der Präsident in der am Freitag gebilligten Vorlage vor, 500 „Midgetman"-Raketen zu bauen. Die Kosten für diese, auf Lastwagen montierten Raketen mit jeweils nur einem *Nuklearsprengkopf würden sich ins*gesamt auf 40 bis 50 Milliarden Dollar belaufen. Die erste dieser neuen Raketen soll nach den vorläufigen Planungen im Jahr 1992 zum Einsatz bereitstehen.

Daß es zur Indienststellung der MX *kommt, grenzt schon fast an ein Wun*der. Gut ein dutzend Jahre dauerte es, bis sich Regierung und Kongreß auf einen Stationierungsmodus für die neue Waffe einigen konnten. Der jetzige Vorschlag, die Großraketen auf Eisenbahnzüge zu verladen, ist ein Versuch, den Widerstand des Kongresses zu brechen.



Parteiklar, patent, puritanisch: Raissa Maximowa Gorbatschowa

Von R.-M. BORNGÄSSER

In Neu-Delhi verblüffte sie die Gastgeber, indem sie kokett fragte, was älter wäre, der Buddhismus oder Hinduismus. In London wollte sie von Premierministerin Margaret Thatcher wissen, wo diese denn ihre schönen Ohrringe *herhabe. Prompt kaufte sie* sich das gleiche Cartier-Ohrgehänge für 6000 Mark. Das Karl-Marx-Grab interessierte sie nicht, dafür jedoch die Kronjuwelen im Tower. Und in Reykjavik charakterisierte sie kühn das sowjetische Außenministerium, als ihr die Besichtigungstour zu vollgepfropft erschien, so: „Die planen und planen, dann ändern sie alles".

Die, die so mit lockerer Zunge durch die große weite Welt pendelt, immer nett anzusehen, frisch frisiert mit einem stets waagerechten Lächeln im Gesicht ist Raissa Maximowa Gorbatschowa, die Frau des sowjetischen Parteisekretärs Michail Sergejewitsch Gorbatschow.

Eine „Kassandra des Kremls", die beste PR-Waffe Gorbatschows, wenn er ins westliche Ausland jettet, um nicht müde zu werden, seine Friedensappelle anzubieten, die dann im Westen nicht ohne Wirkung bleiben, wie es scheint. Egal, wohin der Parteichef reist, egal wie beschwerlich auch immer diese Trips sein mögen, Raissa ist stets mit von der Partie. Alles an ihr erscheint so parteiklar, patent und puritanisch, wenn sie ihre blaugrünen Augen im *Großformat* öffnet, hinterläßt sie stets einen irritierten Journalistenpulk, vergessen dann die SS 20, vergessen Afghanistan.

Was Nancy für Ronald Reagan, ist Raissa für Michail Sergejewitsch Gorbatschow. Geschickt von seiner Umgebung beraten, öffnete dem Westen gegenüber seine familiäre Gemütsvitrine und zauberte die erdnahe Raissa hervor. Und diese eher kräftige als schmächtige erste Frau im Sowjetstaat genießt aus vollen Zügen ihr Publicity-wirksames Auftreten im westlichen Ausland.

Sie ist die erste Frau in der Sowjetunion, die so ungeniert mitmischt und sie ist bei der Sache wie noch nie jemand zuvor. Das Gefühl, ihrem Mann, ihrer Partei, ihrem Land Ehre zu machen, sitzt tief in ihr. Und der eigene Ehrgeiz treibt sie voran.

Raissa hat einen sowjetischen Traum in die Tat umgesetzt. Ein kleines Provinzmädchen mit viel Protektion (wahrscheinlich Nichte Gromykos) und großem Parteigeschick, gelang ihr doch der rare Sprung an die Moskauer Universität, um das Nobelfach Philosophie zu studieren.

Raissa stammt aus Stawropol. Ihr Alter wird auf 53 Jahre geschätzt. Über ihre Biographie breitet sich Schweigen. Schon in frühen Studienjahren traf sie ihren Mann, den Jurastudenten Michail Sergejewitsch.

Angeblich soll die Dissertationsarbeit von Tochter Irina sich mit dem Problem von Alkoholsüchtigen befaßt haben, sie hat somit Gorbatschows Anti-Alkohol-Kampagne maßgeblich beeinflußt. Nach den *Moskauer Studienjahren kehrte das* Ehepaar Gorbatschow nach Stawropol zurück, wo sie das gutsituierte Funktionärsleben eines örtlichen Regionalparteichefs führten.

Hier trafen sie mit Andropow zusammen. Und aus dieser Zeit rührt auch die Freundschaft mit Schewardnadse aus dem benachbarten Tiflis. Nach erfolgreichen Provinzjahren folgte der Ruf nach Moskau; der rote Schicksalsfaden führte die Gorbatschows direkt in den Kreml.

Mit dem ideologischen Handgepäck *einer linientreuen Kommunistin* zieht Raissa Maximowa durch die freie westliche Welt. Mit ihren ungemein abgezirkelten Ideen teilt sie alle Ansichten ihres alerten Ehemannes immer im Gleichklang zwischen Gefühl und Vorurteil.

Längst ist es kein Geheimnis, daß sie kräftig intern mit reinredet, daß sie gern die Souffleuse spielt. Erstmals wurde nun die Frau eines sowjetischen Generalsekretärs auch in die


Mit Raissa Gorbatschowa können die Genossen noch nicht umgehen FOTO: SVEN SIMON

öffentliche Funktion als Vorstandsmitglied des „Sowjetischen Kulturfonds" in Moskau berufen.

Das ist neu, denn bisher standen die Ehefrauen der Sowjetmächtigen nur im Schatten ihrer Männer: Nina Chruschtschowa repräsentierte das mütterliche Rußland, als sie ihren Nikita in die USA begleitete. Die warmherzige *rundliche Lehrerin im* geblümten Kleid schien die Verkörperung der Babuschka, ohne deren Mithilfe in der Sowjetunion nichts gehen würde.

Kossigyns Frau und Breschnews Wiktorija blieben zu Hause, und von Tatjana Andropowa erfuhr die Öffentlichkeit erst, als sie im Witwen*schleier an den Sarg trat. Auch* Tatjana Tschernenko sah man erstmals bewußt, als sie sich weinend über den Leichnam ihres Mannes warf, von Uniformierten beiseite geschoben.

Raissa Gorbatschowa *hingegen* verkörpert die bislang größte Herausforderung an die Genossen – in einem Land, wo man zwar von Gleichberechtigung redet, was letztlich nur billige Arbeitskraft bedeutet, wo aber das hierarchisch männliche Parteiprinzip dominiert. Raissa, ein Nachschlagewerk für die PR-bedürftige *Sowjetunion?*

Noch ist die Frau des Parteisekretärs für die Funktionäre kein nachahmenswertes Modell. Noch wird sie hier ignoriert. Zwar erscheint ihr Bild *mitunter* in der „Prawda" auf den Gruppenfotos der Politfunktionäre *nach den offiziellen Reisen. Doch der* Zeitungstext erwähnt sie nicht. Raissa hat keine offizielle Funktion.

Während sie in Genf, Paris, London, Reykjavik oder Neu-Delhi winkend *aus der Vordertür des Sowjet*jets mit Mann die Gangway hinunterschreitet, benutzt sie bei der Rückkehr in Moskau auf dem Flughafen Wnukowa nur die Hintertür. Im Lande tritt sie stets ins zweite Glied zurück. Im eigenen Land verpflichtet Raissa sich freiwillig zu einem Kontrastprogramm. In Wladiwostok oder *Moskau trippelt sie auf dem unvor*teilhaften russischen Schuhwerk, trägt *Plastiktäschchen* anstelle von Chevreauleder.

Selbst mit dieser Rolle tun sich die staatlichen Sowjetmedien schwer. Die Fernsehkameras verweilen zwar oft auf Raissa bei öffentlichen Veranstaltungen, bringen sie schicklich ins Bild, ohne allerdings zu sagen, um wen es sich hier handelt.

Als Raissa Gorbatschowa auf der Pressekonferenz des Kulturfonds von Auslandskorrespondenten befragt wurde, las sie nur ein Statement ab, *war zu keiner Aussage zu befähigen.* Noch spielt sie im Lande die Rolle der „Puppe in der Puppe".

Nicht wenige im Lager der Gegner Gorbatschows reiben sich an den Extravaganzen dieser ersten *Dame* des Staates, die so augenfällig ihren Luxus genießt, während das Land an der Armutsgrenze dahinschlittert. Die Stimmung, die Raissa so publikumswirksam für die Sowjetunion im Ausland einheimst, könnte sich innenpolitisch als *Bumerang erwei*sen. Eine Gefahr, auf die immer öfters hingewiesen wird.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription *price for the USA is US-Dollar 370,00 per an*num. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mai*ling offices. Postmaster send address chan*ges to DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC. 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632

Eine konventionelle Abschreckung für Europa?

Analyse zur Sicherheitspolitik / Ohne die Mittel der nuklearen Verteidigung würde der Krieg wieder „führbar werden"

Von LOTHAR RÜHL

Seit dem Aufbau der gemeinsamen Verteidigung Westeuropas im atlantischen Bündnis ist die Frage gestellt, wie stark, wie beweglich, wie widerstandsfähig über die Zeit das militärische Abwehrdispositiv gegenüber einem Angreifer in Europa sein müßte, um Sicherheit zu bieten. Dabei sind stets zwei Überlegungen angestellt worden:

1. über die Wirkungen einer Kriegführung mit modernen konventionellen Waffen;
2. über die Bedingungen für den Rückgriff auf Kernwaffen und die Folgen einer nuklearen Eskalation.

Die zweite Fragestellung hat wegen der Wirkung der Kernwaffen die erste zumeist überschattet, oft auch in militärischen Überlegungen überlagert oder sogar verdrängt. Die öffentliche Diskussion hat die nukleare Fragestellung als das Kriegsproblem an sich herausgehoben und dabei versucht, eine „konventionelle Alternative" zur nuklearen Abschreckung zu finden. So ist in den politischen Sicherheitskonzeptionen die konventionelle Kriegführung vielfach zu einer Art Ersatzfunktion für vorgestellte Nuklearkriegführung als vermutete Konsequenz der nuklearen Abschreckung geworden.

Die Bedingungen für eine wirksame konventionelle Verteidigung in Mitteleuropa werden von der Geographie und von der Angriffsfähigkeit des Warschauer Pakts mit einer überlegenen konventionellen Truppenstärke, insbesondere nach der Kampfpanzerzahl und der damit verbundenen Panzerangriffskraft vorgegeben.

Die dichte Aufstellung der WP-Panzerverbände und mechanisierten Infanterie der motorisierten Schützendivisionen auf gepanzerten Gefechtsfahrzeugen vor allem in Thüringen, Sachsen und Westbrandenburg, aber auch im Böhmen und im westlichen Polen stellt eine in kurzer Zeit einsatzbereite Masse dar, die in massiven Stoßkeilen konzentriert auf Durchbruchsachsen nach Westen in Richtung Rhein und Ärmelkanal angesetzt werden kann.

Das 3:1-Kräfteverhältnis bei Kampfpanzern, Schützenpanzern, Panzerhaubitzen und so weiter zwischen den Armeen des Warschauer Pakts und der NATO würde nicht linear auf der ganzen Frontbreite zum Angriff aufgestellt. Es würde im Gegenteil dazu benutzt, an ausgewählten Gefechtsabschnitten größere Angriffsüberlegenheit aufzubauen, so daß an den kritischen Punkten Kräfteverhältnisse von 5:1 oder sogar 10:1 geschaffen werden könnten, um den Durchbruch zu erzwingen und ausgreifend in die Tiefe vorzustoßen.

Da Westdeutschland wenig räumliche Tiefe hat, wäre die Distanz, über die ein Stoßkeil vorprellen müßte, um operative Ziele am Rhein oder an der Weser zu erreichen, mit 120 bis 250 Kilometern nicht besonders groß. Diese kurze Wegstrecke für die Aggression aus dem Osten veranlaßte General de Gaulle als französischen Staatschef zu der Bemerkung: „Die Bedrohung steht nur drei Tagesetappen der Tour de France von Frankreich entfernt." Die Hauptprobleme für den östlichen Angreifer wären also der rechtzeitige verdeckte Aufmarsch in Angriffsaufstellung und die Verstärkung des Angriffs durch Entfaltung und Nachsetzen mit rechtzeitig aus dem Osten herangeführten Reserven.

Beide Probleme würden um so leichter zu lösen sein, je weniger Feuer der Verteidiger auf der NATO-Seite gegen das Aufmarschgebiet des WP, also im östlichen Mitteleuropa, zur Wirkung bringen, je weniger Einsatzflugplätze, Artillerie- und Panzerbereitstellungen, Führungsanlagen und Lager er rechtzeitig bekämpfen könnte.

Die NATO-Verteidigung muß den Aufmarsch, die Konzentration von Angriffsverbänden in Stoßkeilen, deren Verstärkung und den Ersatz für abgekämpfte Truppen wie den Nachschub unter ein hohes operatives Risiko stellen, und zwar ganz unabhängig vom strategischen Risiko nuklearer Eskalation, die auch das Gebiet der den Angriffskrieg gegen Westeuropa führenden Militärmacht, also der Sowjetunion, von vornherein einbeziehen müßte, um wirksam zu sein.

Das operative Risiko für eine Offensive gegen Westeuropa kann von starken konventionellen Kräften der NATO-Verteidigung dem Angreifer jedenfalls für seine erste Angriffsstaffel und Luftstreitkräfte in der Reichweite der NATO-Waffen auferlegt werden. Konventionelle Verteidigung in Mitteleuropa, auf deutschem Boden, ist der westlichen Allianz also möglich, solange sie über kampfkräftige, das heißt panzerstarke und mit durchschlagenden Panzerabwehrwaffen ausgerüstete, bewegliche Truppen und über Luftstreitkräfte verfügt, die auch gegen die starke Luftabwehr des WP ihre Ziele auf dem Aufmarschgebiet des Angreifers wirksam bekämpfen können.

Beide Komponenten: gepanzerte Abwehrkraft und angriffsfähige Kampfflugzeuge und Flugkörper sind notwendig, um eine konventionelle Verteidigung auch in der Zukunft zu erhalten. Die Standfestigkeit dieser Verteidigung gegen wuchtige Angriffsstöße hängt aber auch von dem Rückhalt ab, den Nachschub und rechtzeitige Verstärkungen ihr geben können.

Trotzdem sind dem konventionellen Abwehrkampf auf dem dicht besiedelten und bebauten eigenen Gebiet Grenzen gesetzt. Die Zerstörungskraft der modernen konventionellen Waffen würde zwar nicht die Substanz des verteidigten Gebietes vernichten, wohl aber bei Ausbreitung und längerer Dauer der Kämpfe hoher Intensität zu landweiten Verheerungen und großen Verlusten auch der Bevölkerung führen.

Deshalb muß die NATO-Verteidigung auf dem konventionellen Sockel der Abschreckungskraft über Kernwaffen verfügen, deren Zerstörungskraft im Ziel das operative militärische Risiko eines Angreifers weiter vergrößert und ihn mit dem strategischen Risiko der nuklearen Eskalation, die seine Existenz bedrohen würde, konfrontiert.

Aus diesem Risiko darf die Sowjetunion in der militärischen Konfrontation nicht ausgespart, von diesem Risiko darf eine sowjetische Angriffskriegsplanung, gleichgültig ob sie nur auf die konventionelle Angriffsstärke des Warschauer Pakts setzte, oder auch auf die Wirkung ihrer Kernwaffen, nicht freigestellt werden. Wenn eine Kalkulation der Risiken und des militärischen Aufwands für einen Sieg in Europa über die NATO oder auch nur für eine Okkupation einzelner Länder wie der Bundesrepublik Deutschland in Moskau keine sichere Option zur militärischen Entscheidung des Konflikts zuläßt, wird die Sowjetführung in der Krise auf den Krieg als Mittel ihrer Politik verzichten. Diesen Entschluß gegen den Krieg herbeizuführen, ist der Sinn und Zweck der Abschreckung, die seit dem Entstehen der militärischen Konfrontation zwischen Ost und West in Europa wirksam ist.

Den Sockel dieser Abschreckung bilden unbestreitbar die konventionellen Streitkräfte, mit denen die NATO ihr Gebiet zu Lande und zur See gegen Angriffe verteidigen kann.



Lothar Rühl ist Staatssekretär im Verteidigungsministerium. Er hat vielbeachtete Analysen zur Sicherheitspolitik geschrieben und gehört dem Institut für Strategische Studien in London an. FOTO: CAROLINE BRECHER-SCHULZ

Doch dieser Sockel kann die nukleare Eskalationsdrohung nur plausibel und flexibel machen, nicht aber ersetzen. Die Frage: Existiert eine „konventionelle Abschreckung" für Europa? muß sich deshalb auf die Sockelstärke der konventionellen Verteidigung gründen – sie kann jedoch nicht allein von der Höhe und Stärke dieses Sockels beantwortet werden.

Ohne konventionelle Abwehrkraft würde eine Situation wiederentstehen, von der Präsident Kennedy im Sommer 1961 während der Bedrohung Berlins durch den Großaufmarsch des Warschauer Pakts mit mehr als einer Million Soldaten unter dem Befehl des Marschalls Koniew angesichts der wenigen konventionellen Truppen der NATO in Deutschland gegenüber der sowjetischen Übermacht sagte, wenn Chruschtschow annehmen könnte, daß die USA nur die Atombombe hätten, um einen Angriff in Europa abzuwehren, er diesen Angriff wagen könnte, weil die Drohung mit Atombomben als Vergeltung dafür ihn wenig beeindrucken müßte.

Gleichgültig, ob diese Bewertung der sowjetischen Lagebeurteilung entsprach oder nicht, kommt in ihr die richtige Erkenntnis zum Ausdruck, daß eine Abschreckung nicht allein auf der Androhung massiver Vergeltung mit Kernwaffen beruhen kann, wenn der Gegner gleichfalls über solche Waffen verfügt.

Die neuerliche Diskussion in Amerika über „konventionelle Abschreckung" als Ersatz für nukleare gründet auf das andere Extrem: den Verlaß auf konventionelle Verteidigung. Der Gegenstand dieser Diskussion ist die Überlegung, daß konventionelle Abwehrkraft Abhängigkeit von Kernwaffen nicht nur verringern, sondern auch das existentielle Engagement der USA zur Abschirmung der Sicherheit Westeuropas begrenzen, im Falle einer allgemeinen nuklearen Abrüstung sogar aufheben würde.

Die Reagan-Administration hat sich bisher allerdings nur eine Halbierung der strategischen Kernwaffenarsenale und die Beseitigung aller Raketen aller Reichweiten zum Ziel gesetzt, im übrigen den Vorschlag der Beseitigung der landgestützten Flugkörperwaffen mittlerer Reichweite aus Europa und deren Begrenzung weltweit auf je einhundert Gefechtsköpfe aufrechterhalten.

Ersatz für solche nuklearen Optionen im amerikanischen Potential ist mit anderen Waffensystemen vorstellbar. Die US-Administration hat eine Kombination von Langstrecken-Marschflugkörpern und Kampfflugzeugen vorgesehen. Verzicht auf Raketen würde für die beiden Weltmächte verschiedenartige geostrategische Situationen im Verhältnis zueinander schaffen, nachdem die direkte Raketendrohung über die interkontinentale Distanz und von See her fortgefallen wäre. Die peripheren nuklearfähigen Angriffsmittel, also insbesondere die US-Kampfflugzeuge als Kernwaffenträger in Europa und auf See, würden strategisch aufgewertet.

Für Westeuropa könnten andere Trägermittel zur „extended deterrence" durch die USA, zur auf das NATO-Gebiet in Europa ausgeweiteten Abschreckung bereitgehalten werden.

Welche Lösung des Problems auch immer gewählt würde, konventionelle Streitkräfte könnten Kernwaffen nicht ersetzen, jedenfalls nicht, solange die Invasionsfähigkeit des Warschauer-Pakts mit konventionellen Angriffskräften gegen Westeuropa bestehen bleibt.

Es ist diese sowjetische Option zur Führung eines auf Europa westlich Sowjetrußlands begrenzten Angriffskrieges, die nukleare Abschreckung auch regional in Europa notwendig macht und es gebietet, die Sowjetunion im Kriegsfall nicht zu einem Sanktuarium für Gegenschläge der NATO-Streitkräfte in Europa werden zu lassen.

Dabei ist ohnehin zu berücksichtigen, daß die „operativ-taktischen" Raketen, deren Beseitigung Gorbatschow im Rahmen konventioneller Streitkräfteverringerungen angeboten hat, im Verband der Landstreitkräfte des WP, in einem Dispositiv kombinierter nuklearer, chemischer und konventioneller Waffen stehen; sie aus diesem Zusammenhang herauszulösen, erscheint in jedem Fall als äußerst schwierig. Es ist generell zu bedenken, daß Kernwaffen nicht willkürlich aus dem kombinierten nuklear/konventionellen Optionsverbund herausgelöst und für Rüstungskontrolle isoliert behandelt werden könnten, wenn die Krisenstabilität des Kräfteverhältnisses bewahrt – und keine konventionelle Fähigkeit zur Kriegsführung in Europa freigegeben werden soll.

Es kann in Verhandlungen über intermediäre Nuklearwaffensysteme deshalb ohnehin nicht darum gehen, sozusagen von „Null-Lösung" zu „Null-Lösung" einen denuklearisierten europäischen Konfliktschauplatz zu schaffen, auf dem die konventionelle sowjetische Militärmacht dominierte und wieder eine von nuklearen Risiken freie Option des begrenzten Krieges gegen Westeuropa hätte.

Schließlich stellt sich die Frage nach der Angriffsüberlegenheit konventioneller Streitkräfte in Europa. Ohne die Mittel der nuklearen Abschreckung mit ihrer existentiellen Bedrohung für den Kriegsfall würde nach der Summe der historischen Erfahrung Krieg in Europa wieder führbar. Konventionelle Kräfteverhältnisse haben in der Geschichte sicherlich in konkreten Situationen den Entschluß eines Staates zum Kriege gegen andere abgeschreckt, weil die Staatsführung die eigenen Kräfte als zum Sieg nicht fähig oder das Risiko zu hoch eingeschätzt hatte.

Doch die Geschichte der Staaten ist bis zum Beginn der nuklearen Ära auch und weithin Kriegsgeschichte gewesen. Selbst militärische Kräftegleichgewichte und allgemeine Machtbalancen haben Kriege in der Vergangenheit nicht immer verhindert. Die Lage in Europa 1914 und 1939–41 war zwischen den späteren Kriegsparteien – Koalitionen und Allianzen – von ungefährem Gleichgewicht gekennzeichnet. Es gibt zahlreiche Beispiele für die Kriegseröffnung durch den nach der Truppenstärke oder der Zahl seiner Feldgeschütze, Festungen, Kriegsschiffe unterlegenen Staat gegen den im Zahlenwerk der Kriegsmittel anscheinend Stärkeren.

Ein konventionelles Kräftegleichgewicht, so erstrebenswert es für krisenstabile Sicherheit in Europa und militärische Kräftebegrenzung auch ist, kann nicht mit zuverlässiger „konventioneller Abschreckung" gleichgesetzt werden. Dies gilt auch für Streitkräfte, die mit moderner konventioneller Waffentechnik die Abwehroptionen gegen die Angriffsoptionen stärken und so das operative Risiko für den Angreifer vergrößern könnten.

Auch für diese beiden Fälle der Stärkung der militärischen Sicherheit durch Rüstungskontrolle beziehungsweise Technologie (die dem Angreifer auch verfügbar ist, um offensive Optionen zu verbessern) mit dem Nettoeffekt einer Stärkung der Verteidigung wird Abschreckung auf Mittel nicht verzichten können, die eine Risikobegrenzung für den Krieg ausschließen und also jede Erfolgsannahme für Angriffskrieg als Mittel der Politik diesem nicht abdeckbaren Risiko unterwerfen wie einem kaudinischen Joch. Darin liegen Wesen und Wert der nuklearen Abschreckung, für die konventionelle Stärke der Sockel ist, für die sie aber keinen Ersatz bieten kann.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 02 28/30 41, Telex 8 85 714

Die Herausforderung

„Über die Schwierigkeit, Umweltsünder zu bestrafen"; WELT vom 16. Dezember

Wie im gesamten Umweltrecht herrscht im Umweltstrafrecht ein geradezu skandalöses Vollzugsdefizit.

Kube schildert anschaulich die Schwierigkeiten und Grenzen der Aufklärung und Verfolgung von Umweltkriminalität, seine Verbesserungsvorschläge sind bedenkenswert. Das weitgehend unentwickelte Unrechtsbewußtsein und die meist *bewußte Vernachlässigung* des Schutzes unserer natürlichen Lebensgrundlagen zugunsten der Rentabilität sind nicht nur eine Herausforderung an staatliche Institutionen, sondern auch an die herrschende Wirtschaftsmoral. Die hohe Sozialschädlichkeit der Umweltdelikte verlangt dringend eine Verbesserung der Strafverfolgung.

Höhere Qualifizierung der Strafverfolger bezüglich naturwissenschaftlicher und ökologischer Zusammenhänge und vor allem Veränderungen beim Schadensausgleich, zum Beispiel im Beweisrecht und durch die von Kube vorgeschlagene Aktivierung der Abschöpfungsinstrumente, sind notwendige Maßnahmen. Statt eine besondere Umweltpolizei zu schaffen, sollte die Zusammenarbeit *von Umweltbehörden und Polizei* intensiviert werden. Aus der Sicht der Grünen kommt der Zusammenarbeit mit den Bürgern herausragende Bedeutung zu. Nur wenn die Tätigkeit der Umweltverwaltung für die betroffene Bevölkerung einsehbar und kontrollierbar wird, zum Beispiel entsprechend dem von uns im Bundestag eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über das Einsichtsrecht in Umweltakten, wird sich am Vollzugsdefizit im Umweltrecht wirklich etwas ändern. Eine „gläserne Umweltverwaltung", die Verbandsklage für Umweltschutzverbände, die Einführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen sowie die konsequente und grundlegende Veränderung und Umstellung einer Vielzahl naturzerstörerischer Produktionsverfahren sind vorrangig gegenüber der Keule des Strafrechts.

Diese eigentlich selbstverständliche Auffassung vom Strafrecht als ultima ratio bedeutet natürlich nicht, daß nicht die oft an hervorragender Stelle unserer Wirtschaft tätigen, kühl kalkulierenden Umweltstraftäter schnell und konsequent bestraft werden müssen. Umweltstraftäter dürfen jedoch keinesfalls als Sündenböcke von den überfälligen, weitgehenden wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen der Natur- und Umweltzerstörung ablenken.



Norbert Mann, MdB, Die Grünen

Norbert Mann, Richter a. D. MdB, Die Grünen

Tierquälerei

„Hollmann warnt vor einem Trend zur Zirkusentwicklung"; WELT vom 2. Dezember

Herr Dr. Hollmann hat auf eine Entwicklung hingewiesen, die doch wohl schon in vollem Gang ist. Wenn die Menschen nur wegen des schnöden Geldes ihre Gesundheit und ihren Körper ruinieren, dann ist dieses entsetzlich. Wenn Eltern aus Eitelkeit ihre Kinder diesen Torturen aussetzen, ist das ein Skandal. Dagegen könnten Sportlehrerinnen und Lehrer viel tun.

Wenn im Reitsport aber Pferde, die sich nicht dagegen wehren können, mit Gewalt gezwungen werden, Springen mitzumachen, oder über irre Geländestrecken gejagt werden, dann ist dies eine Schande.

Es geht ja nicht, wie es früher einmal war, um sportlichen Wettkampf, sondern um sehr viel Geld. Darum werden die Tiere gequält. Schön wäre es, wenn die Menschen dafür Sorge tragen würden, daß die Pferde auch Anspruch auf Tierschutz haben.

Thorvald Roloff, Hamburg 52

Auch in Preußen

„In Essen geht eine Epoche zu Ende"; WELT vom 6. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Behauptung, daß im heutigen Essener Stadtteil Werden 1804 die erste in Deutschland angefertigte Dampfmaschine gearbeitet habe, stimmt nicht. Die erste wirtschaftlich brauchbare, in Deutschland, das ist Preußen, hergestellte Dampfmaschine nach dem Wattschen System wurde bei Hettstädt im Mansfeldischen in Gang gesetzt. Auf dem 100 Jahre später vom Verein deutscher Ingenieure errichteten Denkmal steht: „Am 23. August 1785 kam an dieser Stelle – dem König-Friedrich-Schachte – zum ersten Male eine aus deutschem Material und von deutschen Arbeitern hergestellte Feuermaschine in Betrieb zu dauernder gewerblicher Benutzung."

Mit besten Grüßen.
Prof. Dr. Werner Gottwald, Erlangen

Muß das sein?

„Von BND-Meldungen bis zu Personalakten"; WELT vom 15. Dezember

Sehr geehrte Herren,

der skandalöse Spionage- und Verratsfall im Bundespräsidialamt, der mit der Festnahme der dortigen Verwaltungsangestellten Margret Höke aufgedeckt wurde, führt zwingend zu der Frage, in welcher Weise in unserem Lande eigentlich geheime und geheimzuhaltende Staatsangelegenheiten behandelt werden.

Der Bundespräsident ist der Verfassung nach oberster Repräsentant unseres Gemeinwesens. Anders als dem Reichspräsidenten nach der Weimarer Verfassung ist ihm eine politische Machtstellung oder gar ein aktives politisches Einwirken in Entscheidungsprozesse der Regierung, womit ein detaillierter Informationsstand begründet werden könnte, verwehrt. Abweichend von der Weimarer Verfassung ist die Stellung des Bundespräsidenten auf die Repräsentation des Staates als Staatsoberhaupt begrenzt.

Aus dieser verfassungsrechtlichen Voraussetzung ergibt sich die Frage: Was haben eigentlich geheime Staatspapiere und Verschlußsachen höchster Geheimhaltungsstufe und Akten im Bundespräsidialamt zu suchen, deren Inhalt streng geheime Erkenntnisse bundesdeutscher Nachrichtendienste darstellen, gesammelt zur Sicherheit unseres Staatswesens?

Mit freundlichen Grüßen
Henry H. Brüggemann, Hamburg 13

Wort des Tages

„Die Parteien sind das, was die Individuen sind, die sie verkörpern und billigen."

Benedetto Croce, italienischer Historiker und Philosoph (1866–1952)

Forderungen

„Kürzere Arbeitszeiten müssen wir mit Wachstumsverlusten bezahlen"; WELT vom 16. Dezember

Sehr geehrte Herren,

angesichts der begonnenen „Tarifrunde" in der Metall-Industrie, sowohl „Gesamt-Metall" wie „IG Metall" ins Stammbuch:

- Die Gewerkschaften können nur für ihre Mitglieder, das ist eine Minderheit der Arbeitnehmer, sprechen. Vollmundigkeit der Gewerkschafter ist also Theaterdonner.
- Die von den Gewerkschaften schon jetzt geäußerten Forderungen (Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und außerdem Tariferhöhungen!) zeugen von der Mißachtung der Arbeitslosen, denn deren Behelfseinkünfte in Form von Arbeitslosengeld und -hilfe sinken relativ im selben Maße, wie die Einkommen der Arbeitsplatzinhaber steigen.
- Arbeitszeitverkürzung und Tariferhöhungen wirken sich vor allem bei den kleinen und mittleren Betrieben aus. Sie können (und haben in der Vergangenheit schon oft) solche Betriebe in den Konkurs treiben! Sowohl die Gewerkschaften wie die Arbeitgeber sollten daher bei ihren Verhandlungen immer die Situation solcher existenzgefährdeter Betriebe, nicht die großen Arbeitgeber vor Augen haben!
- Unmäßige Verhandlungsergebnisse *beschleunigen die Abwanderung* von Betrieben oder deren Teile in lohngünstigere Staaten. Statt einträglichem Export von Fertiggütern werden Arbeitsplätze exportiert. Zurück bleiben die bisherigen Platzinhaber als Arbeitslose.

Mit freundlichem Gruß
Werner Gohrisch, Erkrath

Personen

PRÄSIDIALAMT

Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** wird am 7. und 8. Januar wieder zum traditionellen Neujahrsempfang einladen. Am ersten Tag bittet der Präsident Repräsentanten des öffentlichen Lebens, das Bundeskabinett, aber auch Bürger, die sich vor allem im sozialen Bereich verdient gemacht haben, zu sich in die Villa Hammerschmidt nach Bonn, seinen Amts- und Wohnsitz. Am 8. Januar findet auf Einladung des Präsidenten in der Bad Godesberger Redoute der große Diplomatenempfang statt. Richard von Weizsäcker und seine Frau **Marianne** fahren heute in einen kurzen Weihnachtsurlaub. Die Familie verbringt die Festtage wie schon in den Vorjahren in ihrem Haus bei Bad Tölz.

WAHL

Auf der Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Manuelle Medizin in Hamm wurde Dr. **Karl-Heinz Drogula** zum dritten Mal als Präsident dieses Verbandes gewählt. Die Deutsche Gesellschaft für Manuelle Medizin ist eine Vereinigung von chirotherapeutisch tätigen Ärzten und widmet sich der Diagnostik und Therapie von Erkrankungen der Wirbelsäule und der Extremitäten.

EHRUNGEN

Professor Dr. **Günther Kahle**, Direktor der Iberischen und Lateinamerikanischen Abteilung des Historischen Seminars der Universität zu Köln, wurde vom Staatspräsidenten der Vereinigten Mexikanischen Staaten mit dem Orden des „Aguila Azteca" in der Stufe des Offizierskreuzes ausgezeichnet. Der Orden des Azteken-Adlers wurde von der mexikanischen Regierung zur Ehrung von Personen gestiftet, die sich für Mexiko und die Menschheit uneigennützig eingesetzt haben. Durch diese Ehrung soll die Verbundenheit Professor Kahles mit dem auszeichnenden Land gewürdigt werden.

*

Die 50jährige Münchner Schriftstellerin **Monika Hartig** ist für ihr Buch „Wann blüht der Zuckertütenbaum" mit dem Zürcher Kinderbuchpreis ausgezeichnet worden. Der vom „Tages-Anzeiger" gestiftete Preis ist mit 3000 Franken (rund 3600 Mark) dotiert.

*

Mit dem Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich ist der Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, **Eduard Haßkamp** aus Oldenburg, ausgezeichnet worden. Durch die vorbildliche Zusammenarbeit zwischen dem Volksbund und der österreichischen Kriegsgräberfürsorge sind in Österreich zehn große deutsche Soldatenfriedhöfe angelegt worden.

GEBURTSTAG

Der Intendant des Süddeutschen Rundfunks (SDR) in Stuttgart, Professor **Hans Bausch**, wird morgen 65 Jahre alt. Bausch, der seit über 28 Jahren ununterbrochen an der Spitze der fünftgrößten ARD-Anstalt steht, hat die Medienlandschaft der



Hans Bausch

Bundesrepublik Deutschland wesentlich mitgeprägt. Als 36jähriger war der engagierte Journalist, Kommunikationswissenschaftler und CDU-Landtagsabgeordnete – ohne Unterstützung seiner Partei – zum jüngsten Rundfunkintendanten in der Bundesrepublik Deutschland gewählt worden. Heute ist er der dienstälteste Intendant, nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch innerhalb der Europäischen Rundfunkunion. Bausch ist der Vater der Medienforschung für Rundfunk und Fernsehen. Seit 1967 ist er ununterbrochen Vorsitzender der Medienkommission von ARD und ZDF, die für alle Fragen der Programm- und Medienforschung zuständig ist. Von 1967 bis 1985 leitete er auch den wichtigen Koordinierungsausschuß zwischen ARD und ZDF, lange Jahre zusammen mit dem ZDF-Intendanten **Dieter Stolte**.

MUSIK

Der Freiburger Generalmusikdirektor **Eberhard Kloke** wechselt im August 1988 in gleicher Eigenschaft nach Bochum. Der künftige Chef der Bochumer Symphoniker wurde 1948 in Hamburg geboren und begann seinen Berufsweg in Mainz. Nach Verpflichtungen in Darmstadt und Lübeck trat er 1980 das Amt des Generalmusikdirektors in Ulm an. Seit 1983 wirkt er in Freiburg. In Bochum wird er den Israeli **Gabriel Chmura** (40) ablösen, der nach sechsjähriger Tätigkeit in der Ruhrstadt 1988 in der kanadischen Hauptstadt Ottawa die Leitung des NAC-Orchesters übernimmt.

DIPLOMATIE

Italien hat einen neuen Generalkonsul in Frankfurt am Main. Die Bundesregierung erteilte **Gianfranco Facco Bonetti** das Exequatur. Sein Konsularbezirk umfaßt die Länder Hessen und Rheinland-Pfalz.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Franz Ludwig**, bisher freiberuflicher Architekt und ständiger Lehrbeauftragter an der Fachhochschule Coburg sowie an der Universität Bamberg, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Baukonstruktion, Hochbaukonstruktion und darstellende Geometrie an der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt erhalten. Ludwig, 1936 in Karlsdorf im Sudetenland geboren, hatte nach Tätigkeit als Hochbautechniker und Bauleiter von Großbaustellen an der Fachhochschule in Coburg und der TU Berlin Architektur studiert.

ERNENNUNG

Zum neuen Chefpiloten der Berlin-Flotte von PanAm ernannte die Geschäftsführung jetzt Captain **Jack Ditzel**. Sein Vorgänger **John Bigelow** arbeitet künftig in Toulouse, Europas Airbus-Zentrale. Dort fungiert er als Verbindungsmann zwischen dem US-Airliner und dem europäischen Luftfahrtriesen.

Thatcher fordert Moskau auf, die Mauer abzureißen

Sie begegnet Gorbatschow mit Vorsicht und Stärke

R. GATERMANN, **London**

Margaret Thatcher, Großbritanniens Regierungschefin, die derzeit allen Grund zu Freude und Zufriedenheit hat, nachdem ihr die Meinungsumfragen einen überraschend großen Vorsprung vor der rivalisierenden Labour Party bescheinigen, bereicherte die Presse ihres Landes an diesem Wochenende mit einer Rarität: Für den „Sunday Express" hat sie selbst zur Feder gegriffen.

Daraus wurde eine Art Weihnachts- oder Neujahrsbotschaft unter dem Leitstern, daß nur Vorsicht, um nicht zu sagen eine gehörige Portion Mißtrauen, und Stärke der Welt Frieden und Freiheit bescheren können.

The Right Honorable Margaret Thatcher MP (Member of Parliament) erinnert zunächst daran, daß 1986 weder den Afghanen, „für die das achte Jahr einer brutalen sowjetischen Besetzung beginnt", noch Iran und Irak oder den „vielen Tausend, die in sowjetischen Gefangenenlagern eingesperrt sind und deren Straftat lediglich darin bestand, ihre grundlegenden demokratischen Rechte gefordert zu haben, Frieden gebracht hat."

Keine Abrüstung

Von fundamentalen Veränderungen könne erst dann die Rede sein, wenn „die Berliner Mauer abgebaut ist sowie die Völker der Sowjetunion und Osteuropas etwas von der Freiheit genießen können, die wir im Westen als so selbstverständlich hinnehmen."

Die Premierministerin, die hofft, im kommenden Jahr in Moskau mit Michail Gorbatschow über verschiedene Abrüstungsaspekte sprechen zu können, in denen sie mit US-Präsident Reagan völlig übereinstimmt und die „jetzt auch von der ganzen NATO angenommen sind", glaubt, dem Kreml jedoch nur mit äußerster Vorsicht und aus einer Position der Stärke gegenübertreten zu können.

„Effektive Überwachung"

„Wenn uns die Russen schon in einer verhältnismäßig kleinen Sache wie dem nie durchgeführten Abzug von Truppen aus Afghanistan irreführten, wie können wir dann ihren Worten von der Zerstörung einiger ihrer Nuklearwaffen trauen?" Hier helfe nur „wirklich effektive Überwachung". Die Geschichte habe uns eines deutlich gelehrt: „Um Frieden zu erreichen, kann man sich nicht alleine auf den guten Willen verlassen. Stärke ist unsere sicherste Basis."

Als Zeichen der Schwäche und Instabilität bezeichnet Frau Thatcher die einseitigen Abrüstungskonzessionen der Labour Party. „nur Nuklearwaffen haben Europa 40 Jahre lang Frieden beschert" und „die Jugend davor bewahrt, wie ihre Eltern und Großeltern, zu den Waffen gerufen zu werden".

1986 habe den Frieden Suchenden jedoch einen kleinen Hoffnungsschimmer gebracht: „Wir sehen wenigstens die Andeutung der Möglichkeit auf eine Verminderung der Nuklearwaffen."

Steigende Tendenz bei Ausreiseanträgen

W. K. **Bonn**

Die Zahl der Ausreiseanträge von „DDR"-Bewohnern ist vor Weihnachten offenbar wieder gestiegen. Vor Büros der Abteilungen für Innere Angelegenheiten in Ost-Berlin und Mitteldeutschland standen Antragsteller Schlange. Die Zahl der Ausreiseersuchen wird zwar weiterhin als Staatsgeheimnis behandelt wird, dennoch spricht man in Ost-Berlin davon, daß den Ämtern 250 00 bis 300 000 Anträge vorliegen. Schätzungsweise eine weitere Million „DDR"-Bewohner trage sich mit Ausreise-Gedanken. Unverändert zeichnet sich unter den Antragstellern ein Nord-Süd-Gefälle ab. Das Gros will die Industriezentren der „DDR" – vor allem das sächsisch-thüringische Revier – verlassen.

Der Grund für die steigende Tendenz wird darin gesehen, daß viele Bewohner der „DDR" keinerlei Änderungen des kommunistischen Systems erwarten. Auf Anweisung der SED-Führung wurden in den letzten Tagen verstärkt „Betreuer" eingesetzt, die Ausreisewillige überreden sollen, auf ihre Pläne zu verzichten oder den Antrag zurückzustellen. Dabei wird das Leben im Westen in schwarzen Farben geschildert. Statistiken sollen belegen, daß Übersiedler Arbeitslosigkeit, teuere Wohnungen und eine rücksichtslose Ellbogengesellschaft erwarten.

Selbst der durchaus begründete Hinweis, die Ost-Berliner Führung erlaube inzwischen in hoher Zahl Verwandtenbesuche im Westen, kann den Wunsch auszureisen offenbar nicht dämpfen. Unter einer Reihe von SED-Funktionären wird dagegen die Meinung vertreten, daß Besuche im Westen zu Vergleichen der Lebensverhältnisse anregen, wobei die „DDR" klarer Verlierer sei.

Vergeblich weisen „DDR"-Funktionäre darauf hin, daß im Jahr 1986 mit mehr als 20 000 Anträgen die zweithöchste Zahl von Ausreisen genehmigt worden sei. 1985 seien es rund 19 000 gewesen. Wie von zuständigen Stellen in Bonn gegenüber der WELT bestätigt wurde, werden sich 1986 insgesamt etwas mehr als 25 000 Personen aus der „DDR" in der Bundesrepublik Deutschland niederlassen. Diese Zahl schließt freigekaufte politische Häftlinge und Flüchtlinge aus dem sowjetischen Machtbereich ein. Rekordjahr war 1984, als rund 40 000 Menschen aus der „DDR" im Westen eine neue Existenz suchten.

Bundesfinanzminister rechnet damit, daß Konjunktur in Fahrt bleibt

Stoltenberg sagt höheres Wachstum voraus

AP, **Hamburg**

Deutlich optimistischer als die Sachverständigen und Wirtschaftsforscher hat sich Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg über die Konjunkturaussichten für das kommende Jahr geäußert.

Der CDU-Politiker sagte der „WELT am Sonntag", er erwarte für 1987 ein Wirtschaftswachstum „zwischen 2,5 und etwas mehr als drei Prozent". Die „Fünf Weisen" und das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung hatten eine Zunahme des Bruttosozialprodukts von nur zwei Prozent im Vergleich zum Vorjahr prophezeit.

Der Bundesfinanzminister schloß Zinssenkungen im nächsten Jahr nicht aus. Er sagte, gegenwärtig habe die Bundesbank verständliche Sorge über die zu starke Ausweitung der Geldmenge. Sie lag in den vergangenen Monaten stets höher als der „Ziel-Korridor". Das verhindere in der aktuellen Situation Zinssenkungen. Soltenberg fügte hinzu: „Wenn es gelingt, die Geldmengen-Entwicklung 1987 zu verlangsamen, ist vielleicht noch ein Spielraum da."

Zum Dollarkurs erklärte er, ein weiterer Rückgang liege nicht im Interesse der USA und auch nicht der Europäer. In den Vereinigten Staaten könnte ein noch stärkerer Rückgang Inflationsprobleme schaffen. In der Bundesrepublik würde „die erkennbare Bremsspur bei den Exporten zu hart", erklärte der Bundesfinanzminister.

Franke kündigt „aktive Arbeitsmarktpolitik" an

dpa, **Nürnberg**

Auf dem Arbeitsmarkt ist nach Ansicht des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, auch im nächsten Jahr eine positive Entwicklung zu erwarten. In einem dpa-Interview wies Franke darauf hin, daß im Durchschnitt des Jahres 1986 rund 70 000 Menschen weniger arbeitslos waren als 1985. Damit sei es zum ersten Male seit 1979 wieder gelungen, die durchschnittliche Arbeitslosenzahl im Vergleich zum Vorjahr – 2,304 Millionen – zu senken. Nach seiner Schätzung wird sich dieser Trend 1987 fortsetzen.

„Viel mehr darf man schon deshalb nicht erwarten, weil auch 1987 das Erwerbspersonenpotential um etwa 135 000 Personen ansteigen wird", sagte Franke weiter. Er wies auf den „kontinuierlichen Anstieg" der Erwerbstätigkeit in der Bundesrepublik seit der Jahreswende 1983/84 hin: „Heute haben rund 600 000 Menschen mehr bei uns Arbeit als vor drei Jahren."

Die Arbeitslosigkeit sei in diesem Zeitraum nicht entsprechend zurückgegangen, weil die Zahl der Menschen, die arbeiten wollen, noch immer kräftig ansteige. Zum einen seien das junge Menschen, die erstmals auf den Arbeitsmarkt kämen, zum anderen Frauen, die nach einer Zeit der Kindererziehung wieder einen Beruf ausüben wollten.

Mit einer „aktiven Arbeitsmarktpolitik" strebt die Bundesanstalt nach Frankes Worten für 1987 eine weitere Entlastung des Arbeitsmarktes um mehr als 410 000 Menschen an. Unter diesem Begriff faßt die Bundesanstalt die Zahlung von Kurzarbeitergeld, die Finanzierung allgemeiner Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, die Förderung von Fortbildung und Umschulung sowie die Gewährung von Vorruhestandsgeld zusammen. 1986 seien von solchen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen rund 360 000 Personen erfaßt worden.

Eine „allmähliche Entspannung" registrierte Franke bei den Ausbildungsstellen. Bis zu einem zahlenmäßigen Ausgleich werde aber noch einige Zeit vergehen. Das gelte besonders für Regionen mit hohen Geburtsraten, die zudem noch zu den strukturschwachen Gebieten gehörten.

Für 1987 müsse bundesweit noch mit mehr als 700 000 Bewerbern gerechnet werden. 1988 werde die Zahl aber schon deutlich sinken und 1990 wahrscheinlich unter 600 000 liegen.

Nach Auffassung von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg könnten im kommenden Jahr zwischen 230 000 und 280 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Der Abbau der Arbeitslosigkeit und die Entwicklung der Arbeitslosenquote ließen sich nicht vorhersagen. Es sei schlecht einschätzen, wie viele als arbeitslos Registrierte sich um einen Arbeitsplatz bemühen würden, so Stoltenberg in der „WELT am Sonntag".

Weizsäcker: Zwei Systeme in einer Stadt

gba. **Bonn**

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat in den „Bonner Perspektiven" die besondere Bedeutung Berlins hervorgehoben. Dabei sprach er seine Überzeugung aus, daß Berlin auf Dauer nicht geteilt bleiben könne und werde. Die WELT dokumentiert die Antwort des Bundespräsidenten zur Berlin-Problematik auf die Frage der ZDF-Sendung: „Im nächsten Jahr wird es die 750-Jahr-Feier Berlins geben. Ost-Berlin und West-Berlin werden getrennt feiern. Welche Akzente sähen Sie gerne bei den Feiern in West-Berlin?"

Von Weizsäcker: „Ich glaube, wir sollten diese Feier als die Feier einer Stadt sehen. Es gibt nicht zwei Städte, es gibt zwei Systeme in einer Stadt, die sowohl Mitte als auch Grenze ist. Auf der anderen Seite wird natürlich sehr viel mehr politisch geplant und vorgeführt, bei uns geht es bunter und demokratischer zu. Berlin ist eine Stadt, von der man glaube ich ohne Übertreibung sagen kann, man kann die ganze Geschichte Europas im 20. Jahrhundert von Berlin aus schreiben. Und ich glaube, daß Berlin diese Bedeutung auch in Zukunft behalten wird. Es ist anziehungskräftig als Mitte, es bringt uns die wichtigsten Aufgaben besonders nah, nämlich die Freiheit zu ehren und zu schützen, verantwortlich zu praktizieren, zugleich aber mit der anderen Seite Brücken zu bauen. Berlin, das ist für die Deutschen in der DDR auch immer ganz besonders wichtig, denn viele Westdeutsche würden die DDR viel schlechter kennen und sie auch viel seltener besuchen, wenn es Berlin nicht gäbe. Ich glaube also, Berlin ist gar nicht in erster Linie Empfänger, sondern es gibt uns in bezug auf Gedanken und Zukunftsperspektiven Entscheidendes. Und das wird, wie ich zuversichtlich hoffe, bei der 750-Jahr-Feier auch zum Ausdruck kommen, auch wenn sie in zwei verschiedenen Formen sich abspielen wird. Auf die Dauer bleibt es doch dabei, die Mitte, die Berlin ist, kann und wird auf die Dauer nicht Grenze bleiben."

Zur ersten Hälfte seiner fünfjährigen Amtszeit sagte von Weizsäcker: „Meine Zeit verbringe ich mehr mit Menschen als mit Akten und mehr im Gedankenaustausch als dadurch, daß ich selber Reden halte." Diese „Verteilung freut mich auch mehr", sie sei im übrigen für ihn selber „sehr informativ". Als seine wichtigste Aufgaben nannte der Bundespräsident „Zusammenführen, Konsens und Orientierung in der langfristigen Perspektive".

JU: Nobelpreis für Dalai Lama

dpa, **Bonn**

Die Junge Union (JU) hat das geistliche Oberhaupt des tibetanischen Volkes, den Dalai Lama, für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. JU-Chef Christoph Böhr begründete die Empfehlung damit, daß der Dalai Lama Tenzin Gyatso sich wie kaum ein anderer Politiker auf der Welt für den „geistigen Frieden" einsetze. Der seit 1959 im Exil lebende Dalai Lama habe sich der Gewaltlosigkeit verschrieben. Er lehne jede Feindschaft auch gegenüber dem mächtigen Nachbarn China ab.

Schwere Kämpfe in Tschad

dpa, **Paris**

Der Botschafter von Tschad in Paris, Allam-Mi Ahmad, forderte befreundete Länder zur Unterstützung der Regierung von Präsident Habre auf, um einen nahen Sieg über Libyen nicht zu verschenken. Nach Angaben der Tschad-Regierung sollen die Libyer bei einer Großoffensive schwere Verluste erlitten haben. Die Verteidiger hielten sich gut, hieß es. Paris hatte Tschad in der vergangenen Woche aus der Luft versorgt, will aber nördlich des 16. Breitengrades militärisch nicht direkt eingreifen.

Neujahrsgruß an Gorbatschow

dpa, **Bonn**

Bundeskanzler Kohl hat bereits die Neujahrsbotschaft an den sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow unterzeichnet. Sie soll nach Weihnachten durch die Deutsche Botschaft in Moskau übergeben werden. Nach dpa-Informationen geht Kohl darin nicht auf die Irritationen wegen seines umstrittenen „Newsweek"-Interviews ein. Der Kanzler hatte bereits am 4. Dezember in einem Interview festgestellt, er habe mit seiner Erklärung vor dem Bundestag eine Entschuldigung ausgesprochen.

Honecker bekundet Willen zum Dialog

D. D. **Berlin**

Die Bereitschaft der „DDR" zu einem Dialog und zu internationaler Zusammenarbeit hat der Staatsratsvorsitzende Erich Honecker bei einem Essen für die in der „DDR" akkreditierten Diplomaten und „Leiter der Vertretungen nationaler Befreiungsfronten" bekräftigt. Auf das Verhältnis Ost-Berlins zur Bundesrepublik ging er dabei nicht ein. Vor dem Essen im Magdeburger Hotel „International" fand die bereits zur Tradition gewordene Hasenjagd für das Diplomatische Korps statt.

USA tauschten mit Irak Waffen aus

rtr, **Washington**

Das US-Verteidigungsministerium soll bereits 1982 mit Irak Verhandlungen über die Lieferung von amerikanischen 175-MM-Artilleriegeschützen im Tausch gegen sowjetische Hubschrauber und gepanzerte Fahrzeuge aus irakischen Beständen geführt haben. Dies berichtet das Magazin „U. S. News and World Report". Dieser Tausch sei zwar fehlgeschlagen, aber andere Waffentauschgeschäfte seien in den vergangenen vier Jahren mit Bagdad abgewickelt worden, heißt es.

Pakistan: Regierungskrise

Kabinett Junejo tritt zurück / Blutige Unruhen

AP/dpa, **Karatschi**

In Karatschi haben sich Angehörige zweier islamischer Volksgruppen, der Pathanen und der Modschahiren, eine Woche lang blutige Kämpfe geliefert. Nahezu 170 Menschen sollen dabei getötet worden sein. Es waren die folgenschwersten Auseinandersetzungen zwischen Volksgruppen in Pakistan seit Erlangung der Unabhängigkeit von britischer Kolonialherrschaft im Jahr 1947.

Ausgelöst wurden die Unruhen von Razzien des Militärs in dem vorwiegend von Pathanen bewohnten Stadtteil Sohrab Goth, wo ein Hauptumschlagplatz für den Heroin- und Waffenschmuggel vermutet wird. Pathanen verdächtigten daraufhin Mdschahiren, dafür verantwortlich zu sein, und griffen zwei Tage später die andere Volksgruppe an. Pathanen kommen aus dem Nordwesten Pakistans. Die Modschahiren sind Einwanderer aus einem Gebiet, das bei der Teilung des Subkontinents an Indien fiel.

Am Samstag wurden in Karatschi von der Polizei zwei Männer erschossen, die sich nicht an das Ausgehverbot gehalten hatten. Ein weiterer Mann erlag seinen Verletzungen, die er bei einem früheren, ähnlichen Zwischenfall erlitten hatte.

Nach den blutigen Unruhen war das Kabinett unter Ministerpräsident Mohammad Khan Junejo am Samstagabend geschlossen zurückgetreten, um eine Regierungsumbildung zu ermöglichen und eine Beruhigung der Situation herbeizuführen.

Die Opposition unter Frau Benazir Bhutto reagierte darauf mit der erneuten Forderung nach dem Rücktritt von Präsident Mohammad Zia ul-Haq. Bei ihm allein liege die Macht; ein Auswechseln des zivilen Kabinetts sei nutzlos.

Politische Beobachter bewerteten unterdessen den Rücktritt des Kabinetts als Ausdruck monatelanger Spannungen innerhalb der Regierung. Die Unruhen in Karatschi seien letztlich nur ein Auslöser zur Regierungsumbildung gewesen. Aus Karatschi verlautete, Junejo wolle jetzt ein kleineres, aber leistungskräftigeres Kabinett bilden. Der aufgelösten Regierung gehörten 21 Minister an.

Gemeinsamer Hubschrauber „lebensfähig"

AFP, **Metz**

Optimistisch über das Projekt eines deutsch-französischen Kampfhubschraubers hat sich der französische Verteidigungsminister André Giraud geäußert. Dieses Vorhaben, das bisher aufgrund unterschiedlicher Ansprüche der Generalstäbe beider Länder in der Sackgasse steckte, werde jetzt „lebensfähig", meinte Giraud am Wochenende bei dem Besuch einer französischen Luftwaffeneinheit in Metz.

Noch vor einigen Monaten sei dies nicht der Fall gewesen, da damals vier verschiedene Hubschraubertypen zur Debatte gestanden hätten. Inzwischen seien sich beide Seiten jedoch über den Typ des gewünschten Hubschraubers einig. Diskutiert werde nur noch die Anordung der beiden Pilotensitze – nebeneinander oder hintereinander. Jede Variante habe Vor- und Nachteile.

Nach Angaben Girauds wollen sich französische und deutsche Experten Ende Januar treffen, um eine Bilanz der Verhandlungen zu ziehen.

Dachauer SPD ‚außer Rand und Band'

PETER SCHMALZ, **München**

Nach dem Debakel vom Freitag, als der Vorsitzende des SPD-Bezirks Südbayern, Jürgen Böddrich, zurücktrat und den Schritt damit begründete, die Partei sei „außer Rand und Band", versucht die SPD schnelle Schadensbegrenzung: Schon heute soll die Antragsschrift fertiggestellt werden, mit der ein Ausschlußverfahren gegen den 41jährigen Dachauer Landtagsabgeordneten Hans Hartl eingeleitet wird. Im Januar soll das Bezirksschiedsgericht entscheiden.

Allerdings erscheint zweifelhaft, daß mit diesem forcierten Tempo Ruhe hergestellt werden kann. Rechtsanwalt Hartl (früher CSU), der mit einer Zweitstimmen-Kampagne trotz eines schlechten SPD-Listenplatzes den Sprung in den Landtag schaffte, kündigte im Gespräch mit der WELT an: „Ich werde mit allen politischen und juristischen Mitteln um meine Mitgliedschaft in der SPD kämpfen. Ich bin kein geborener Sozialdemokrat, aber ein gewordener, und ich fühle mich trotz aller Streitigkeiten wohl in dieser Partei."

Außerdem müßte man mit ihm 90 Prozent der Dachauer SPD ausschließen, meinte Hartl, der Vorsitzender des dortigen Unterbezirks ist. Er spielte damit darauf an, daß es ihm nach seinem SPD-Beitritt 1980 gelungen ist, führende Positionen mit seinen Anhängern zu besetzen. „Dann muß man auch zwei Träger der Georg-von-Vollmar-Medaille, der höchsten Auszeichnung der bayerischen SPD, und den Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Dachauer Stadtrat ausschließen", trumpfte Hartl auf.

Sie alle hatten auch eine Anzeige der Dachauer SPD mitunterzeichnet, in der vor einer Spaltung der SPD gewarnt wurde und die Anlaß dafür war, daß der Bezirksvorstand am Freitag ein für drei Monate befristetes Ruhen der Mitgliedsrechte Hartls verfügte.

Hartl aber beteuert, mit dieser vom Unterbezirksvorstand einstimmig beschlossenen Annonce habe man sich nur gegen Aktivitäten eines „Forum Republik" gewehrt, das der frühere bayerische Juso-Vorsitzende Klaus-Ulrich Spiegel ohne Wissen des Unterbezirks als Gegenpartei gegründet hatte.

Über dieses Forum, dem Prominente wie Vogel und Glotz ihre Namen zur Verfügung stellten, ist mittlerweile auch der Bezirksvorstand nicht mehr glücklich. Man sei über die Gründung nicht ausreichend informiert worden, räumte Geschäftsführer Günther Winkler ein. Der Initiator habe wohl tatsächlich beabsichtigt, in Dachau eine „Gegen-SPD" zu gründen. Der Vorstand beschloß deshalb, die Aktivitäten des Forums hätten bis auf weiteres zu ruhen.

Doch nicht allein in Dachau gärt es. Böddrich, der 22 Jahre dem Landtag angehörte, betonte jetzt, es gehe nicht allein um den Fall Hartl: „In Rosenheim kracht's, in Kirchheim unterschreiben Genossen bei der Friedensliste, in München diskutieren die Jusos die Glaubwürdigkeit des Oberbürgermeisters." Und in Briefen, die ihn erreichten, sei ein an Gehässigkeit nicht mehr zu überbietender Ton erkennbar. Hartl indes vermutet eine innerparteiliche Auseinandersetzung zwischen jenen, die eine Volkspartei wünschten, und jenen, die in der SPD eine Vertreterin von Minderheiten sähen.

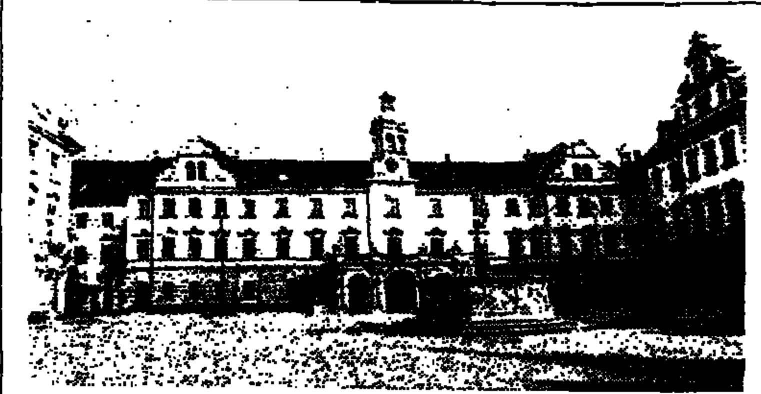
Vom südbayerischen Dilemma unbeeindruckt zeigt sich Bundesgeschäftsführer Peter Glotz. Er meinte, der Bezirksvorsitz wäre „eine reizvolle Aufgabe".

Akademie setzt sich gegen Belgrad durch

cgs. **Belgrad**

Zu einer politischen Auseinandersetzung, die mit einer Niederlage der kommunistischen Parteiführung endete, ist es während der außerordentlichen Generalversammlung der Serbischen Akademie der Wissenschaften in Belgrad gekommen. Die Mitglieder weigerten sich, der Forderung der Regierung nachzukommen und das Präsidium der Akademie abzusetzen. Statt dessen wurden deren Präsident, Kanazir, und der Generalsekretär, Medakovic, sowie der Exekutivausschuß mit überwältigender Mehrheit in ihren Ämtern bestätigt.

Der Schriftsteller Dobrica Cosic erklärte, zum erstenmal in ihrer hundertjährigen Geschichte sei die Serbische Akademie von einer politischen Führung zum „Feind des eigenen Landes" gestempelt sowie als Initiator eines „mörderischen Bruderkrieges" sowie des „nationalen Hasses" bezichtigt worden. Cosic sprach von einer publizistischen Kampagne, welche die Kommunisten gegen die Akademie entfesselt hätten.



Für den 60jährigen Johannes Fürst von Thum und Taxis ist es eine „Herausforderung, das vielleicht älteste Vermögen der westlichen Welt zu verwalten und zu bewahren". Dieses sehr große Vermögen gehört einem Haus mit mehr als 500jähriger Tradition (unser Foto zeigt Schloß St. Emmeran), das sich im 18. und 19. Jahrhundert durch hohe Investitionen in Grund und Boden abgesichert hat. (S. 11)

FOTO: DIE WELT

WELTWIRTSCHAFT

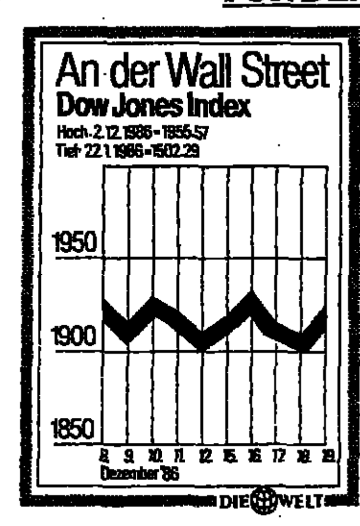
Mode aus Italien: Im Export bahnt sich eine Trendwende an. (S. 10)

Weihnachten: Bei den französischen Eisenbahnern offenbar kein Anlaß für christliche Nächstenliebe. Sie streiken und der Verkehr kommt zum Erliegen. (S. 10)

Gatt: Die Mitgliedsstaaten haben ihre Verhandlungen über den organisatorischen Ablauf am Samstag in Genf auf Ende Januar vertagt. (S. 10)

Großbritannien: Um durchschnittlich 0,3 Prozent hat sich das Brutto-Inlandsprodukt im dritten Quartal dieses Jahres gegenüber den vorangegangenen drei Monaten erhöht. Gegenüber dem Vorjahr beträgt die Wachstumsrate nach Angaben des statistischen Bundesamtes zwei Prozent.

FÜR DEN ANLEGER



Rentenmarkt: Überraschend hat sich in der letzten Woche eine etwas freundlichere Tendenz durchgesetzt. (S. 10)

Philips: Der niederländische Elektronikkonzern will über die Mailänder Börse vier Millionen Stammaktien zum Verkauf stellen. Es wird damit gerechnet, daß Philips die Aufnahme von 100 Mrd. bis 110 Mrd. Lire durch die Plazierung plane.

Liberalisierung: Schritte zur freien Konvertierbarkeit der Landeswährung und Gründung einer Export-Importbank kündigte der türkische Ministerpräsident an.

MÄRKTE & POLITIK

Nord-Ostsee-Kanal: Der Verkehr auf dem Kanal wies im November dieses Jahres zwar im Vergleich zum November 1985 noch ein Minus auf, mit einem Gütervolumen von über 5,5 Millionen Tonnen aber wurde das beste Monatsergebnis 1986 erreicht.

Deutschen Beamten-Versicherung: Mit Sonderausschüttungen von insgesamt 350 Mill. DM können die Lebensversicherungskunden in den nächsten drei Jahren rechnen. Alle Versicherten, die 1987 bis 1989 eine Einzelkapitalversicherung besitzen, sind von dieser zusätzlichen Leistung begünstigt.

Renten: Wieder austreten können Selbständige, die sich nach dem Rentenreformgesetz freiwillig in der Rentenversicherung pflichtversichert haben. Das Ausscheiden aus der Pflichtversicherung kann bis Ende 1988 beantragt werden. Voraussetzung ist, daß der Beitritt bis zum 13. Mai 1977 erfolgte und daß die Betroffenen durch die Abwertung der Ausfallzeiten für Ausbildungszeiten im Rahmen des 20. Rentenanpassungsgesetzes betroffen worden sind.

Kooperation: Ein Abkommen über die gemeinsame Gewinnung von Eisenoxyd haben die sowjetische Organisation Licensintorg und das österreichische Unternehmen Andritz geschlossen. Das langfristige Abkommen sieht die Weiterverarbeitung von Stahlabfällen mit Hilfe von in Österreich und der UdSSR entwickelten Recyclingtechniken vor.

Wo ist der Dorsch: Die deutschen Fischer zwischen Nord- und Ostsee plagen Sorgen. Zwar könnten sie innerhalb der EG-verordneten Fangbeschränkung mehr fangen – aber die Fische sind nicht da. Dorsch, Makrele und Seezunge gehen seit einigen Wochen nicht mehr ins Netz.

Urteile: Selbst bei Kündigungsrechtsstreitigkeiten, die ein Drittel der Neuzugänge beim Bundesarbeitsgericht ausmachen und bevorzugt erledigt werden, vergeht zwischen Eingang und Erledigung normalerweise ein Jahr. (S. 10)

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

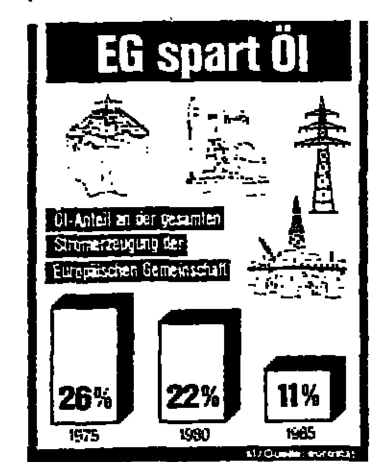
Citroën: Die zum französischen Peugeot-Konzern gehörende Automobilgesellschaft wird nach sechs verlustreichen Jahren 1986 mit einen Reingewinn aufwarten, den Konzernpräsident Jacques Calvet auf etwa 300 Mill. Franc veranschlagt.

Swissair: Erstmals seit dem Krieg sind die Erträge massiv unter das Vorjahresniveau gesunken. Auch in den letzten Monaten zeichnete sich keine Besserung ab. Aus diesem Grund soll nächstes Jahr soll das Personal um 1,5 Prozent abgebaut werden. (S. 10)

Übernahme: Die schwedische Kalmar Industries-Gruppe hat den britischen Gabelstapler-Hersteller Coventry Climax, Coventry, übernommen.

Haltermann: Wie das Unternehmen mitteilt, wird die gesamte europäische Aktivität mit Wirkung zum Jahresbeginn 1987 in der Gruppen-Holding Haltermann International GmbH, Hamburg, zusammengefaßt. (S. 11)

Stadtsparkasse Köln: Die Nr. 4 unter den deutschen Großsparkassen hat in diesem Jahr die gesamte Sparleistung ihrer Kunden mit 748 Mill. DM gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. (S. 11)



NAMEN

SEL: Dr. Gerhard Zeidler, Vorstandsmitglied der Standard Elektrik Lorenz AG, ist zum Vorstandsvorsitzenden des Verbandes Deutscher Elektrotechniker gewählt worden.

LTU: Der Geschäftsführer der Düsseldorfer Charterfluggesellschaft, Werner Krauss (62), scheidet zum Jahresende aus der Geschäftsleitung des Unternehmen aus. Nachfolger von Krauss, der 30 Jahre bei dem Unternehmen beschäftigt war, und alleiniger Geschäftsführer wird Werner J. Huehn (55).

WER SAGT'S DENN?

Wenn man kein Geld hat, denkt man immer an Geld. Wenn man Geld hat, denkt man nur noch an Geld.

Paul Getty

Opec einigt sich, zum Festpreis von 18 Dollar zurückzukehren

Unterstützung durch Norwegen und Mexiko – Irak verweigert Produktionssenkung

ALFRED ZÄNKER, Genf

Nach zehntägigen harten Verhandlungen in Genf hat sich die *Organisation der Erdölproduzierenden Länder* (Opec) auf eine neue Strategie geeinigt, mit der die Kartelldisziplin wiederhergestellt werden soll. Die Opec *will die Ölproduktion im ersten Halbjahr* 1987 um 7,2 Prozent von gegenwärtig 17 auf 15,8 Mill. Faß (ein Faß gleich 159 Liter) pro Tag senken, wobei für jedes Land genau festgelegte Quoten gelten. Für Januar wurde bereits wieder ein „Referenzpreis" für Opec-Öl von durchschnittlich 18 Dollar pro Faß festgesetzt. In Mexiko-City erklärten die Energieminister Mexikos und Norwegens auf einer gemeinsamen Pressekonferenz, sie seien bereit, preisstabilisierende Maßnahmen des Kartells mitzutragen.

Die Opec hat sich auch über die Preisdifferenzierung für sieben verschiedene Erdölqualitäten geeinigt, wobei der Abstand zwischen der leichtesten Qualität, „Bonny Light" aus Nigeria, und der schwersten Qualität, „Arabian Heavy", maximal 2,65 Dollar betragen soll. Ein Ausschuß soll die einzelnen Preise der Marktlage von Zeit zu Zeit anpassen, immer auf der Basis eines Durchschnittspreises von 18 Dollar. Jedes Land kann das Abkommen monatlich kündigen.

Die neue Vereinbarung hält sich somit eng an die Vorstellungen des *saudi-arabischen Königs Fahd*, die von seinem neuen Ölminister Hicham Nezer in Genf energisch verfochten worden waren. Aber das Abkommen hat eine Schwachstelle. Irak weigert sich immer noch, seine Produktionsquote von 1.46 Mill. Faß täglich einzuhalten. Der Irak verlangt eine gleich große Quote wie sein Erzfeind Iran – nämlich von 2,25 Mill. Faß. Bagdad fördert heute bereits 1,6 Mill. Faß pro Tag und ist dabei, seine Exportkapazität in einigen Monaten um 700 000 Faß zu erweitern.

„Es handelt sich nicht um ein wirkliches Abkommen, denn es besteht keine Einstimmigkeit", meint der irakische Minister Quassim Taki Al-Oraibi. Von iranischer Seite wird erklärt, man müsse „König Fahd mehr Zeit lassen, den Irak zu überzeugen." König Fahd hat tatsächlich noch Druckmittel gegenüber Bagdad, denn ein Drittel der irakischen Ölexporte fließt über Saudi-Arabien. Bagdad erhält zudem erhebliche finanzielle Hilfe.

Aus diesen politischen, aber auch wirtschaftlichen Gründen wird die neue Opec-Strategie in Kreisen des *Ölhandels zunächst* mit Vorbehalten aufgenommen. Es fragt sich auch, ob andere Opec-Länder die Produktionsquoten einhalten werden. Der neue Festpreis von 18 Dollar, wesentlich höher als die Notierungen von rund 14 Dollar in den letzten Wochen, scheint auch im Widerspruch zur Marktlage zu stehen. Fachleute weisen vor allem auf die hohen Vorratsbestände an Erdölprodukten in Handel, Industrie und bei den Haushalten hin. Große Mengen Ölprodukte könnten nun rasch auf den Markt geworfen werden, sollten ernste Zweifel an *der neuen Vereinbarung aufkommen.*

„Jetzt hängt alles davon ab, wie der Markt anfangs nächster Woche reagieren wird. Wenn Skepsis überwiegt, könnte Opec-Öl statt auf 18 Dollar zu steigen, sogar wieder sinken", warnt Baptist Gehr, Direktor der Schweizerischen Erdölvereinigung in Zürich.

Wall Street ohne „Hexen-Schrecken"

Dow Jones legte im Wochenvergleich um 16,59 Punkte zu – Günstige Inflationsstatistik

G. BRÜGGEMANN, **New York**

Die gefürchtete dreifache Hexenstunde hat an der Wall Street, wie der vergangene Freitag zeigte, offenbar einiges von ihrem Schrecken verloren. Zwar gab es einige Aufregung und Rekordumsätze von fast 245 *Millionen Shares*, aber die erratischen Kursausschläge, die in früheren Hexenstunden die Anleger das Fürchten lehrten, blieben diesmal aus. Der Dow-Jones-Industrieindex stieg um 16,03 auf 1928,85 Punkte wie an einem eher ruhigen Handelstag.

Im Wochenvergleich war der Blue-Chips-Index um 16.59 Punkte höher, nach einer insgesamt ziellosen Börsenwoche ohne besondere Impulse. Die breiter angelegten Indizes der Nyse und Standard & Poors endeten unterschiedlich. Während der Nyse-Index um 1,04 auf 142,65 Punkte sank, legte der S & P-Index um 2,38 auf 249,73 Punkte zu.

Die sogenannte dreifache Hexenstunde tritt *viermal im Jahr* (jeweils an einem Freitag zum Quartalsende) ein, wenn gleichzeitig Aktienindex-Termingeschäfte, Aktienindex-Optionen und Aktien-Optionen auslaufen und zum Börsenschluß abgewickelt sein müssen. Während dadurch bei *früheren Gelegenheiten großer* Abgabedruck entstand, der die Kurse teilweise stark drückte, erzeugte das große Angebot diesmal eine noch größere Kaufwelle, die das Material glatt aufnahm.

Dazu mag auch eine neue Verfahrensregel *beigetragen haben, die vor*schreibt, daß die Händler an der New York Stock Exchange an solchen Hexentagen spätestens eine halbe Stunde vor Börsenschluß ihre Verkaufsabsichten offenlegen müssen. Dies gibt auch potentiellen Käufern die Gelegenheit, rechtzeitig zu disponieren. Allein Salomon Brothers sollen nach Börsengerüchten am Freitag für zwei Milliarden Dollar Aktien erworben haben. An der *Wall Street ist* mit einiger Genugtuung vermerkt worden, daß die Nyse die gewaltigen Umsätze in kurzer Zeit reibungslos abwickeln konnte.

Zu der Kaufbereitschaft dürfte die Meldung verholfen haben, daß die Preissteigerungsrate im November mit 0,3 Prozent im Rahmen der Erwartungen blieb. Auf Jahresbasis hochgerechnet entspricht das einer Preissteigerungsrate von 1,2 Prozent – ein Wert, der seit 1962 nicht mehr erreicht werden konnte. Das bedeutet, daß sich die US-Wirtschaft auch weiterhin in einem inflationsfreien Umfeld bewegt.

Obwohl diese Entwicklung die Realeinkommen der Verbraucher hat steigen lassen, hat sich ihre Kauflust, die in den letzten Jahren die Konjunktur weitgehend getragen hat, weiter beruhigt. Dies bekam vor allem der vorweihnachtliche Einzelhandel zu spüren.

Der letzte lange Samstag war ein Tag der kleinen Geschenke

Einzelhandel dennoch mit Weihnachtsgeschäft zufrieden

fu, **Bonn**

Ein „Tag der kleinen Geschenke" – so charakterisiert der Einzelhandel nahezu einstimmig den letzten verkaufsoffenen Samstag vor Weihnachten. *Auch wenn kaum Spektakuläres* gekauft wurde, so sind die Warenhäuser mit ihren Umsätzen am vierten langen Samstag doch zufrieden.

Die Trendumfrage der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels bestätigt, daß trotz Schnee und Glatteis in vielen Teilen Deutschlands eine überwiegend gute Kundenfrequenz verzeichnet wurde. Gefragt waren in erster Linie kleinere Artikel in den Bereichen Parfümerie, Bücher, Uhren und Schmuck in mittleren Preislagen, Schallplatten, Lederwaren *und Spielzeug*. Das Wetter brachte im übrigen auch eine stärkere Nachfrage nach Wintersportartikeln und Wintersportbekleidung.

„Tag der kleinen Geschenke" hieß allerdings nicht, daß nicht hier und dort auch Pretiosen für den Weihnachtsabend eingekauft wurden. Im Berliner KaDeWe etwa, dem Flaggschiff des Hertie-Konzerns, wurden als teuerste Geschenke drei farbige Fuchsmäntel (rosa beziehungsweise blau-grün!) für 15 000 bis 25 000 Mark pro Stück, eine mit Diamanten und Perlen besetzte Fabergé-Dose (vom Hofe des Zaren Nikolaus II.) für 19 000 Mark sowie ein Brillantkollier für 26 000 Mark gekauft.

Dem Horten-Konzern zufolge war der lange Samstag auch ein Tag des Nord-Süd-Gefälles. So bewegte sich der Umsatz in Hamburg um 18,5 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt – nicht zuletzt aufgrund der Ausschreitungen in der Hafen-Straße.

Während die 62 Hertie-Warenhäuser am vierten Weihnachtssamstag 41.5 Millionen Mark umsetzten und damit die Verkäufe von einem Jahr zuvor um 1,2 Prozent übertrafen, setzte die Horten-Gruppe mit 28,7 Millionen 1,4 Prozent weniger als am entsprechenden Vorjahrestag um. Im vorweihnachtlichen Geschäft insgesamt (November und Dezember) hat Horten den Umsatz allerdings um zehn *Prozent gegenüber der gleichen* Vorjahreszeit ausweiten können. Damit liegt Horten deutlich über dem durchschnittlichen Ergebnis im Einzelhandel, der im Weihnachtsgeschäft der beiden Monate ein Plus von ein bis vier Prozent vermeldet.

Der von der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels prognostizierte zusätzliche Weihnachtsumsatz von gut 19 Milliarden Mark, 3,6 Prozent des gesamten Einzelhandelsumsatzes, wird damit dem Verbandzufolge erreicht. Von einer in den letzten Wochen vielzitierten Luxuswelle könne also keine Rede sein.

AUF EIN WORT



„Der Autohandel des nächsten Jahrtausends wird Gewinne nur auf dem Sektor der Gebrauchtwagenverkäufe merklich steigern können. Profihafte Vermarktung von Gebrauchtwagen ist deshalb anzustreben."

Dr. Jürgen Creutzig, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes des *Kraftfahrzeuggewerbes* ZDK, Bonn.

FOTO: DIE WELT

Arbeitszeitreform wurde durchgeboxt

Regierung in Paris entschloß sich zum ungewöhnlichen Weg über die Nationalversammlung

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Regierung hat es nun doch geschafft, ihre Arbeitszeit*reform* noch vor Jahresende zu verwirklichen. Nachdem Staatspräsident Mitterrand am 17. Dezember seine Unterschrift unter eine entspre*chende Gesetzesverordnung* verweigert und diese damit zu Fall gebracht hatte, war erwartet worden, daß die Reform dem Parlament erst im Frühjahr zu Beginn der nächsten Sitzungsperiode als normaler Gesetzentwurf mit mehr oder weniger großen Abstrichen vorgelegt werden würde.

Doch Premierminister Chirac entschloß sich dazu, den Verordnungstext unverändert in einem Zusatzantrag zu einer anderen gerade beratenen Vorlage einzubringen. Er wurde am Wochenende im Hauruck-Verfahren von der bürgerlichen Mehrheit der Nationalversammlung sowie des Senats verabschiedet.

Arbeitsminister Philippe Séguin begründete das ungewöhnliche Vorgehen, welches selbst gaullistische Abgeordnete erstaunte, damit, daß durch diese Reform die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beschleunigt werde. Sie würde überdies die Unternehmen in die Lage versetzen, ihre Arbeitszeiten besser der Auftragslage anzupassen. Dadurch könnten der Importdruck gemildert und im Export zusätzliche Aufträge herein*geholt werden.*

Tatsächlich handelt es sich nur um ein Rahmengesetz für eine größere Flexibilität der Arbeitszeit, deren nähere Bedingungen von den Sozialpartnern innerbetrieblich (bisher nur branchenmäßig) auszuhandeln sind. Grundsätzlich ist vorgeschrieben, daß für Überstunden, die über die gesetzliche Arbeitszeit von 39 Wochenstunden bis zu 44 Stunden hinausgehen, dann keine Zuschläge gezahlt zu werden brauchen, wenn die effektive Arbeitszeit 39 Stunden im Wochendurchschnitt des Jahres erreicht. Darüberhinaus werden die bisher üblichen Abfindungen (25 Prozent Überstundenzuschlag und für 20 Prozent zusätzliche Freizeit) gewährt. Diese Regelung ist von einem Abkommen inspiriert, welches bereits im Juli in der Metallindustrie unterzeichnet wurde.

Wirklich neu an dem Gesetz ist nur die Aufhebung des Verbots der Nachtarbeit (von 22 bis 5 Uhr) für Frauen. Die Regierung sieht darin insofern einen Fortschritt, als in durchgehend arbeitenden Betrieben weibliche Arbeitskräfte nicht mehr gegenüber männlichen diskriminiert würden. Die bisherige Regelung führte nämlich dazu, daß solche Betriebe (etwa in der Elektronikbranche) Frauen deshalb entließen, um Männer neu einzustellen. Die sehr gut bezahlte Nachtarbeit darf allerdings nur dort eingeführt werden, wo dies wirtschaftlich notwendig ist.

In den Industrieländern hält der Aufschwung 1987 an

Kieler Institut widerspricht Rezessions-Befürchtungen

HH, **Bonn**

Mit einer Fortsetzung des Aufschwungs in den Industrieländern rechnet das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) auch 1987. Das reale Bruttosozialprodukt werde im kommenden Jahr um rund drei (1986 voraussichtlich 2,5) Prozent zunehmen. Auf dieser Linie liegt auch die Schätzung des Instituts für die Bundesrepublik, die USA sowie für Westeuropa insgesamt. Spitzenreiter sind der Prognose zufolge Kanada, Italien und die Schweiz mit 3,5 Prozent.

Mit dem Hinweis auf den bereits lange andauernden Aufschwung wür*den neuerdings häufig Erwartungen* begründet, der Aufschwung müsse bald auslaufen und in eine neue Rezession einmünden. „Bislang deuten jedoch wichtige Indikatoren darauf hin, daß sich der Aufschwung fortsetzt. Die privaten Verbrauchsausgaben expandieren weiterhin kräftig, und die Investitionsneigung ist vor allem in Europa hoch", heißt es.

Die preisdämpfenden Wirkungen der Ölpreisentwicklung – in Japan und Westeuropa zusätzlich die der Aufwertung – würden 1987 abklingen. Schon deshalb sei mit einer „spürbaren Beschleunigung des Preisauftriebs" zu rechnen. Die Verbraucherpreise dürften 1987 im Durchschnitt um mehr als drei (1986: *zwei) Prozent steigen.*

In den Industrieländern bestünde die Gefahr, daß sich die Beschleunigung des Preisanstiegs in einer kon*junkturellen Verstärkung und kräfti*ger steigenden Lohnerhöhungen fortsetze. Ob diese Entwicklung in eine Rezession einmünde, hänge letztlich davon ab, wann und wie die monetäre Expansion wieder auf einen moderaten Kurs gebracht werde.

Gewagte Ölstrategie

Zä. (Genf) – König Fahd hat gesprochen. Opec-Öl soll fortan 18 Dollar pro Faß kosten, fast zweimal soviel wie im vergangen Sommer, als der Preis zeitweise unter zehn Dollar gefallen war. Das wollen Saudi-Arabien und die Opec durch einschneidende Produktionskürzungen und Verknappung des Angebotes erreichen.

*Der König braucht dringend hö*here Einnahmen, um seine Wirtschaftsprogramme, seine hohen Militärausgaben zu finanzieren und um zu verhindern, daß die – immer noch hohen – Auslandsguthaben des Landes zu rasch aufgezehrt werden. Überall in der Opec kämpfen die Regierungen mit Finanzierungsproblemen. Bei 18 Dollar könnten auch andere Produzenten außerhalb der Opec – wie Mexiko, Texas *und Alaska, Großbritannien und* Norwegen – einigermaßen leben.

König Fahd hat gesprochen. Fraglich ist aber, ob der Markt das akzeptiert. In den wichtigsten Abnehmerländern sind in diesem Jahr – bei niedrigen Preisen – größere *Lagerbestände denn seit Jahren* aufgebaut worden. Wenn nur ein Teil davon jetzt auf den Markt käme, würden die Preise gedrückt. Auch wächst der Verbrauch von Ölprodukten nur sehr langsam, und der Anstieg dürfte sich 1987 bei nur mäßiger wirtschaftlicher Expansion eher noch abschwächen. Ungewiß ist zudem, ob die Opec die nötige Disziplin in den eigenen Reihen erzwingen kann.

König Fahds neue Ölstrategie ist voller Risiken. Mit seiner scharfen Preiserhöhung schwimmt er gegen den Strom. Ob diese Politik gelingen wird, kann nur der Markt entscheiden.

Manager-Defizite

Von JOACHIM WEBER

Der Manager der Gegenwart ist, ob Chemiker, Ingenieur, Jurist oder Betriebswirt, ein guter bis sehr guter Fachmann, fast immer Akade*miker, zumeist promoviert und bis* unter die Schädeldecke voller Sachkunde und Sinn für die Realitäten. Dennoch – oder besser deswegen – brachten sich die Chefchemiker wie jetzt im Zusammenhang mit der Sandoz-Katastrophe immer wieder in ein schiefes Licht, häufig sogar, ohne es selbst zu bemerken.

Das geschah mit schöner Regelmäßigkeit dann, wenn es um die vermeintlich „einfachen" Dinge ging – um das Denken außerhalb der eigenen Expertise, um das Vermögen, mit Nicht-Fachleuten zu kommunizieren, um das Gespür für die emotionalen Belastungen der anderen und für die eigene Einbindung in ein soziales Gesamtsystem. All das gilt keineswegs nur für die Chemie, die gerade ins Scheinwerferlicht geraten ist. Auch in anderen Branchen, etwa bei den Waffenschmieden oder auch den Stromversorgern (um nur ein paar Beispiele zu nennen) zeigen sich ähnliche Defizite.

> **Die Entwicklung zum Technokraten-Management wurde zwar wesentlich durch äußere Zwänge bestimmt, wird sich aber über kurz oder lang als korrekturbedürftig erweisen.**

Es steht außer Frage, daß der Wirtschafts-Steuermann heute den ganzen Instrumentenkoffer der Fachmethodik braucht, soll er sein *Unternehmensschiff* halbwegs sicher durch all die Klippen eines zunehmend komplizierteren und immer schneller veränderlichen Umfelds aus Technik und Wissenschaft, Marktverflechtungen und Gesetzgebung steuern. Nur: Damit allein wird es in Zukunft immer weniger getan sein.

Schon jetzt sind es nicht mehr nur Grenzsituationen wie das Unglück bei Sandoz, in denen eine neue Kategorie der Ansprüche an modernes Management deutlich wird. Überall, wo sich Menschen *vom Tempo und von* der Wucht der technisch-wissenschaftlichen Entwicklung und ihrer Promotoren – eben der Manager – überfordert und überfahren fühlen, *sehen sie sich* gezwungen, ein eigentlich selbstverständliches Bedürfnis mit Nachdruck zu artikulieren: Den ganz natürlichen Wunsch des Menschen nach Menschlichem, der sich bei weiterer Technisierung der Arbeits- (und Privat-)welt als Dauerbrenner erweisen wird.

Daß auch seine Befriedigung zu den betrieblichen Führungsaufgaben zählt, ist ganz und gar keine neue Erkenntnis. Dem Patron alter Prägung (dem die ganz persönliche Verantwortung oft viel bewußter war als dem anonymen Geschäfts-Führer) und auch etlichen Managern jener Generation, die im Laufe der letzten eineinhalb Jahrzehnte aus dem Berufsleben ausgeschieden sind, war sie noch eine Selbst*verständlichkeit.*

Eine rasante technische Entwicklung, die kein Element unternehmerischer Betätigung verschonte, hat aber inzwischen die betrieblichen Entscheidungsstrukturen und damit auch die Anforderungen an die Entscheider völlig verändert. Der internationale Wettlauf um die beste Technik und die zeitsparendste Betriebsorganisation hat notwendi*gerweise auch in den Führungseta*gen eindeutige Akzente gesetzt.

Der sichere Instinkt der Management-Altvorderen, der so manche Daumenpeilung zum Volltreffer machte, nützt im komplexen System der Wirtschafts-Moderne nicht mehr ganz so *viel* wie *einst* (obwohl man ihn nicht unterschätzen sollte). Gefragt sind stattdessen analytische Fähigkeiten, Rationalität und Funktionalität – all jene Eigenschaften, die den guten Technokraten ausmachen, möglichst noch ergänzt durch die Fähigkeit zum Teamwork (hinter der sich nicht selten die Unfähigkeit verbirgt, Entscheidungen in eigener Verantwortung zu treffen).

Schaut man sich heute in den *Führungsspitzen* vor allem der großen Unternehmen um, dann ist die Wachablösung der menschlichen Führungsfähigkeiten durch die Sachkompetenz schon zu einem guten Teil absolviert. Emotionslosigkeit und menschliche Kühle werden zumindest gut gespielt, und nur die unausrottbaren Hierarchieembleme in den Führungs-Etagen deuten an, daß das Allzumenschliche nicht vollends verdrängt ist.

Die Entwicklung zum Technokraten-Management wurde zwar wesentlich durch äußere Zwänge bestimmt, wird sich aber kurz über lang als korrekturbedürftig erweisen. Denn wo man die virtuose Beherrschung eines Instru*mentariums (wie neu es auch im*mer sein mag) oder eines Apparats (wie bei Verbandsleuten, Gewerkschaftern und Politikern beobachten) schon mit Führungsqualität gleichsetzt, da wird eins ignoriert: daß sich alles Wirtschaften letztlich nur um den Menschen drehen kann.

In einer zunehmend technisierten Unternehmens-Umwelt wird es immer mehr auch zur Führungsaufgabe, den Mangel an menschlicher Wärme auszugleichen. Ein Studienfach wird daraus kaum werden können, wohl aber ein Kriterium bei der Auswahl der nächsten Manager-Generation.

Stundenlange Zugverspätungen

Frankreichs Eisenbahner streiken gegen neues Lohnsystem

J. Sch. **Paris**

In Frankreich hat sich das soziale Klima überraschend verschlechtert. Vor allem bei den öffentlichen Verkehrsbetrieben kam es in den letzten Tagen zu mehr oder weniger wilden Streiks. Am stärksten betroffen wurden davon die Benutzer der staatlichen Eisenbahnen (SNCF). Sie mußten am Wochenende stundenlang auf ihren Zug warten. Nur etwa jeder zweite kam zum Einsatz. Auf manchen Strecken brach der Verkehr völlig zusammen – und das zu Beginn der Weihnachtsferien.

Aber gerade dieser Zeitpunkt schien den Eisenbahnern besonders günstig, um ihren Protesten gegen das von der Verwaltung angekündigte neue Entlohnungssystem Nachdruck zu verschaffen. Danach will die SNCF am Anfang nächsten Jahres über die allgemeinen Lohnerhöhungen hinaus nur noch für besondere Verdienste und nicht mehr entsprechend der Dauer der Betriebszugehörigkeit Aufschläge zahlen. Diese Aufschläge sind bei den Staatsbahnen von großer Bedeutung. An der diesjährigen Erhöhung der gesamten Lohnsumme um 3,03 Prozent waren sie mit 1,9 Punkten beteiligt.

Während 1986 fast alle Eisenbahner noch einen Kaufkraftzuwachs verbucht haben, dürften 1987 nach dem neuen System diejenigen ohne besondere Verdienste bestenfalls konstante Realbezüge empfangen. Die eigentlichen Tarifverhandlungen sollten erst am 6. Januar beginnen. Dieser Termin war allerdings vor den Studentenunruhen vereinbart worden.

Der Ausgang des SNCF-Konflikts ist deshalb von großer Bedeutung, weil er die Tarifverhandlungen im gesamten öffentlichen Sektor sowie in der Privatwirtschaft präjudiziert. Dort will das Patronat ebenfalls den Leistungen stärker Rechnung tragen und – vom gesetzlich garantierten Mindestlohn (SMIC) abgesehen – keine Lohn-Preisindexierung vornehmen, wie sie bei den Staatsbetrieben immer noch indirekt besteht.

Um Arbeitsplätze wird härter gestritten

Bis zum Urteilsspruch des Bundesarbeitsgerichts vergehen im Schnitt rund 21 Monate

SIEGFRIED LÖFFLER, **Kassel**

Rund 30 000 Urteile hat das Bundesarbeitsgericht seit seiner Errichtung im Jahre 1953 gefällt und damit zur Rechtssicherheit in der Bundesrepublik und West-Berlin beigetragen. Dennoch gibt es immer wieder neue Rechtsfragen, so daß die 28 Berufsrichter in den insgesamt acht Senaten nicht arbeitslos werden. Im Gegenteil: Sie schleppen zum Jahreswechsel rund 1250 unerledigte Fälle mit ins neue Jahr.

Das werden zwar – wie Gerichtspräsident Prof. Otto Rudolf Kissel während der traditionellen Jahresschluß-Pressekonferenz vor Fachjournalisten in Kassel erklärte – knapp 200 weniger als im Vorjahr sein; die Rückstände und der Neueingang von etwa 1600 Revisionen und Rechtsbeschwerden (im Vorjahr waren es 1662) sorgen aber dafür, daß die Rechtsuchenden durchschnittlich ein Jahr und neun Monate auf die Erledigung bei der höchsten Instanz warten müssen. Dank Errichtung des 8. Senats zu Jahresbeginn 1986 und der damit verbundenen Erhöhung der Richterzahl von 25 auf 28 hat sich die Geschäftslage aber etwas „entspannt", die Wartezeit konnte um einen Monat verringert werden.

Kündigungsrechtsstreitigkeiten – sie machen nach wie vor ein Drittel bei den Neueingängen aus – werden bevorzugt erledigt; aber auch bei ihnen vergeht normalerweise ein Jahr zwischen Eingang und Erledigung. Auch in diesem Jahr fanden die Richter in der roten Robe eine alte Erfahrung bestätigt: Es wird hart um die Erhaltung der Arbeitsplätze gestritten; die Vergleichsbereitschaft der Prozeßparteien hat eher ab- als zugenommen.

Der Große Senat des Bundesarbeitsgerichts, der nur selten – in doppelter Besetzung mit mindestens sechs Berufs- und vier ehrenamtlichen Richtern – zusammentritt, hat sich 1986 zu den Rechtsfragen geäußert, ob durch Betriebsvereinbarungen die Ansprüche der Arbeitnehmer auf Sonderleistungen geschmälert werden dürfen und welche Form-Erfordernisse bei Rechtsmittelschriften zu beachten sind.

Im Mai 1987 will der Große Senat ein „heißes Eisen" anpacken: Ausgehend von dem konkreten Fall, in dem durch die Unaufmerksamkeit einer Kinderkrankenschwester ein Säugling einen Meter tief auf den Fußboden der Entbindungsstation eines Berliner Krankenhauses fiel und dabei einen Scheitelbeinbruch erlitt, soll sich der Große Senat mit der Beschränkung der Schadenshaftung der Arbeitnehmer befassen.

Auch 1987 wird das Bundesarbeitsgericht wieder zahlreiche Grundsatzfragen entscheiden müssen. So wird der 4. Senat am 21. Januar darüber befinden, ob Vorruhestandsleistungen im Rahmen der von den Tarifpartnern vereinbarten Klausel von fünf Prozent der gesamten Arbeitnehmer eines Betriebes nur gewerkschaftlich Organisierten gewährt werden dürfen.

Damenmode sehr erfolgreich

Italiens Textilindustrie schraubt Exportanteil weiter hoch

GÜNTHER DEPAS, **Mailand**

Die italienische Bekleidungsindustrie hat in dem jetzt zu Ende gehenden Jahr noch einmal an die Erfolge der vergangenen Jahre angeknüpft, sieht jetzt aber zunehmend die Gefahr einer Trendumkehr im Export auf sich zukommen.

Zunehmend macht sich jetzt der Einfluß bemerkbar, der von der Schwäche des Dollars und des Pfundes ausgeht. Weitere negative Faktoren, die die italienische Bekleidungsausfuhr zu spüren bekommt, sind die Verluste im Mittelostmarkt, auf dem das „made in Italy" eine Zeitlang unumschränkt den Ton angab sowie die feste Haltung der Lira innerhalb des Europäischen Währungssystems.

Nach Schätzungen des Verbandes der italienischen Bekleidungsindustrie in Mailand hat sich der Gesamtumsatz der Branche gegenüber 1985 um 7,3 Prozent auf 13 200 Mrd. Lire erhöht, wobei die Ausfuhr überdurchschnittlich um 13,7 Prozent auf 5600 Mrd. Lire zunahm. Dadurch erhöhte sich der Anteil des Exports am Umsatz, der schon im Vorjahr von 37,2 auf 40,1 Prozent gestiegen war, weiter auf 42,4 Prozent.

Noch stärker erhöhte sich die Einfuhr. Sie stieg um 26,6 Prozent auf 1260 Mrd. Lire, so daß der Warenüberschuß im Bekleidungsaußenhandel, der in den beiden vorangegangenen Jahren noch um 23 bzw. 15 Prozent gestiegen war, nur noch um zehn Prozent zunahm.

Besonders erfolgreich waren in diesem Jahr die Hersteller von Damenoberbekleidung, die ihre Ausfuhr fast doppelt so stark ausdehnten wie die Kollegen in der Herrenkonfektion. Zum Teil hängt dies damit zusammen, daß die Firmen der Herrenmode in den letzten Jahren den übrigen Bereichen davongelaufen waren und Abnehmer und Lieferanten jetzt eine Konsolidierungspause einzulegen begonnen haben.

Als Hinweis dafür, daß sich hier eine Tendenzwende durchsetzen könnte, gelten dem Verband in diesem Zusammenhang die Aufträge für Frühjahr/Sommer 1987. Sie gingen im Durchschnitt der gesamten Bekleidungsindustrie im Ausland um 2,3 und im Inland um 0,8 Prozent zurück. Im laufenden Jahr verminderte sich die Zahl der Beschäftigten in den Betrieben mit mindestens 20 Firmenangehörigen (Industriebetriebe) um 6000 oder 3,3 Prozent auf 173 000. Das sind 40 000 Beschäftigte weniger als 1980.

Schlechtere Zeiten für Swissair

Aufgeblähter Personalbestand belastet die Ertragslage

Zä. **Genf**

Als „enttäuschend" bezeichnete Direktionspräsident Robert Staubli das Jahresergebnis der Swissair in einer vorweihnachtlichen Personalansprache und kündigte zugleich drastische Sparmaßnahmen an. Erstmals in der Nachkriegsgeschichte seien die Erträge massiv unter den Vorjahreswert gesunken. Das Hauptziel der Geschäftsleitung für 1986 – ein positives Flugbetriebsergebnis – sei „klar verfehlt" worden.

Durch beträchtliche Buchgewinne aus Flugzeugverkäufen könne die Swissair ingesamt zwar noch einen Gewinn ausweisen, der aber keinesfalls über den „Ernst der Lage" hinwegtäuschen dürfe. Auch in den letzten Monaten hat sich keine Besserung angeplant. Sitzplatzbelegung und Erträge sind weiter gesunken. Prognosen für 1987 zeigen ein „alarmierendes Bild". Swissair werde um eine Dividendenkürzung nicht herumkommen, heißt es in Züricher Finanzkreisen.

Externe Faktoren haben zu dieser ungünstigen Entwicklung beigetragen. Swissair hat die Katastrophe von Tschernobyl, die Terorismusangst amerikanischer Touristen, die Konjunkturflaute in den Erdölstaaten sowie auch währungsbedingte Verluste durch die Aufwertung des Franken zu spüren bekommen. Der starke Franken bereitet Swissair „erhebliches Kopferzerbrechen" und belastet auch die Erwartungen für 1987.

Dazu kommen „besonders unerfreuliche" interne Probleme: Mangelnde Kostendisziplin, mangelnder Einsatz des Personals. Der Personalbestand habe bedeutend stärker zugenommen als sich mit Produktion und Verkehrsvolumen vereinbaren lassen. Staubli rügte die Haltung mancher Mitarbeiter, die nach dem Motto „Was soll es, es geht uns ja gut" arbeiteten. Diese Haltung könne sich Swissair beim heutigen scharfen Wettbewerb nicht leisten.

Die Firma wird deshalb ihr Personal in sämtlichen Abteilungen 1987 um 1,5 Prozent vermindern. Verkaufs-, Lohn- und Investitionspolitik werden überprüft. Überflüssige Flugzeuge sollen vermietet oder verkauft, unrentable Destinationen – wie Dublin, Colombo, Santiago und Oran – aufgegeben und gewisse Aktivitäten ins billigere Ausland verlagert oder an andere Unternehmen abgetreten werden. Dennoch will Swissair 1987 mit kleinerer Flotte 4 Prozent mehr produzieren.

Beratungen über Gatt-Runde vertagt

DW. **Genf**

Die Vorbereitungen für die neue Welthandelsrunde im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) kommen offenbar nur schleppend voran. Vertreter der GATT-Mitgliedsstaaten haben ihre Verhandlungen über den organisatorischen Ablauf der GATT-Runde am Samstag in Genf auf Ende Januar vertagt. Ursprünglich hatten die Beratungen bereits am 19. Dezember abgeschlossen sein sollen.

Streitpunkt war besonders, mit welchem Überwachungssystem garantiert werden kann, daß in Zukunft keine neuen protektionistischen Maßnahmen ergriffen werden. Probleme ergaben sich auch im Zusammenhang mit den traditionellen Konfliktthemen Landwirtschaft und Dienstleistungen. Nach Eindruck aus Konferenzkreisen ist es der Haltung der USA zuzuschreiben, daß es zu keiner Einigung über die weitere Vorgehensweise kam. Eine neue Zusammenkunft der beiden für Waren und Dienstleistungen zuständigen Verhandlungsgruppen ist nach einwöchigen Konsultationen für den 22. Januar vorgesehen. Am 28. Januar tagt das Handelskomitee, das den beiden Ausschüssen übergeordnet ist.

ZF erwartet 1987 kräftiges Wachstum

dpa/VWD. **Friedrichshafen**

Die Zahnradfabrik Friedrichshafen hat 1986 einen Umsatz von rund 4,2 Mrd. DM erzielt und rechnet auch im kommenden Jahr mit einem kräftigen Wachstum. Dies erklärte Vorstandsmitglied Ernst Braun am Wochenende in einem Rückblick vor rund 1300 Rentnern. Gegenüber dem Vorjahr sei der Umsatz um etwa 200 Mill. DM gesteigert worden. Ferner sei ein Ergebnis erwirtschaftet worden, das die Substanz und die Wettbewerbsfähigkeit des Gesamtunternehmens absichere.

Die ZF sei in den vergangenen Jahren auf Wachstum eingestellt gewesen und habe die Ziele erreicht. Jetzt erfolge eine Stabilisierung der Position auf dem Markt. Zudem solle die Ertragskraft des Unternehmens weiter gesteigert werden. Im Gesamtunternehmen sind derzeit knapp 28 000 Mitarbeiter beschäftigt, 1640 mehr als im Vorjahr. Die Zunahme der Arbeitsplätze ist maßgeblich auf den Aufbau der Fertigung für das USA-Geschäft mit Ford zurückzuführen. ZF wird in den nächsten Jahren 600 000 Getriebe an Ford liefern. Vom Gesamtumsatz der ZF gehen rund drei Mrd. DM in den direkten und indirekten Export.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aalen: Nachl. d. Dorothea Edda Sigrid André-Frank, Ellwangen; **Bad Iburg:** Hans-Joachim Buch, Kaufm., Hilter-Hankenberge; **Bad Wildungen:** Nachl. d. Jonny Tilly Michel geb. Beyer, Gastwirtin, Mandern; **Bamberg:** Bamberger Schachverlag GmbH; **Bochum:** Baro Industrieanlagenbau GmbH; **Braunschweig:** Lindner GmbH; **Brilon:** Josef Papenheim; **Duisburg:** Bernhard Bange GmbH, Oberhausen; KaWa Bauelemente u. Montagen GmbH, Oberhausen 11; **Essen:** JAM POT Marmeladen Vertriebs GmbH; **Frankfurt:** Büro f. Kontruktion u. Statik – Thomas Werner Ost GmbH; **Gießen:** Jost Immobilien GmbH u. Co. KG; Jost & Partner KG; **Hamburg:** OHG i. Fa. Heinrich Hümpel; **Ibbenbüren:** Nachl. d. Josef Köster; **Idstein:** Agentur Jan Thoelke, Niedernhausen; **Kiel:** Dr. Karl Vitt; **Ludwigshafen:** Pirmin Netter GmbH u. Co. KG, Otterstadt; **Mühldorf:** Augusta Anna Albina Gielczynski, Altötting; **Neuss:** BVI Ges. f. Baufinanzierungen, Versicherungsvermittlungen, Immobilien u. Verwaltungen mbH, Kaarst; **Oldenburg:** KLA-RO-Holzbau GmbH; Heinrich Rüsse; **Rastatt:** Schütz-Druck GmbH, Ötigheim; **Recklinghausen:** Weber GmbH, Waltrop; Ernst Nowak GmbH & Co. KG; Ernst Nowak GmbH; **Regensburg:** Gertrud Trampusch, Ihrlerstein; **Rendsburg:** Nachl. d. Ottilie Hansen geb. Ibs; **Rotenburg:** Heinrich Gewiehs & Sohn GmbH & Co. KG; **Uelzen:** Manfred Gall, Gerdau OT Bohlsen;

Vergleich beantragt: Augsburg: Hans Beck; **Bad Neuenahr:** Inter-CAPITAL Finanzanlagen-Vertriebsges. mbH, Bad Breisig.

Rentenmarkt freundlicher

Aufwertungsspekulation lockte Ausländer an

Überraschend hat sich in der letzten Woche am deutschen Rentenmarkt eine etwas freundlichere Tendenz durchgesetzt. Das hing weniger mit dem als „marktfreundlich" empfundenen Geldmengenziel der Bundesbank für 1987 zusammen als vielmehr mit der etwas intensiver gewordenen Spekulation auf eine Aufwertung der D-Mark im Europäischen Währungssystem. So wurden einige Ausländer an den Markt gelockt, die sich nicht nur in Bundesanleihen, sondern auch in besser rentierenden Pfandbriefen mit längeren Laufzeiten engagierten. Bei einer Fortsetzung oder Verstärkung derart motivierter Auslandskäufe eröffnen sich Chancen für einen vorübergehenden weiteren Zinsrückgang am Kapitalmarkt. (cd.)

Emissionen	19.12. 86	12.12. 86	30.12. 85	28.12. 84	30.12. 83
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,56	5,58	5,91	6,58	7,88
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	5,89	5,94	6,24	6,72	7,72
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	5,53	5,51	5,99	6,56	7,83
Schuldverschreibungen der Industrie	6,18	6,07	6,31	6,94	8,29
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	5,63	5,61	6,04	6,65	7,90
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,23	5,21	5,64	6,34	7,64
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,23	6,21	6,73	7,14	7,30
Inländische Emittenten insgesamt	5,62	5,61	6,03	6,64	7,89
DM-Auslandsanleihen	6,37	6,38	6,83	7,20	8,08

Humanisierung kommt voran

Riesenhuber: Gefährdungen am Arbeitsplatz abbauen

ANDREAS MIDDEL, Bonn

Die Technik hat im Dienste des Menschen zu stehen – auf diese knappe Formel gebracht, stellte Forschungsminister Riesenhuber in dieser Woche Ergebnisse des Forschungsprogramms „Humanisierung der Arbeit" vor. Dieses Programm, vom Forschungs- und Arbeitsministerium getragen, hat im Verlauf seines zwölfjährigen Bestehens mit finanziellem Engagement der Wirtschaft eine Fülle von Ergebnissen im Bereich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes erarbeitet. Riesenhuber verwies in diesem Zusammenhang auf die zunehmende Bedeutung dieses Bereiches, der sich in steigenden finanziellen Aufwendungen manifestiere. Sie stiegen von 83 Millionen Mark im Jahre 1984 auf rund 100 Millionen Mark 1986. 1987 sollen es 110 Millionen werden.

Einige herausragende Beispiele aus verschiedenen Branchen wurden vorgestellt. Durch enge Zusammenarbeit mit den entsprechenden Verbänden wurden die Betriebe und Unternehmen ausgesucht. Inzwischen gehen die Ministerien dazu über, durch öffentliche Bekanntmachung Interessenten zu finden. Primäres Ziele aller Projekte war der Abbau bestehender Belastungen und Gefährdungen am Arbeitsplatz und die schnelle Umsetzung von Erkenntnissen und Erfahrungen in den betrieblichen Alltag.

Eingang in Tarife

Durch das enge Zusammengehen mit den Verbänden, die teilweise direkt an den Projekten beteiligt sind, hofft man auf eine baldige Umsetzung der Ergebnisse. Verbesserungen am Arbeitsplatz sollten dann nach den Vorstellungen der Initiatoren auch Eingang in die Tarifverhandlungen finden.

Besondere Erfolge wurden im Bereich des Tischlerhandwerks erreicht. In einem Modellbetrieb wurden neukonzipierte Absaugeinrichtungen installiert, die die Schadstoffkonzentration im Arbeitsbereich des Lackierers erheblich minderten. Neu entwickelte Schleiftische, aber auch Erleichterungen im Reparaturbereich wurden finanziell und methodisch unterstützt. Gerade im Handwerk sind die einzelnen Betriebe mit solchen Aufgaben überfordert.

Hilfe zur Selbsthilfe

So wurde dem Tischlerhandwerk mit Millionenbeträgen unter die Arme gegriffen. Nicht als ständige staatliche Förderung, sondern als Hilfe zur Selbsthilfe wird ein solches Engagement in den Ministerien verstanden. Allein im Bereich Tischlerhandwerk werden die Projekte 1987 mit rund vier Millionen Mark finanziert, bereits 1985 und 1986 waren jeweils fünf Millionen veranschlagt worden.

Dieses gilt auch für das Branchenprojekt „Neue Arbeitsstrukturen in der Bekleidungsindustrie". Auch hier war die finanzielle Unterstützung erheblich, seit 1978 jährlich zwischen vier und sechs Millionen Mark. Ganz unterschiedlich Bereiche wurden gefördert. Die Entwicklung neuer Produktionstechniken ebenso wie eine Berätungsgesellschaft, die mehr im organisatorisch-medizinischen Bereich tätig ist. Grundsätzlich aber ging es aufgrund der Billigimporte darum, die Fließbandarbeit auf Gruppenarbeit umzustellen und mehr auf Qualität einer vielseitigen Mode zu setzen. Neue Nähsysteme und weiterentwickelte Zuschnitt- und Fördersysteme fanden Aufnahme in den Produktionsablauf, da dieses mit den herkömmlichen Herstellungsweisen nicht zu schaffen war. Voraussetzung dazu aber war die rechtzeitige Qualifizierung der Mitarbeiter. Der Erfolg dieses Projekts führte dazu, daß es auf andere, unter anderem ein Forschungsprogramm der Europäischen Gemeinschaft, ausstrahlte.

Milliarden-Vermögen voller Tradition

Das Haus Thurn und Taxis ist „mit viel Phantasie" in zahlreichen Bereichen aktiv

PAUL WERNER, München

Für den 60jährigen Johannes Fürst von Thurn und Taxis ist es eine „Herausforderung, das vielleicht älteste Vermögen der westlichen Welt zu verwalten und zu bewahren" – und er tut es aktiv, eigenwillig und mit viel Phantasie. Dieses sehr große Vermögen, so sagt er im Schloß St. Emmeran vor Journalisten, gehöre einem Haus mit mehr als 500jähriger Tradition, das sich im 18. und 19. Jahrhundert durch hohe Investitionen in Grund und Boden abgesichert habe. „Mit dieser Basis hat mein Haus zwei Weltkriege, zwei Inflationen sowie große Landverluste in Osteuropa überlebt."

Nach dem Ausscheiden des bisherigen Chefs der Verwaltung, Hermann Memmer, will Fürst Johannes wieder selbst die Oberleitung übernehmen, aber möglichst bald die Führungsstruktur vor allem für den industriellen Bereich verbreitern. Besonders für Planung, Controlling und Finanzen will er sich, wie er ankündigte, einige gute Leute von außen holen. Ihm schwebt eine neue Struktur vor, die so aussehen dürfte, daß ein mehrköpfiger Vorstand – wahrscheinlich mit einem Sprecher – unter ihm selbst als eine Art Aufsichtsratsvorsitzendem arbeitet. Einen einzelnen würde diese Aufgabe „überfordern", meinte er.

Eigene Hofbibliothek

Heute ist Thurn und Taxis ein „breit diversifiziertes Unternehmen" mit den Bereichen Forst- und Landwirtschaft, Immobilien, Brauerei, Bank und Industrie. Vom gesamten Milliardenvermögen, das in seinem Wert nur schwer abzuschätzen ist, befinden sich über 85 Prozent im Inland, wo rund 3930 Personen beschäftigt und zusammen annähernd 750 Millionen DM umgesetzt werden. Die Bank hat ein Geschäftsvolumen von rund 1 Milliarde DM erreicht. Das ausländische Investment konzentriert sich auf Grundbesitz in den USA, Kanada und Brasilien sowie auf gewerbliche Aktivitäten in mehreren Ländern. Fürst Johannes „könnte sich vorstellen", daß der Gesamtumsatz im In- und Ausland 1 Milliarde DM schon „sehr nahe kommt". Aber was wäre das Haus ohne seine Schlösser, vor allem in Regensburg, und ohne seinen umfangreichen Kulturbesitz, für den jährlich 2,5 bis 3 Millionen DM aufgewendet werden, mit seinen Museen und seiner Hofbibliothek mit mehr als 300 000 Bänden.

Basis des Riesenvermögens ist nach wie vor die Forstwirtschaft mit einer Waldfläche im Inland von 28 000 Hektar (in Bayern und Baden-Württemberg), rund 300 Mitarbeitern und an die 30 Millionen DM Umsatz. Große Sorgen bereitet dem Fürsten das Waldsterben, das nach Schätzung des Forstchefs Franz Freiherr Rieder von Paar die Einnahmen aus den Wäldern schon um mindestens zehn Prozent vermindert hat. Rieder ist jedoch „optimistisch" für die Zukunft. In der Landwirtschaft werden auf 2100 Hektar rund 15 Millionen DM umgesetzt. „Flaggschiff" des Unternehmensbereichs Immobilien ist ein neues Bürogebäude in Vancouver/Kanada mit 720 000 Quadratmeter Nutzfläche in 22 Stockwerken, das schon zu 95 Prozent vermietet ist. In Regensburg wurde für 17 Millionen DM das Glokkengassen-Viertel saniert mit dem Erbprinzenpalais als Glanzstück.

Die Brauerei setzt mit drei Braustätten 85 Millionen DM um. Sie kommt heute auf einen Getränkeabsatz von 650 000 Hektolitern. Er war früher schon einmal viel höher, man hat aber auf ertragsarme alkoholfreie Hektoliter verzichtet. An Bier allein werden 550 000 Hektoliter verkauft, davon 450 000 Hektoliter selbstgebrautes und 100 000 Hektoliter zugekauftes. Weizenbier hat mit insgesamt 160 000 Hektolitern eine starke Position. 100 000 stammen aus der eigenen Brauerei, die in fünf Jahren den Absatz vervierfachte, und davon sind wiederum 40 Prozent Faßweizenbier.

In die High-Tech-Welt ist Thurn und Taxis mit seinem Engagement bei der Doduco/Kammerer-Gruppe mit der Firma Doduco KG Dr. E. Dürrwächter in Pforzheim eingedrungen. Mit edelmetallhaltigen Kontakten besonders für die Elektro- und Elektro-High-Industrie und für die Autoelektronik sowie mit allerlei verwandten Aktivitäten werden 600 Millionen DM umgesetzt.

High-Tech-Engagement

Die fallenden Edelmetallpreise und die Dollarbaisse haben zwar die Ertragslage der Firmengruppe mit 2700 Mitarbeitern negativ beeinflußt. Aber Doduco arbeitet, wie versichert wird, doch mit Gewinn. Der Exportanteil macht immerhin 46 Prozent aus, und die „Schmerzgrenze" liege bei 2,20 DM für den Dollar. Ohne die Metallpreissenkungen wäre der Umsatz schon auf 900 Millionen Dollar geklettert. Aber man ist mit der Auslastung der Betriebe zufrieden, die 1987 um die fünf Prozent Plus bringen dürfte.

Ohne Markterfolg blieb die nachrüstbare Autoabgasreinigung. Doduco bereitet jetzt einen richtigen Katalysator für Neuwagen – auch kleinere Fahrzeuge – mit starker Platinbeschichtung vor, der besonders leistungsfähig sein soll, aber nicht billiger als andere Fabrikate sein wird. Verschiedene Autohersteller testen ihn bereits, er soll 1987 auf den Markt kommen – vor allem in Konkurrenz zu Degussa.

Ebenfalls in Pforzheim sitzt die Unidor GmbH mit rund 23 Millionen DM Umsatz (nach zehn Prozent Plus in diesem Jahr) und rund 180 000 Mitarbeitern. Sie ist auf dem Weg von einem Betrieb der Schmuck- und Uhrenindustrie zu einem Hersteller technischer Produkte schon weit vorangekommen.

Trend zur liquiden Geldanlage

Stadtsparkasse Köln verdoppelte Gesamtsparaufkommen

Py. Köln

Beim Mittelaufkommen der Stadtsparkasse Köln ist der Trend zur liquiden Anlage unverkennbar. Das beruht nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden Fritz Hermanns unter anderem darauf, daß das niedrige Zinsniveau – wenn auch bei sehr hohem Realzins – in vielen Menschen angesichts wachsenden Vertrauens in die Wirtschaftsentwicklung eine größere Konsumbereitschaft weckt. Zudem neigten viele Kunden dazu, ihr Kapital relativ kurzfristig zu „parken", weil sie in naher Zukunft wieder mit einem Zinsanstieg rechnen.

Die Stadtsparkasse Köln, Nr. 4 unter den deutschen Großsparkassen, hat 1986 die gesamte Sparleistung ihrer Kunden – also bilanzneutral und bilanzwirksam – mit 748 Mill. DM gegenüber 1985 mehr als verdoppelt. Bereits zur Jahresmitte hatte sich angedeutet, daß das Kontensparen wieder auf dem Vormarsch ist. Die eigene börsenfähige SK-Inhaberschuldverschreibung und die SK-Kassenobligation, in die die Kundschaft 170 Mill. DM investiert hat, hat sich als großer Erfolg erwiesen.

Das sehr gute Ergebnis bei den Kreditzusagen 1985 konnte 1986 annähernd wieder erreicht werden. Von der Gesamtsumme von 3,4 Mrd. DM entfielen auf gewerbliche Kunden knapp 2, auf private Kunden rund 1,3 Mrd. DM und auf institutionelle Kunden 200 Mill. DM. Bei den Firmenkunden verspürt Hermanns eine verstärkte Investitionsbereitschaft. Dies wertet er nicht zuletzt als Folge der von der Sparkasse angebotenen und zunehmend in Anspruch genommenen breiten Dienstleistungspalette.

Die Zinsspanne hat sich mit 3,17 gegenüber 3,25 Prozent im Jahr zuvor leicht zurückgebildet. Das ist in erster Linie auf die Verteuerung der Passivseite zurückzuführen. Mit der Ergbnisrechnug ist das Institut jedenfalls zufrieden.

Stadtsparkasse Köln	1986 *)	±%
Kundeneinlagen (Mill. DM)	12 091	+ 6,3
Sparvolumen	9 627	+ 7,3
dav. Spareinlagen	6 693	+ 6,8
Spark.-Briefe	1 864	+ 11,2
Spark.-Oblig.	1 070	+ 4,1
Sichteinlagen	1 435	+ 7,2
Termineinlagen	1 029	- 2,9
Kreditvolumen	9 304	+ 6,0
dav. kurz- u. mittelfr.	2 290	+ 2,5
langfristig	6 736	+ 7,2
Bilanzsumme	14 054	+ 6,2
Geschäftsvolumen	14 565	+ 6,4

*) Ergebnisse hochgerechnet.

Neue Struktur bei Haltermann

Gruppenholding für das gesamte europäische Geschäft

JB. Hamburg

Die Haltermann-Gruppe, Hamburg, die als führendes mittelständisches Unternehmen Lösungsmittel herstellt und Nebenprodukte der chemischen Industrie in komplizierten Verfahren weiterverarbeitet (sogenannte Stofftrennung), schafft sich eine neue Unternehmensstruktur. Auslösender Faktor sind erhebliche Investitionen, die in den kommenden Jahren in den europäischen Raffinerien getätigt werden sollen.

Wie das Unternehmen mitteilt, wird die gesamte europäische Aktivität mit Wirkung zum Jahresbeginn 1987 in der Gruppen-Holding Haltermann International GmbH, Hamburg, zusammengefaßt. Die GmbH, die zunächst mit einem Stammkapital von 15 Mill. DM ausgestattet wird, soll später in eine AG umgewandelt werden. Über den Gang zur Börse denke man bei Haltermann zur Zeit noch nicht nach, schließe ihn aber in fernerer Zukunft nicht aus, erklärt die Unternehmensführung.

Unter das Dach der Holding, deren Kapital 17 Mitglieder der Gründerfamilie halten, werden zwölf in- und ausländische Tochtergesellschaften gebracht. Dazu gehört unter anderen auch die Johann Haltermann AG, Schweiz, die Handels- und Versorgungsfunktionen für die deutsche Gruppe wahrnimmt. Nicht eingebracht wird dagegen die Johann Haltermann Ltd. Houston, Texas, die in Lohnauftrag Nebenprodukte der amerikanischen Chemieindustrie verarbeitet. In dieser Raffinerie sind in den letzten fünf Jahren rund 50 Mill. DM investiert worden.

Der Investitionsschwerpunkt in den nächsten Jahren wird nun auf die europäischen Spezialraffinerien in Speyer und Antwerpen verlagert. Damit soll, wie betont wird, der „technologische Vorsprung" des Unternehmens auf dem Gebiet der „Stofftrennung" gesichert werden. Der Einsatz zum Teil erst in der Entwicklung befindlicher Verfahren erfordere hohen Mitteleinsatz.

Im Zuge der Konzentration auf den Produktionsbereich hat Haltermann bereits 1986 das reine Handelsgeschäft reduziert. Dadurch ist der Umsatz nach Angaben der Gruppe von 550 auf rund 400 Mill. DM zurückgegangen. Beschäftigt werden im In- und Ausland rund 400 Mitarbeiter.

Wochenschlußkurse

New York

	19.12.	12.12.
Adv. Micro Dev	14,5	14,5
Aetna Life	56	58,125
Alcan Aluminium	28,25	28
Alcoa	34	32,875
Allied Signal	42,875	42,375
AMR Corp.	56	55,25
Amax	12,5	12,375
Am. Cyanamid	80,5	80,125
Am. Express	59,875	58,125
Am. Motors	3	3
Am. Tel. & Telegr.	25,375	26,75
Amoco Corp.	70	67
Asarco	14,25	14
Atlantic Richfield	60,5	61
Avon Products	28,75	30,375
Bally	21	20,5
Bk. of America	14,875	15,125
Bethlehem Steel	6,125	4,875
Black & Decker	16,25	16,25
Boeing	53,5	51,25
Brunswick	34	32,625
Campbell Soup	61,5	59,75
Caterpillar	41,75	39,125
CBS	131,25	131,5
Celanese	242,25	240,375
Chase Manhattan	37,625	36,875
Chrysler	40	37,125
Citicorp	54,875	55,75
Clorox	52	51,125
Coca-Cola	39,25	37,75
Colgate	45,25	42,125
Commodore	8,75	8,625
Comwlth. Edison	35	33,375
Comm. Satellite	30	30
Control Data	26,75	26,625
CPC Int	81,75	77,625
Curtiss Wright	54,875	53,875
Deere	25,625	25,25
Delta Airlines	49,125	49,125
Digital Equipm.	106,5	106,125
Dow Chemical	61	60,125
Du Pont	88	84,5
Eastern Gas-Fuel	28,75	30
Eastman Kodak	68,375	66,125
Enron	40,5	41,125
Exxon	73	71,5
Firestone	29,375	27,25
Fluor	12,25	12
Ford	56,5	56,125
Foster Wheeler	13,375	12,375
Fruehauf	41,25	42,25
GAF Corp	39,5	39,75
General Dynamics	69,875	72,25
General Electric	88,125	84,25
General Instr.	18,875	18,5
General Motors	66,625	69,625
Gen. T. & E.	59,5	57,375
Global Nat. Res.	4,375	4,375
Goodrich	45	44
Goodyear Tire	41,75	42,75
Grace	52,25	52,25
Halliburton	25,375	24,75
Heinz	42	41,375
Hewlett Packard	44	42,5
Homestake	25,5	25,25
Honeywell	60,5	64,125
IBM	125,25	126,5
Int. Tel. & Tel.	52,5	52,75
Int. Paper	74,25	75,375
Jim Walter	47,75	49
Litton Industries	77	78,25
Lockheed Corp	50,5	50,375
Loew's Corp.	60,25	61,875
Lone Star	35	32,75
Louisiana Land	27,75	[illegible]
LTV Corp.	1,5	1,75
McDermott A	21,625	20,875
McDonnell Doug.	78,5	75,875
Merck & Co	116,375	112
Merrill Lynch	38,375	39,125
Mesa Petroleum	3,625	3,625
Minnesota M.	116,25	114,625
Mobil Oil	40,125	40
Monsanto	78,875	77,75
Morgan J.P.	86,25	87,5
Nat. Semiconductor	11,5	10,75
Navistar Int. Corp	4,875	5,25
NCR	47,75	49,125
Newmont	60,5	60
Owens Ill.	51	50,625
PanAm World	4,75	5
Pfizer	61,875	61
Philip Morris	75	74,5
Philips Petroleum	11,375	[illegible]
Pittston	12	11,875
Polaroid	69,5	68,25
Prime Computer	17,125	17,625
Procter & Gamble	[illegible]	77,75
Revlon	[illegible]	10,875
Reynolds Ind.	57	57
Rockwell Int.	47,875	45,625
[illegible] Group	38,25	42,125
Salomon	39,75	40,75
Schlumberger	34	33,375
Sears Roebuck	41,5	41,25
Singer	59,875	57,5
Storage Techn.	3,75	3,5
Tandy	42,75	41,5
Teledyne	310,25	308,5
[illegible] Corp	[illegible]	[illegible]
Tesoro	[illegible]	11
Texaco	35,675	34,5
Texas Instrum.	121,5	122
Tosco	1,875	1,875
Trans World Corp	33,875	35,25
Transamerica	34,875	34,875
Travellers	45,75	44,625
Turner Broadcast	13,125	14
UAL	58,25	58
Ucal Corp.	24,5	26,625
Union Carbide	22,5	22,5
Union Oil of Calif	27,25	26,25
US Gypsum	40	40
USX Corp.	21,875	21,125
United Technologies	47,5	46,875
Walt Disney	45,125	45,875
Warner Comm.	23,5	23,25
Westinghouse El.	60	59,625
Weyerhaeuser	39,5	37,125
Whittaker	30	30,25
Woolworth	40,25	41
Wrigley	50,375	49,125
Xerox	62	60,875
Zenith Radio	21,75	20,625
Dow Jones Index	1928,85	1912,26
Stand. & Poor's	249,73	247,35

Toronto

	19.12.	12.12.
Abitibi-Price	28,375	28,625
Alcan Alu.	38,375	38,5
Bk. of Montreal	33,375	33
Bk. of Nova Scotia	17,25	17,25
Bell Cda Enterprises	37	36,875
Bow Valley Ind.	13,75	13,375
Brunswick M. & Sm.	12,125	–
Cdn. Imperial Bk.	20,25	20,125
Cdn. Pacific Ltd	17,125	17,125
Cominco	15	15
Consolid. Res.	0,62	0,65
Denison Mines	6,75	6,125
Dome Petroleum	0,84	0,87
Domtar	35	35
Falconbridge Ltd.	16,625	16,625
Great Lakes Forest	31,125	31,5
Gulf Canada	15,125	14,5
Gulfstream Res.	0,43	0,48
Hudson's Bay Mng Sp	6,5	6,25
Husky Oil	11,125	11,125
Imperial Oil -A-	49,875	49
Inco	16,625	16,5
Inter City Gas Ltd.	14,25	14,625
Interprov. Pipeline	–	38,625
Kerr Addison	15,375	15
Lac Minerals	27,375	27,375
Marco Resources	8,5	–
Moore Corp.	28,75	28,75
Noranda Mines	19,875	20,25
Norcen Energy Res.	16,125	14,75
Northgate Expl.	5,75	6,125
Northern Telecom.	44,25	43,375
Nova An Alberta 'A'	5,87	6,125
Nu West Group	0,5	0,36
Oakwood Petrol	1,7	1,95
Placer Development	29,875	29,75
Provigo Inc.	17,875	17,5
Ranger Oil	6,375	6,625
Revenue Properties	3,55	3,55
Rio Algom	20,75	20,375
Royal Bk. of Can.	37,625	32,5
Seagram	86,75	85
Shell Canada	26,375	26,75
Sherritt Gordon	5,875	5,75
Stelco -A-	18,875	18,625
TransCdn. PipeLines	16,75	16,75
Verity Corp.	2,54	2,55
Westcoast Transm.	12,75	12,75
Index: TSE 300	3048,58	3041,60

Tokio

	19.12.	12.12.
Alps.	2160	2100
Bank of Tokyo	930	900
Banyu Pharmc	1040	1010
Bridgestone Tire	745	737
Canon	1090	1050
Daikin Kogyo	665	698
Daiwa House	1830	1870
Daiwa Sec.	1770	1800
Eisai	2240	2200
Fuji Bank	1810	1760
Fuji Photo	3890	3470
Fuji Radio	2950	2980
Hitachi	1180	1100
Honda	1450	1290
Ikegai Iron	289	290
Isetan	1130	1140
Ito Yokado	4130	4220
Japan Air	10700	10200
Japan Met.	350	346
Japan Syn. Rubber	372	373
Jujo Paper	421	425
Kajima	1380	1390
Kansai Elec.P.	4050	4150
Kao Soap	1800	1750
Kawasaki H	179	180
Kawasaki S	189	198
Kirin Brewery	1670	1570
Komatsu	510	496
Kubota Iron	385	370
Kyocera	4240	4180
Makita El.	1540	1370
Marui	2920	2890
Matsushita El. Ind.	2220	2060
Matsushita El. Wks.	1660	1640
Minolta Camera	715	698
Mitsubishi Corp.	985	1020
Mitsubishi El.	459	453
Mitsubishi Estate	2430	2450
Mitsubishi Heavy I.	430	454
Mitsui Co. Ltd	538	560
Mitsukoshi	1190	1250
Mitsumi El	–	1250
Nihon Cement	647	645
Nikko Sec.	1560	1570
Nippon Kokan	240	257
Nippon Oil	1450	1560
Nippon St.	163	166
Nippon Yusen	460	470
Nissan Motor	590	546
Nomura Sec.	3000	3110
Olympus	1140	1090
Penta-Ocean	723	726
Pioneer	2750	–
Renown	848	895
Ricoh	1040	925
Sankyo	1700	1690
Seiyu Stores	1320	1330
Sekisui Pref.	1670	1670
Sharp	1180	1020
Shiseido	2050	2060
Sony	3610	3550
Sumitomo Bank	2370	2350
Taisei Corp.	979	940
Toshio Marine	960	968
Takeda Chem.	2580	2530
Teijin	735	710
Tokyo Elec.	1380	1380
Tokyo Gas	1160	1220
Tokio Marine	1850	1800
Tokyo El. Power	8140	8370
Toray Ind.	568	601
Toshiba Elec.	684	676
Toto	1980	2030
Toyo Kogyo	380	375
Toyota Motor	2500	2190
Yamaichi	1570	1580
Yamanouchi	4100	4000
Yamaha	660	638
Yamazaki	1610	1590
Index	1569,07	1568,65

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Langenscheidts Handbuch der englischen Wirtschaftssprache, Neubearbeitung 1986, von Jochen Rudolph, 416 Seiten, 58 Mark.

Die Neubearbeitung von Langenscheidts Handbuch der englischen Wirtschaftssprache war längst überfällig. Denn in den zehn Jahren seit dem ersten Erscheinen hat sich nicht nur in Wirtschaft und Finanzen etliches verändert, sondern auch die Fachsprache hat sich weiterentwickelt. Das Besondere an diesem Standardwerk war immer schon die Einbettung englischer und amerikanischer Ausdrücke in einen erklärenden deutschen Zusammenhang. Damit wird nicht nur die genaue Übersetzung geliefert, sondern auch Fach- und Spezialwissen etwa über die Besonderheiten der britisch/amerikanischen Arbeits- und Sozialpolitik vermittelt.

D.W. v. Goddenthow (Hrsg.): Zukunfts-Berufe, Verlag Herder, Freiburg 1986, 248 S., 29,80 Mark.

In einer Zeit, in der es für immer mehr Menschen scheinbar keine gesicherte Zukunft mehr gibt, bietet das vorliegende Buch Hilfe zur Selbsthilfe. Es werden nicht nur die wichtigsten Beispiele von Berufen mit Zukunft dokumentiert, wobei ein Hauptakzent auf dem zukunftsreichen Zweig der Computer-Berufe liegt, sondern es wird auch eine Gesamtschau der wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen bis zum Jahr 2000 mit aktuellen Branchenprognosen geliefert.

Scholz/Lwonski: Das Recht der Kreditsicherung, Erich Schmidt Verlag, Berlin 1986, 808 S., 164 Mark.

Das Recht der Kreditsicherung hat sich in den vergangenen Jahren immer mehr zu einem Rechtsgebiet entwickelt, das nur noch von Spezialisten beherrscht wird. Dazu beigetragen hat auch die Fülle der Rechtsprechung, zum Beispiel zum AGB-Gesetz. Für die, die im Rechtsverkehr mit Fragen der Kreditsicherung befaßt sind, ist dieses umfassende und aktuelle Handbuch für die Praxis, welches jetzt in sechster, neubearbeiteter Auflage vorliegt, gedacht. Der systematische Aufbau, die übersichtliche Gestaltung und die fundierte Kommentierung haben zu einem Standardwerk geführt, das zunehmend auch vom BGH bei seinen Entscheidungen zitiert wird.

J.Naisbitt/P.Aburdene: Megatrends des Arbeitsplatzes, Hestia Verlag, Bayreuth 1986, 400 S., 39,80 Mark

Heute gibt es weltweit Arbeitslose. Doch die stark expandierende Informations- und Kommunikationswirtschaft und die überall in den Industrieländern sinkende Bevölkerungszahl werden bis zum Jahr 2000 einen katastrophalen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften bewirken. Die Zukunftsschau der Autoren gibt für Beschäftigte und Arbeitgeber einen gleichermaßen anregenden und ermutigenden Ausblick auf eine Zeit erweiterter Möglichkeiten.

2. Liga

Sieben Spiele fielen aus

DW. Bonn

Am letzten Spieltag der zweiten Fußball-Bundesliga vor der Winterpause sorgten Regen und Schnee dafür, daß sieben der zehn Spiele nicht stattfinden konnten. Wegen Unbespielbarkeit des Platzes wurden gestern die Partien zwischen Osnabrück und Karlsruhe, Wattenscheid und Bielefeld, Oberhausen und Solingen abgesagt. Tags zuvor waren bereits ausgefallen: Ulm – Essen, Kassel – Darmstadt, Stuttgart – Hannover, Braunschweig – Aachen. Der FC St. Pauli bestätigte mit einem 2:1 über Freiburg, daß er der erfolgreichste Aufsteiger im bezahlten deutschen Fußball ist.

DIE ERGEBNISSE

St. Pauli – Freiburg	2:1	(2:0)
Köln – Aschaffenburg	1:1	(1:0)
Salmrohr – Saarbrücken	3:3	(2:0)

DIE TABELLE

1.Hannover	20	17	1	2	52:19	35:5
2.Darmstadt	20	11	5	4	40:22	27:13
3.Osnabrück	20	11	5	4	34:30	27:13
4.Aachen	20	11	3	6	27:15	25:15
5.St. Pauli	21	10	5	6	35:29	25:17
6.Karlsruhe	20	9	4	7	37:34	22:18
7.Freiburg	21	8	6	7	31:29	22:20
8.Stuttgart	20	10	1	9	40:33	21:19
9.Saarbrücken	21	7	7	7	34:36	21:21
10.Wattenscheid	20	6	8	6	29:31	20:20
11.Essen	20	7	5	8	37:38	19:21
12.Oberhausen	20	8	3	9	29:34	19:21
13.Ulm	20	6	6	8	25:27	18:22
14.Solingen	20	8	1	11	32:40	17:23
15.Köln	21	4	9	8	29:40	17:25
16.Braunschweig	20	5	6	9	28:25	16:24
17.Bielefeld	20	4	8	8	25:30	16:24
18.Aschaffenb.	21	4	8	9	26:37	16:26
19.Kassel	20	4	6	10	20:35	14:26
20.Salmrohr	21	2	5	14	24:50	9:33

DIE VORSCHAU

Start nach der Winterpause: 21. 2. 87, 14.30 Uhr: Aschaffenburg – Wattenscheid; 15.30 Uhr: Bielefeld – Braunschweig, Saarbrücken – Osnabrück, Darmstadt – Köln, Karlsruhe – Stuttgart, Aachen – Freiburg. – 22. 2., 14.30 Uhr: Salmrohr – St. Pauli; 15 Uhr: Essen – Kassel, Solingen – Ulm, Hannover – Oberhausen.

PFERDESPORT

Acatenango Galopper des Jahres

KLAUS GÖNTZSCHE, Köln

Das Millionen-Publikum vor den Fernsehschirmen spürte am Samstag abend bei der Präsentation des „Galoppers des Jahres" in der „Sportschau" des Ersten Deutschen Fernsehprogramms (ARD) nichts von der besonders heiklen Situation, in der sich Moderator Adolf Furler (53) befand.

Acatenango wurde mit der absoluten Mehrheit von 52,6 Prozent der 509 289 Stimmen zum „Galopper des Jahres" gewählt, 265 142 Stimmen entfielen bei der schon zum 30. Mal durchgeführten Wahl auf den Hengst des Gestüts Fährhof, der diese Abstimmung bereits im letzten Jahr gewonnen hatte. Seine beiden Konkurrenten Lirung (25,8 Prozent/129 864) und Derby-Sieger Philipo (21,6/108 791) hatten keine Chance.

Mitveranstalter der Wahl ist neben dem Westdeutschen Rundfunk das Kölner Direktorium für Vollbutzucht und Rennen, dessen ranghöchster Angestellter, Hans-Heinrich von Loeper, heute nachmittag um 14.30 Uhr die Anklage gegen Furlers Tochter Vicky (23) vor dem Renngericht des Verbandes in Köln vertritt.

In erster Instanz war Vicky Furler wegen vorsätzlicher Nichtwahrnehmung der Gewinnchancen auf dem Wallach Karat bei einem Rennen in Frankfurt vom Ordnungsausschuß zu zehn Monaten Reitverbot verurteilt worden, auch damals fungierte von Loeper als Anklagevertreter. Während der Sendung hielt sich Loeper hinter den Kameras auf, zahlreiche Mitarbeiter seines Hauses saßen als Zuschauer im Studio, schließlich wurde dort ihre Kollegin Regina Molenda (26) als neue Championesse von Furler präsentiert. Sie arbeitet in der Zuchtabteilung des Verbandes – und ist Nachfolgerin Vicky Furlers als Amateur-Meisterin.

Hinter den Kulissen war angeblich auch darüber diskutiert worden, Adi Furler in Anbetracht der besonderen Situation diese Sendung nicht moderieren zu lassen. Beim anschließenden Abendessen in Köln, zu dem Acatenangos Züchter und Besitzer Walther-Johann Jacobs (79) eingeladen hatte, war Furler nicht mehr dabei.

Trainer Heinz Jentzsch (66) verkündete in der Sendung, daß Acatenango 1987 erstmals in den King George VI. and Queen Elizabeth Stakes von Ascot antreten soll. In dieser Saison hatte sich Jentzsch, der in dieser Saison zum 26. Mal Trainer-Champion wurde, meist skeptisch geäußert, wenn es um mögliche Auslandsstarts von Acatenango ging.

Die 14köpfige Journalisten-Jury eines Fachblattes wählte überraschend erstmals auch nicht ihn, sondern Philipos Betreuer Hartmut Steguweit zum Trainer des Jahres 1986 – trotz der überragenden Erfolge eines Acatenango.

SKI ALPIN / Exklusiv für Deutschland in der WELT: Weltcup der Marken – Bittners Sensationssieg

Die Stars und ihre Ski: Teurer Wettlauf um die schnellsten Bretter

● Der Verlierer eines Skirennens wird interviewt. „Woran hat's denn gelegen?" fragt der Fernsehreporter. Eine der häufigsten Antworten verblüfft niemanden mehr. Natürlich, die Ski sollen wieder einmal schuld gewesen sein. Ist der Einfluß des Sportgerätes auf Sieg und Niederlage wirklich so groß? Markus Wasmeier sagt in einem Interview mit dem „Spiegel": „Es ist bei uns ungefähr so wie in der Formel 1. Der Fahrer mit den größten Siegchancen erhält auch das beste Material." Um eines gleich deutlich zu machen: Der Läufer entscheidet selbst, das Material ist oft nur Ausrede. Aber es ist wichtiger denn je. Die Firmen wenden viel Geld auf, um zu tüfteln und zu testen. Was am Ende die Stars ins Tal trägt, soll schließlich auch dem Hobbyläufer mehr Spaß bringen.

● Die WELT beginnt heute in Zusammenarbeit mit „Die Presse" (Österreich) und „Dolomiten" (Italien) als einzige Zeitung in Deutschland einen besonderen Service: den Weltcup der Skimarken. Die erste Tabelle finden Sie am Fuß dieser Seite. Wirtschaft und Sport sind nicht mehr zu trennen. Michael D. Pfeffer, Mitarbeiter des Monatsblattes „Ski", beschreibt den Aufwand, den die Ski-Hersteller betreiben und der am Ende auch den Freizeitsportlern zugute kommt. – Für den großen Favoriten des Weltcup-Winters, Marc Girardelli, scheint die Saison bereits beendet. Er mußte ein Rennen mit ausgekugeltem Arm beenden (Foto ganz rechts), Superstar bei den Frauen bleibt offensichtlich Maria Walliser (Foto: Jubel nach dem Sieg im Riesenlalom von Val Zoldana).

Von MICHAEL D. PFEFFER

Den Zusatz „Zirkus" haben die Skifahrer für ihre Saison längst von der Formel Eins übernommen. Auch sonst geht es hinter den Wintersport-Kulissen so turbulent zu wie im Motorsport. Vor allem die Ski-Hersteller arbeiten so emsig wie Automobilfirmen in der Formel Eins: Es wird geforscht, getüftelt und ständig neues Material ausprobiert. Über Sieg und Niederlage aber entscheiden letztlich die Läufer selbst.

Einmal kurz die Idealhocke verlassen – das kann Zehntelsekunden kosten. Selbst ein gestreckter Arm bewirkt bereits klare Zeiteinbußen. Andererseits haben Tests bewiesen, daß Konstruktion, Belagart und Belagstruktur einen Ski erheblich schneller oder langsamer machen können. Deshalb scheuen die Firmen keine Kosten, um ihre Athleten möglichst auf die schnellsten Ski zu stellen.

Die Zahlen sprechen für sich: Die Firma Kästle gibt ihren jährlichen Aufwand für Skiforschung und Entwicklung mit 1,2 Millionen Mark an. Fischer ist mit rund einer Million Mark dabei. Und Blizzard hat dafür seit 1970 über 20 Millionen Mark ausgegeben.

Zudem besitzen alle großen Firmen hauseigene Teststrecken. Atomic hat einen Hang in der Nähe von Schladming. Dort testen vier Fahrer den ganzen Winter über neue Abfahrtsski. Auch Kästle schickt vier rennerfahrene Läufer auf seine Test-Piste in Schuttannen (Hohenems). Und für Fischer sind auf der Taublitzalm sogar acht festangestellte Hobbyrennläufer beschäftigt. Blizzard läßt vier Testfahrer auf der Gerlosplatte experimentieren und ordert zusätzlich seine im Weltcup vertretenen Top-Athleten bis zu 20 Tagen pro Winter zu Testzwecken auf die Gerlosplatte. Zwischen Weihnachten und Neujahr werden bereits erste vergleichende Tests durchgeführt: Die bis dahin im Weltcup eingesetzten Bretter werden mit den frisch getesteten neuen Modellen verglichen.

Grundsätzlich testen die Firmen zwei Grundeigenschaften ihrer Skimodelle: das Gleit- und das Kurvenverhalten. Dabei werden die Kurventests von allen Firmen auf den Weltcup-Abfahrtsstrecken durchgeführt. Weil das Kurvenverhalten der Abfahrtsski wichtiger ist als seine Gleiteigenschaften. „Zwei Drittel eines Rennens entfallen auf die Kurvenfahrt", sagt der Entwicklungschef von Kästle, Rudolf Hirnböck.

Wichtigster Faktor ist die Bauweise eines Abfahrtsskis. Und die unterscheidet sich bei den einzelnen Firmen in entscheidenden Details. Auch wenn Stefan Schwabl, der deutsche Rennleiter von Atomic, sagt: „Bei uns gibt es keinerlei Spezialanfertigungen für den Weltcup, sondern unsere Asse fahren genau den Abfahrtsski, den sich jeder über den Handel bestellen kann." Das behauptet auch Kurt Olschnögger, Chefkonstrukteur von Blizzard: „Unsere Abfahrtsski sind von der Konstruktion her grundsätzlich gleich." Grundsätzlich gleich – das heißt: Für den Weltcup-Fahrer werden individuelle Veränderungen an der Seitenform und der Kantendruckverteilung vorgenommen.

Bei Fischer heißen die Konstruktionsvariablen dann Verdrehspannung, Vorspannungsverteilung und Biegesteifigkeit. Was so wissenschaftlich kompliziert klingt, faßt Fischers Rennskichef Jochen Stroi so zusammen: „Bei uns hat jeder Spitzenfahrer seine eigenen Ski. Die von Wasmeier sind andere als die von Wildgruber."

Kästle bestätigt: „Wir bauen spezielle Ski für bestimmte Läufer. Das richtet sich nicht nur nach Größe und Gewicht des Läufers, sondern auch nach dem persönlichen Fahrstil. Unsere Topleute Leonhard Stock und Pirmin Zurbriggen führen den Ski zum Beispiel völlig unterschiedlich."

Besonders eindrucksvoll sind die Zahlen bei den Allroundfahrern. Markus Wasmeier erhält von Fischer als Grundausstattung für die Saison 16 Top-Rennski. Dazu kommen Trainingsski und Ersatz für verschlissene Weltcup-Modelle. Im einzelnen besteht Wasmeiers Reisegepäck aus 26 Paar Ski: zehn für die Abfahrt, sechs für den Super-G, sechs für den Riesenslalom und vier für den Slalom.

Der Schweizer Weltcup-Sieger Pirmin Zurbriggen hat sogar immer mindestens zwölf Abfahrtsski und ebensoviele Bretter für den Super-G von Kästle dabei. Den Vogel aber schießt Mark Giradelli ab. Er erhält von Atomic pro Saison etwa 100 Paar Ski. Giradelli fährt, wenn er gesund ist, nicht nur alle vier Disziplinen, sondern verschleißt auch viel.

Für den Laien nicht gerade einsichtig, daß die Fahrer so viele Ski mitnehmen, wenn – wie von einigen Firmen behauptet wird – die Grundkonstruktion identisch ist. Hier hilft der Vergleich mit der Formel Eins: Auch der schnellste Turbo-Bolide hat keine Chance, wenn er mit den falschen Reifen fährt. Was für die Reifen die Gummimischung, ist bei den Abfahrern die Belagmischung. Und was dem Reifen das Profil, ist dem Skibelag die Struktur.

Und noch eine Parallele zur Formel Eins: Die Laufflächen der Ski stammen überwiegend von Zulieferfirmen. Dabei haben sich die Ski-Hersteller ihre bevorzugten Belagmischungen in Exklusiv-Verträgen gesichert. Nur Fischer leistet sich ein eigenes Labor, in dem ein Chemiker ständig neue Belagvarianten testet.

Die meisten Firmen verwenden drei, manche vier Grundtypen. Bei Blizzard sind dies:

1. ein Universalbelag, mit dem auch die Rennski der Serienproduktion ausgestattet sind;
2. ein Belag für trockene Pisten, also kalte Temperaturen;
3. ein Belag für feuchte Pisten, also warme Temperaturen;
4. das allerneueste: ein Graphitbelag, der sich nach dem bisherigen Stand der Erkenntnisse eher für warmen Altschnee eignet.

So unterschiedlich die Beläge, so unterschiedlich ist ihre Struktur. Es gibt drei Grundschliffe: grob gerade, fein gerade und versetzt. Diese Strukturen können beliebig variiert werden. Mit einer einzigen Schleifmaschine sind 17 verschiedene Strukturen zu erzielen. Die meisten Schliffe sind so fein, daß sie mit dem bloßen Auge gar nicht sichtbar sind.

Die Rennläufer, auch die meisten Stars, wissen nur wenig von diesen Tüfteleien mit Belägen und Strukturen. Deshalb ist der wichtigste Mann im Hintergrund für die Abfahrtsläufer während der Saison nicht der Trainer, sondern der Servicemann. Er wählt die Beläge aus, kümmert sich um die Schliffe und wachst.

„Ein Rennläufer ist allein gar nichts. Ohne den Servicemann hat er keine Chance, vorn mitzufahren", sagt Stefan Schwabl von Atomic, das sich den Einsatz eines Servicemannes jährlich rund 100 000 Mark kosten läßt. Ein Servicemann aber kann heute im Weltcup kaum mehr als drei Fahrer betreuen. Leute wie Wasmeier, Zurbriggen oder Giradelli benötigen sogar einen eigenen.

Trainer wußte es: Er wird Weltklasse

sid, Hinterstoder

Sieben Jahre lang mußte der Deutsche Ski-Verband (DSV) auf einen Slalom-Sieg warten. Seit Christian Neureuthers Triumph 1979 in Kitzbühel stand kein DSV-Läufer mehr auf dem Siegertreppchen eines großen internationalen Rennens. Jetzt stellte Armin Bittner aus Krün bei Mittenwald mit seinem Triumph im österreichischen Hinterstoder die Slalom-Welt auf den Kopf.

In 1:50,14 gewann der 22jährige Zeitsoldat den vierten Weltcup-Slalom dieser Saison souverän vor dem Jugoslawen Bojan Krizaj (1:50,94) und dem Italiener Oswald Tötsch (1:51:10). Der Sonthofener Frank Wörndl machte als Fünfter in 1:51,96 den deutschen Triumph perfekt.

„Ich kann es gar nicht fassen", sagte Bittner, der nach dem ersten Durchgang noch Dritter mit 32 hundertstel Sekunden Rückstand auf den führenden Bojan Krizaj gewesen war. Mit der zweitbesten Laufzeit im zweiten Durchgang (54,43) hinter dem Italiener Oswald Tötsch (53,84) aber bewies der 1,84 Meter große und 79 Kilo schwere Unteroffizier bei Schnee-Treiben auf dem steilen Hang im Stoder-Tal eiserne Nerven und distanzierte den 29jährigen Jugoslawen (55,55) um über eine Sekunde – Welten in einer Sportart, die sonst nach Hundertstelsekunden zählt.

Als Armin Bittner die Sensation vor 10 000 enttäuschten österreichischen Zuschauern im Zielraum erkannte, reckte er beide Fäuste immer wieder im Triumph empor und vergaß vor lauter Freude, seine Ski abzuschnallen. Als erster gratulierte sein Team-Gefährte Frank Wörndl. Selbst Riesenslalom-Weltmeister Markus Wasmeier, im ersten Lauf nach zweitbester Zwischenzeit gescheitert, vollführte einen Freudentanz. „Mein Saisonziel war nur ein Platz in der ersten Startgruppe", sagte Bittner.

DSV-Cheftrainer Klaus Mayr hatte schon vor dem Triumph prophezeiht: „Der wird Weltklasse, da bin ich sicher." Vor einem Jahr, als der ruhige Abiturient aus der 2000-Seelen-Gemeinde Krün bei seiner Weltcup-Premiere ausstieg, wollte Bittner „das Skifahren noch frustriert aufgeben." Ein Marken-Wechsel allerdings beendete die Krise. Der B-Kader-Läufer fuhr mit Platz zwölf im schwedischen Åre erstmals in die Punkteränge und ließ in dieser Saison schon in Sestrière und Madonna di Campiglio mit den Rängen elf und sieben aufhorchen.

Bereits im Training vor der Weltmeisterschafts-Saison 1986/87 fuhr der 22jährige, der den Schweden Ingemar Stenmark als Vorbild nennt, den Team-Kollegen auf und davon. „Ich weiß, was ich kann", sagte Bittner. Während er im ersten Durchgang von Hinterstoder noch zurückhaltend fuhr, im Steilstück des mit 69 Toren längsten Slaloms dieser Saison nicht alles riskierte, setzte er im zweiten Lauf alles auf eine Karte und gewann. Sein Disziplin-Trainer Rainer Gattermann: „Seine Stärke sind harte, eisige Hänge, seine starken Nerven und vor allem sein Finish."

Auch im Gesamt-Weltcup präsentiert sich nach Hinterstoder an der Spitze ein neues Gesicht. Der Italiener Richard Pramotton, zweimaliger Riesenslalom-Sieger dieser Saison und Sechster in Hinterstoder, ging mit 118 Punkten vor dem Schweizer Doppel-Weltmeister Pirmin Zurbriggen (112) in Führung. Riesenslalom-Weltmeister Markus Wasmeier liegt mit acht Punkten Rückstand auf Rang drei. Keine Rolle mehr im Kampf um den Gesamt-Weltcup spielt Pokal-Verteidiger Marc Girardelli, der nach einer Schulterverrenkung für den Rest der Saison außer Gefecht schien, trotzdem in Hinterstoder überraschend antrat, aber gerade noch 22. wurde.

Die anderen Sieger der letzten Punktejagd im alten Jahr waren Bojan Krizaj, den am Samstag 30 000 freudetrunkene jugoslawische Zuschauer als Sieger des dritten Saisonslaloms in Kranjska Gora vor Landsmann Rok Petrovic feierten, Erika Hess mit dem 21. Slalom-Triumph ihrer Karriere und ihre Schweizer Teamkameradin Maria Walliser, die nach dem 13. Weltcup-Sieg mit 110 Punkten wieder die Spitze der Gesamtwertung übernahm.

WELT-Cup der Skimarken

	Herren					Damen					
	Ges.	A	SL	RS	SG	Ges.	A	SL	RS	SG	Ges.
Atomic	199	54	61	69	15	130	25	66	27	12	329
Blizzard	104	104	0	0	0	112	48	64	0	0	216
Dynamic	21	0	0	10	11	65	0	65	0	0	86
Dynastar	0	0	0	0	0	148	37	81	10	20	148
Elan	151	0	139	12	0	30	0	10	20	0	181
Fischer	171	81	50	15	25	36	0	0	25	11	207
Kästle	159	101	0	58	0	64	15	49	0	0	223
Rossignol	271	35	101	115	20	252	21	75	131	25	523
Völkl	33	0	11	0	22	196	40	65	66	25	229

A = Abfahrt; SL = Slalom; RS = Riesenslalom; SG = Super-G

© „Die Presse", Wien

Erklärung der Tabelle

● In der Formel 1 und fast allen anderen Sparten des Motorsports gibt es eine Fahrer- und eine Markenweltmeisterschaft. Die WELT beginnt heute exklusiv für Deutschland mit einem Wettbewerb besonderer Art – mit dem Weltcup der Skimarken.

● Die Tabelle zeigt eine Rangfolge, die sich nach folgendem System errechnet: Wie im alpinen Ski-Weltcup erhalten die Firmen, deren Fabrikate die ersten sechs eines jeden Weltcup-Rennens fahren, Punkte. Gestaffelt in 25 Punkte für den Ersten, 20 für den Zweiten, 15 für den Dritten, zwölf für den Vierten, elf für den Fünften und zehn für den Sechsten. Im Weltcup erhalten die ersten 15 Fahrer Punkte, die Verkürzung auf sechs im Weltcup der Marken hat den Grund, den Firmen mit kleinen, aber starken Mannschaften eine Chance geben.

● So ist die Tabelle zu lesen: Die erste Ziffer bedeutet den Gesamtstand bei den Herren, es folgen Punkte für Abfahrt, Slalom, Riesenslalom und Super-G. Es folgt der Gesamtstand bei den Damen und die Punkte für die einzelnen Disziplinen in der gleichen Reihenfolge wie bei den Herren. Die letzte, ebenfalls fett gedruckte Ziffer gibt die gesamte Punktzahl für die einzelnen Firmen an.

● Die WELT wird diese Tabelle nach großen Ereignissen, stets aber für ihre Montagsausgabe auf den aktuellen Stand bringen. Sie wird selbstverständlich bis zum Ende der alpinen Weltcup-Saison (28. März) durchgeführt.

SKI NORDISCH / Überraschungen im Langlauf und im Biathlon

Gunde Svan zum ersten Mal besiegt Unbekannter Westling vor den Stars

sid, Davos/Obrtauern

Für den einen war es die erste und unerwartete Niederlage dieser Saison. Für den anderen der überraschende Erfolg einer jungen Laufbahn: In Davos unterlag der Schwede Gunde Svan beim dritten Weltcup-Skilanglauf und für den Landsmann Roger Westling wurde mit seinem ersten Sieg im Biathlon-Weltcup ein Traum wahr. Die Aktiven des Deutschen Ski-Verbandes blieben nur Staffage im internationalen Feld.

Skilanglauf: Von 380 Rennen hat er in seiner Laufbahn bisher über 200 gewonnen, so haben die Statistiker ausgerechnet. Im dritten Weltcup-Skilanglauf des neuen Winters mußte sich Schwedens Top-Sportler Gunde Svan (24) nach seinen Skating-Siegen von Ramsau und Cogne beim ersten Klassiker über 30 Kilometer in Davos als Vierter geschlagen geben.

Doch mit Thomas Eriksson (1:30:00,7) sprang ein anderer Schwede ein und gewann vor Waldimir Smirnow (1:30:01,7) aus der UdSSR, der auch im Gesamt-Weltcup hinter Svan (62) mit 43 Punkten Zweiter ist. Smirnow war der einzige, der verhinderte, daß der Weltcup in Davos zu schwedischen Meisterschaften wurde. Im Feld der 130 Läufer aus 20 Ländern standen dennoch sieben Schweden unter den ersten 15. Mit fast vier Minuten Rückstand auf den Sieger war der Willinger Jochen Behle (1:33:59,4) erstmals in diesem Winter bester Teilnehmer des Deutschen Ski-Verbandes. Noch vor dem Münchner Stefan Dotzler (54.) kamen die jungen Robert Anzenberger (35.) aus Wall und Walter Kuß (47.) aus Brend ins Ziel.

Anders bei den Damen: Hier dominieren die Norwegerinnen, die in Cogne/Italien über 20 Kilometer in der freien Technik durch Grete Nykellmo (56:39,3) und Marianne Dahlmo (56:44,3) einen Doppelsieg feierten und in umgekehrter Reihenfolge die Gesamtwertung anführen. Läuferinnen des Deutschen Ski-Verbandes waren nicht am Start.

Biathlon: Ohne ihren nach der Doping-Affäre gesperrten Siegläufer Peter Angerer waren die Biathleten des Deutschen Ski-Verbandes (DSV) beim Weltcup-Auftakt im österreichischen Obertauern nur Mitläufer.

Zwei Tage nach dem Sieg von Weltmeister Waleri Medwetsew aus der UdSSR über 20 km gab es beim 10-km-Sprint einen Überraschungserfolg durch den bisher kaum in Erscheinung getretenen Schweden Roger Westling (36:19,7) vor Frank Peter Rötsch (36:32,1/„DDR") und Franz Schuler (36:43,2) aus Österreich.

„Den Namen Westling habe ich noch nie gehört", meinte der Ruhpoldinger Routinier Fritz Fischer, der mit einer hohen Startnummer ins Rennen ging und von einem einsetzenden Schneesturm gebremst wurde. Einen Rang hinter Medwetsew war auf den Schlußläufer nach 37:13,1 Minuten und einer Strafrunde dennoch Verlaß. Mit einem Superlauf und null Schießfehlern konnte er zwar drei Fehlschüsse seines Bruders Georg nicht mehr wettmachen, brachte dennoch die deutsche Vertretung auf den sechsten Platz. Als Achter im Einzel sammelte er seine ersten Weltcup-Punkte.

Im Deutschen Ski-Verband (DSV) ist seit Obertauern Biathlon keine Männersache mehr. Einen glänzenden Einstand feierte Dorina Piper (Lüdenscheid). Sie kam über fünf Kilometer hinter Eva Korpela (Schweden/22:07,2) und der Norwegerin Sanna Grönlid (23:28,9) in 25:50,5 Minuten auf einen hervorragenden dritten Platz. Die 16jährige Schülerin war über zehn Kilometer Neunte geworden und liegt nun im Europacup mit 21 Punkten an vierter Stelle.

Zu einem Eklat kam es bei der Premiere des Biathlon-Weltcup in Obertauern: Josef Puczok, der Dopingarzt des Internationalen Verbandes für Modernen Fünfkampf und Biathlon (UIPMB), reiste erst am Freitag an, so daß die vorgeschriebene Dopingkontrolle nach dem 20-km-Rennen am Donnerstag nicht vorgenommen werden konnte. Auch am Samstag verschlief der Mediziner aus Budapest die Dopingkontrolle. Der Ungar erschien erst im Zielraum, als die ersten 30 Läufer wieder in ihren Quartieren waren.

HANDBALL

Ein neuer Trainer für Gummersbach?

dpa, Gummersbach

Der VfL Gummersbach kommt in die Jahre, und Titelverteidiger TuSEM Essen läuft dem Rekordmeister und erfolgreichsten Handballverein der Welt in der Bundesliga immer mehr den Rang ab. Fast 11 000 Zuschauer waren in der Dortmunder Westfalenhalle begeistert, als Jochen Fraatz zwei Sekunden vor dem Abpfiff einen Siebenmeter zum 18:17 gegen den OSC Dortmund verwandelte und mit seinem achten Treffer Essen den 13. Sieg im 14. Spiel rettete. Einst hatte Gummersbach unter dem Dortmunder Kuppeldach zehn Meisterschaften, Europa- und Supercup-Triumphe gefeiert, nun hat der Nachbar die Nachfolge angetreten. 27:1 Punkte und den zweiten Titel vor Augen: Essen kann geruhsam Weihnachten feiern.

Nur 1500 Zuschauer fanden sich auf den Rängen in der Gummersbacher Moltkestraße ein, um das 22:16 gegen Pokalsieger MTSV Schwabing zu feiern. Platz sieben für den VfL Gummersbach und 14:14 Punkte: Seit der ersten Meisterschaft 1966 waren die Zukunftsaussichten des VfL trotz der besten Saisonvorstellung noch nie so trübe. Und noch nie hielten sich die Gerüchte in Gummersbach so hartnäckig, daß über kurz oder lang ein Trainerwechsel vor der Tür steht.

„Bei jedem anderen Verein wäre der Trainer längst gewechselt worden." Mit diesem Satz deutet Torwart Andreas Thiel an, daß das Problem mehr auf der Trainerbank als in der Mannschaft zu suchen ist. Die Ruhe im Oberbergischen Land ist spätestens dahin, seit Essen ausgerechnet unter Gummersbachs Ex-Trainer Ivanescu in der letzten Saison den ersten Titel der Vereinsgeschichte holte. Erst Klaus Brand allein, dann sein Bruder Heiner als Assistent, übernahmen den Posten von Ivanescu. Seither führte der Weg ins Mittelmaß.

Daß Altes und bodenständige Gummersbacher Tradition nicht das Beste sein muß, hat Essen bewiesen – und mit dem angehenden Diplompsychologen Ingi Gunnarsson als Coach einen Schritt in die Zukunft gewagt. Der Erfolg gibt dem Trainer so lange recht, wie er oben steht. Ob das Neue, wie Gunnarsson es mit psychologisch aufgebautem Training vor und nach Spielen versucht, wirklich zum Erfolg führt, davon sind noch nicht einmal Jochen Fraatz („Ich glaube nicht, daß das mehr bringt"), Stefan Hecker oder Thomas Springel überzeugt.

Aber daß in Gummersbach versäumt worden ist, rechtzeitig auf die Zukunft umzustellen, wurde spätestens klar, als der 34jährige Heiner Brand sich wieder zum Spielen überreden ließ. Verletzungen von Neitzel, Krokowski oder Fitzek haben die Mannschaft nach hinten geworfen. Die Rückkehr von Gerd Rosendahl ist ein weiteres Indiz für einen Schritt zurück statt nach vorn. Und Integrationsprobleme des Isländers Arason belasteten lange die Harmonie im Spiel.

Wenn Gummersbach nicht spätestens im IHF-Pokal-Viertelfinale gegen den SC Magdeburg zwischen dem 10. und 17. Januar „aufwacht", wäre auch der letzte Strohhalm im internationalen Geschäft wie vom Winde verweht. Der Sieg gegen Schwabing sollte ein neuer Anfang sein.

EISHOCKEY

Ungewißheit um Kühnhackl

sid, Köln

Die geplante Rückkehr des ehemaligen Eishockey-Nationalspielers Erich Kühnhackl in die Bundesliga ist weiterhin ungewiß. Wie die WELT am Samstag berichtete, sind der EV Landshut und der deutsche Meister Kölner EC an einer Verpflichtung des 36jährigen Centers interessiert, den sein derzeitiger Verein, der Schweizer Nationalliga-Klub EHC Olten, ausleihen will. Gestern sprach Kühnhackl mehrere Stunden mit Kölns Präsident Heinz Landen, allerdings ohne endgültige Entscheidung. „Ich bin aber optimistisch", sagte Landen, „Erich will nach Köln, und wir wollen ihn". Morgen will der Kölner mit Olten verhandeln. „Dann gibt es entweder ein Ja oder ein Nein."

Erich Kühnhackl spielte bereits von 1976 bis 1979 bei den Kölnern und war an zwei Titelgewinnen (1977 und 1979) beteiligt. Der Ausnahmespieler hatte von den Schweizern die Freigabe erhalten, da sie ihn offenbar nicht mehr bezahlen konnten. Der neue Verein soll das Gehalt, geschätzte 100 000 Mark, übernehmen. „Ich hoffe, wir können uns auf der Mitte treffen", meinte Landen, ohne Zahlen zu nennen.

Der EV Landshut, der Kühnhackl schon Mitte voriger Woche verpflichten wollte, um ihn bereits am letzten Freitag im Spiel gegen Köln einzusetzen, hat bereits signalisiert, die Kosten für den Spieler jetzt nicht mehr aufbringen zu können.

NACHRICHTEN

Oskar Maaß ist tot

Köln (dpa) – Oskar Maaß, von 1968 bis 1973 Präsident des Fußball-Bundesligaklubs 1. FC Köln, beging am Samstag Selbstmord. Nach Angaben der Kölner Polizei erschoß sich der 76 Jahre alte Ex-Präsident, der krebskrank war, in seiner Wohnung.

Titel für Michael Sperr

Winterberg (sid) – Michael Sperr vom SC Rießersee wurde in Winterberg deutscher Meister im Viererbob. Mit seiner Mannschaft verwies der Fünfte der Weltmeisterschaft den Bob des Winterbergers Peter Schliwa auf den zweiten Platz.

Düsseldorf ungeschlagen

Berlin (dpa) – Ungeschlagen mit 18:0 Punkten beendet Borussia Düsseldorf die Hinserie der Tischtennis-Bundesliga der Herren. Am letzten Spieltag des Jahres siegte die Mannschaft bei Hertha BSC Berlin deutlich mit 9:1.

Vorsprung ausgebaut

London (dpa) – In der ersten englischen Fußball-Division führt Arsenal London mit fünf Punkten Vorsprung (41) vor Nottingham Forest (36) und FC Everton (35).

Grenzau Pokalsieger

Bayreuth (sid) – Der Europacup-Halbfinalist TTC Grenzau hat erstmals in seiner Laufbahn den deutschen Tischtennis-Pokal gewonnen. Bei BG Bayreuth setzte sich Grenzau mit 5:1 souverän durch und vertritt nun den Deutschen Tischtennis-Bund im Europacup.

Niederlage für Hübner

Brüssel (dpa) – Beim Großmeister-Schachturnier in Brüssel besiegte Weltmeister Garri Kasparow (UdSSR) in der achten Runde nach 32 Zügen den deutschen Großmeister Robert Hübner (Porz) zum zweiten Mal. Kasparow fehlt noch ein halber Punkt zum Turniersieg. Mit 3,5 Punkten liegt Hübner auf Rang fünf.

Japaner bei Lotus

London (sid) – In der Formel 1 hat das englische Lotus-Team den Japaner Satoru Nakajima als zweiten Piloten hinter Ayrton Senna (Brasilien) verpflichtet. Daraufhin trennte sich nach 18 Jahren der Hauptsponsor mit sofortiger Wirkung.

Ehrung für Drechsler

Berlin (dpa) – *Olaf Ludwig* (Gera), Gewinner der diesjährigen Friedensfahrt der Radamateure, und Heike Drechsler (Jena), Doppel-Europameisterin in der Leichtathletik, sind für 1986 zum „Sportler des Jahres" in der „DDR" gewählt worden. Als beste Mannschaft wurde die Fußballauswahl „U 19" gekürt.

Nur ein Irrtum

New York (UPI) – Dem Box-Profi Tim Witherspoon, der vor einer Woche seinen WM-Titel im Schwergewicht gegen James Smith (USA) verlor, wurde irrtümlich der Gebrauch von Marihuana vorgeworfen. Der fatale Fehler wurde mit einem Schreibfehler entschuldigt.

Sieg für Junioren

São Bernardo do Campo (sid) – Der Deutsche Judo-Bund (DJB) erreichte bei den Studenten-Weltmeisterschaften im brasilianischen São Bernardo do Campo zwei Bronzemedaillen.

Viermal Höchstnote

Berlin (dpa) – Olympiasiegerin Katarina Witt sicherte sich bei den Eiskunstlauf-Meisterschaften der „DDR" in Ostberlin zum siebten Mal hintereinander den Titel bei den Damen. Für ihre Kür wurde viermal die Höchstnote 6 gezogen.

TENNIS / Nationale Hallen-Meisterschaften in Mainz waren am Ende auch ein finanzieller Erfolg

Steffi Graf gewann locker ein Auto für ihre Tante „Jetzt weiß ich, was Boris alles aushalten muß"

sid/dpa, Mainz

Beim ersten Aufschlag knallten dort, wo sich Prominente und solche, die sich dafür halten, versammelt hatten, die Sektkorken. Beim zweiten war das Klappern des Geschirrs nicht zu überhören. Kein Zweifel: Ohne die VIP-Loungen geht nichts mehr, das Geld regiert die Tennis-Welt. Selbst eine vergleichsweise kleine nationale Meisterschaft in Mainz-Finthen bildet da keine Ausnahme. Daß durchaus auch gute sportliche Leistungen geboten wurden, dürfte so manch eine der Persönlichkeiten gar nicht mitbekommen haben. Nur bei Steffi Graf drängelten sie sich in der Halle.

Doch die Weltranglisten-Dritte machte es meistens recht kurz. So auch im Finale. Nach nur 49 Minuten stand ihr 6:2, 6:3-Erfolg über Heike Thoms aus Flensburg fest, die überraschend das Endspiel erreicht hatte. Steffi Graf durfte als Siegprämie ein Auto im Wert von 26 000 Mark in Empfang nehmen. Der Wagen war zuvor schon vergeben. „Meine Tante braucht dringend ein Auto," erklärte die Siegerin. Autobesitzer wurde auch der 20 Jahre alte Mannheimer Patrick Kühnen, der sich mit 6:3, 7:6, 6:3 gegen den vier Jahre älteren Hannoveraner Hans-Dieter Beutel in 116 Minuten erstmals den Titel bei den Herren holte.

Das Versprechen von Steffi Graf an die Fans war zugleich auch eine Drohung an ihre Gegnerinnen: „Ich komme im nächsten Jahr wieder und hoffe, Sie alle wiederzusehen." Daß die „Sportlerin des Jahres" mit Hilfe des Turniersponsors zum dritten Mal den Weg zu den Hallen-Meisterschaften fand, verhalf Turnier-Direktor Peter Dinkels zu der Attraktion, die eine solche Veranstaltung braucht. So durfte Dinkels zufrieden feststellen: *12 000 Zuschauer ließen die Turnier*woche mit dem 530 000-Mark-Etat zu einem Geschäft werden.

Die Wege der beiden Finalistinnen verlaufen nun wieder in verschiedene Richtungen. Die 18 Jahre alte Heike *Thoms möchte zunächst das Abitur* bestehen, dann will sie zur Probe Tennis-Profi werden. Als nächstes steht die Teilnahme beim „Skandinavien-Satellit" in Dänemark an. Steffi Graf gab ihr mit auf den Weg: „Dort hat auch meine Karriere begonnen, ich wünsche dir viel Glück."

Mit ihrer gesamten Familie wird *Steffi Graf nun drei Wochen Urlaub* auf Gran Canaria machen. So verrückt wie in den letzten drei vergangenen Wochen war es noch nie. Sie war im Streß: Ehrungen, Termine, Interviews: „Ich habe nicht einmal Zeit zum Tennisspielen gehabt."

Sie schafft dennoch alles. Vor einem Jahr noch wollten sie und ihr Vater keine andere Prognose zulassen, als daß sie ihren sechsten Platz 1986 unter den ersten zehn der Weltrangliste behaupten wird. Doch die 17jährige hat sich selbst überholt: schon Rang drei hinter Martina Navratilova und Chris Evert-Lloyd (beide USA). Acht Grand-Prix-Siege im Einzel und fünf im Doppel, belohnt mit 612 000 Dollar.

Als sich nach ihrem dritten Titel in Mainz-Finthen Hunderte von Armen nach dem Star reckten und Erwachsene wie Kinder um ein Autogramm von ihrem Idol bettelten, wurde der 17jährigen plötzlich bewußt, wie schwer es ist, mit der Popularität umzugehen: „Jetzt weiß ich, was Boris Becker alles aushalten muß."

Steffi Graf sagt aber auch, daß ihre Fans ein Recht auf sie haben; wenn sie in Deutschland spielt, wo es ihr immer noch „riesig Spaß macht" und sie genießen kann, ein Star zu sein. So wie in Mainz, wo sie mit ihren Gegnerinnen „trainieren" konnte. Ihre Überlegenheit dort („es ist schon komisch, weil ich bis auf einige niemand von meinen Gegnerinnen kenne") *erlaubte ihr fast alles.*

Dennoch: Sie ist müde geworden von dem Rummel, der sie verfolgt, der die Fans immer dichter an sie herankommen läßt, und sehnt sich nach Ruhe. „Ich hab vor dem Masters-Finale gar nicht gemerkt, daß ich nicht mehr so fit war." Der Streß eines Tennis-Jahres zwischen den Kontinenten, im Hotel, die „Öffentlichkeitsarbeit" (Graf) mit den Fans fordern Tribut. Die Wucht der Popularität hat sie stark berührt. Auch wenn sie sagt: „Ich bin sehr, sehr weit nach vorn gekommen, aber ich komme damit gut zurecht."

Steffi ist ehrlich. Das nimmt ihr jedermann ab und macht sie so zugänglich. Als sie in Baden-Baden auf die Laudatio für die Wahl zur Sportlerin des Jahres antworten sollte, wollte sie „zuviel sagen", und merkte, daß es „schwierig ist, darüber zu reden, was mit Tennis nichts zu tun hat".

„15 oder 16 Turniere wird Steffi 1987 spielen", meinte Vater Peter Graf. In Berlin möchte sie im Mai *1987 ihren Titel verteidigen. Aber ob* Stuttgart, Hamburg oder wieder Mainz in Frage kommen, ließ der Vater noch offen. Denn nach Berlin kommt Paris. Dann Wimbledon, wo sie letztes Jahr wegen einer Verletzung verzichten mußte. Ein Sieg in Wimbledon aber setzt neue und andere Maßstäbe. Das hat auch einer wie Boris Becker erlebt.



Eine Weltklassespielerin, ein großes Talent, Blumensträuße und ein Auto: Steffi Graf und Heike Thoms beim Siegerfoto. FOTO: DPA

FUSSBALL / Lobesworte für die Schiedsrichter

Beckenbauer: Werde zurückhaltender sein

sid/dpa, Frankfurt

Im Vorfeld war von „trainierten Regelverstößen" (FIFA-Schiedsrichter Manfred Neuner) und von „Haß" gegen Schiedsrichter (Bayern-Trainer Udo Lattek) die Rede. Doch bei der Tagung der Schiedsrichter aus dem bezahlten Fußball in Frankfurt wurde mit den Bundesliga-Vertretern Gerhard Mayer-Vorfelder, Jürgen Friedrich und Udo Klug zwar kontrovers diskutiert, aber es war keine Verhärtung der Fronten zu spüren. Vielmehr *wünschen sich beide Seiten für die* Zukunft eine Annäherung.

„Es wird immer ein Spannungsverhältnis zwischen Schiedsrichtern und Vereinen geben", äußerte Mayer-Vorfelder, Präsident des VfB Stuttgart und Vorsitzender des Ligaausschusses im Deutschen Fußball-Bund (DFB), „es kommt jedoch darauf an, mit welcher Voltzahl es betrieben wird." Die Schuld schob er dabei den Schiedsrichtern ebensowenig zu wie Kaiserslauterns Präsident Friedrich und Homburgs Trainer Klug. „Der Profi-Schiedsrichter kann die Aufgabe auch nicht besser bewältigen als der ehrenamtliche", erklärte Mayer-Vorfelder, „und wir brauchen zwar eine bessere Abstimmung der Gespanne, aber keinen zweiten Schiedsrichter."

Zumindest Tests auf diesem Gebiet wünscht sich dagegen Teamchef Franz Beckenbauer. „Die Regeln sind schon über hundert Jahre alt und deshalb vielleicht nicht mehr ganz zeitgemäß", begründete er seine Hoffnung auf weitere Experimente zur Steigerung der Attraktivität des Fußballs. Beispiele aus Beckenbauers Katalog: Reduzierung der Spielunterbrechungen, wenn der Ball sich im Aus befindet, oder das Ersetzen des „langweiligen Einwurfs" etwa durch das Einschießen.

Ansonsten lobte der Teamchef die Bundesliga-Schiedsrichter: „In der *Bundesliga ist vieles besser geworden.* Man kann durchaus zufrieden sein." Beckenbauer sprach sich für *eine bessere Bezahlung der Schieds*richter aus, die momentan 72 Mark Spesen pro Tag erhalten. Friedrich und Mayer-Vorfelder schlugen in die gleiche Kerbe. „Die Entschädigungs-Regelung muß überprüft werden", forderte der Stuttgarter Präsident.

Die riesige Diskrepanz zwischen den hochdotierten Profis und den Schiedsrichtern im finanziellen Bereich ist nur unwesentlich zu verringern. Ein Zusammenrücken erwartet Friedrich aber im Verhalten auf dem Rasen – gerade von den Schiedsrichtern. „Es ist ein Graben aufgerissen zwischen den Spielern und den Schiedsrichtern", kritisierte er, „die Parteien sollten wieder mehr aufeinander zugehen. Der Schiedsrichter sollte mehr ein Vermittler sein."

Sinn für Humor wurde im Kreis der Schiedsrichter zumindest deutlich, als Franz Beckenbauer und Udo Lattek im Spaß als Schiedsrichter für ein Spiel unter Schiedsrichtern eingeladen wurden. Der Teamchef bezog noch einmal Position zu seiner Schelte gegen den Italiener Luigi Agnolin nach dem 1:4 in Österreich. „Es war sicher nicht richtig, ihn in dieser Form anzugreifen", meinte er: „Ich werde versuchen, in der Wortwahl zurückhaltender zu werden. In der Sache hatte ich allerdings recht. Denn Agnolin war überhaupt nicht auf dieses Spiel vorbereitet."

Alle drei Gäste aus der Bundesliga wiesen die Behauptung von Manfred Neuner über einstudierte Fouls klar zurück. *Umstritten sind für Mayer-*Vorfelder einige Zufälligkeiten bei der Verteilung von gelben Karten. Er *hält daher die Zeitstrafe für sinnvoll.*

ZAHLEN · ZAHLEN · ZAHLEN

FUSSBALL

Erste englische Division, 20. Spieltag: Watford – Norwich 1:1, Arsenal – Luton 3:0, Charlton – Liverpool 0:0, Chelsea – Tottenham 0:2, Everton – Wimbledon 3:0, Manchester United – Leicester 2:0, Nottingham – Southampton 0:0, Oxford – Aston 2:2, West Ham – Queens Park 1:1. – Tabellenspitze: 1. Arsenal 41 Punkte, 2. Nottingham 36, 3. Liverpool 35.

SKI ALPIN

Weltcup-Slalom, Herren in Kranjska Gora/Jugoslawien: 1. Krizaj 1:55,35, 2. Petrovic (beide Jugoslawien) 1:56,18, 3. Stenmark (Schweden) 1:56,32, 4. Mader (Österreich) 1:56,38, 5. Nilsson (Schweden) 1:56,92, 6. Berthold (Österreich) 1:56,99, ... 9. Wörndl (Bundesrepublik Deutschland) 1:57,90. – Stand im Weltcup-Slalom: 1. Stenmark 60 Punkte, 2. Krizaj 49, 3. Nilsson 31, 4. *Gaspoz (Schweiz)* 26, 5. Edalini (Italien) 25, 6. Mader (Österreich) und Tomba (Italien) je 23, ... 12. Wörndl 13, ... 24. Pistor 5, ... 29. Beck 3, ... 32. Schick (*alle* Bundesrepublik Deutschland). – Stand im Gesamt-Weltcup: 1. Zurbriggen (Schweiz) 112, 2. Pramotton (Italien) 108, 3. Wasmeier 104, ... 15. Eder 33, ... 24. *Wörndl* 22. – **Weltcup-Slalom** in Hinterstoder/ Österreich: 1. Bittner (Bundesrepublik Deutschland) 1:50,14, 2. Krizaj 1:50,94, 3. *Tötsch (Italien) 1:51,10,* 4. *Gaspoz* 1:51,36, 5. Wörndl 1:51,96, 6. Pramotton 1:52,04. – **Weltcup-Riesenslalom,** Damen in Valzoldana/Italien: 1. Walliser (Schweiz) 2:33,30, 2. *Fernandez-Ochoa* (Spanien) 2:33,67, 3. Figini 2:33,89, 4. Schneider 2:34,08, 5. Örtli (alle Schweiz) 2:34,28, 6. Stotz 2:34,71, ... 10. Kichl 2:35,73, ... 13. Gerg 2:35,97, ... 17. Gersch 2:37,08, ... 20. Mösenlechner 2:37,43, ... 23. Hächer (alle Bundesrepublik Deutschland) 2:38,03. – Stand *Slalom-Weltcup: 1. Schneider* 52, 2. Walliser 45, 3. Fernandez-Ochoa 36, ... 5. Gerg 28, ... 10. Stotz 12. – Stand Gesamt-Weltcup: 1. Walliser 110, 2. Schneider 106, 3. McKinney (USA) 81, ... 9. Gerg 50.

SKI NORDISCH

Weltcup-Langlauf, *Herren in Davos,* 30 km klassisch: 1. Eriksson (Schweden) 1:30:00,7 Std., 2. Smirnow (UdSSR) 1:30:01,7, 3. Majbaeck *1:30:02,6,* 4. *Svan 1:30:11,8,* 5. Wassberg (alle Schweden) 1:30:11,8, 6. Batjuk (UdSSR) 1:30:20,6, ... 29. Behle 1:33:59,4, ... 35. Anzenberger (beide Bundesrepublik *Deutschland*) 1:34:22,7. – Gesamtstand im Weltcup: 1. Svan 62, 2. Smirnow 43, 3. Eriksson 34. – **4 x 10-km-Staffel:** 1. Schweden 1:58:54,6 *Std.,* 2. Finnland *1:59:02,0.* 3. UdSSR II 1:59:05,9, ... 6. Bundesrepublik Deutschland (Anzenberger, Dotzler, Kuß, Behle) 1:59:18,7. – **20-km-Weltcup-Langlauf,** Damen in Cogne/ Italien, freie Technik: 1. Nykkelmo 56:39,3, 2. Dahlmo (beide Norwegen) 56:44,3, 3. Thomas (Schweiz) 56:54,7, 4. Matikainen (Finnland) 57:09,0, 5. Westin (Schweden) 57:15,6, 6. Boe (Norwegen) 57:29,6. – Stand im Weltcup: 1. Dahlmo 57, 2. Nykkelmo 48, 3. Westin und Johansson (Schweden) je 26. – **Biathlon, 10-km-Weltcup-Rennen** in Obertauern/Österreich: 1. Westling (Schweden) 36:19,7 Minuten/1 Strafrunde, 2. Rötsch („DDR") 36:32,3/1, 3. Schuler (Österreich) 36:43,2/1, 4. Kvalfoss (Norwegen) 36:45,1/1, 5. Steininger („DDR") 36:49,7/1, 6. Matous (CSSR) 37:06,4/1, ... 8. F. Fischer 37:13,1/1, ... 15. Fritzenwenger 37:47,2/2, ... 25. E. Reiter (alle Bundesrepublik Deutschland) 38:28,9/3. – Stand im Weltcup: 1. Medwetsew 49, 2. Kvalfoss 41, 3. Rötsch 32, ... F. Fischer 22, ... 27. G. Fischer 9, ... 37. E. Reiter 2.

TENNIS

Hallen-DM in Mainz-Finthen, Damen, Finale: Graf (Brühl) – Thoms *(Flensburg)* 6:2, 6:3. – Halbfinale: Graf – Meier (Kaiserslautern) 6:0, 6:2, Thoms – Cueto (Stuttgart) 6:4, 6:3. – Doppel, Finale: Meier/Porwik (Kaiserslautern/Fürth) – Pfaff/Schropp (Frankfurt/Heidelberg) 6:2, 6:1.

VOLLEYBALL

Internationales Turnier der Herren in Haarlem/Holland: Deutschland – Holland 2:1. – **Vier-Länderturnier** der Damen in Stuttgart: Deutschland – Japan 3:1, Kuba – Ungarn 3:1. – **Bundesliga,** Damen: Oythe – Darmstadt 3:0, Rüsselsheim – Hannover 3:2.

EISHOCKEY

Iswestija-Turnier in Moskau: Schweden – Finnland 2:0. – **Bundesliga,** 23. Spieltag: Rießersee – Rosenheim 2:8, Düsseldorf – Mannheim 1:6, Frankfurt – Iserlohn 7:2, Landshut – Köln 0:6, Schwenningen – Kaufbeuren 3:4.

TISCHTENNIS

Pokalfinale der Herren in Bayreuth: Bayreuth – Grenzau 1:5. – Einzelwertung: Frank – Böhm 14:21, 10:21, Orlowski – Hüging 24:26, 22:20, 15:21, Nolten – Grubba 9:21, 10:21, Orlowski – Böhm 21:15, 20:22, 21:14, Frank – Grubba 14:21, 25:23, 15:21, Nolten – Hüging 21:18, 13:21, 18:21. – **Bundesliga,** Herren, 9. Spieltag: Berlin – Düsseldorf 1:9, Altena – Saarbrücken 3:9, Bad Hamm – Grenzau 3:9, Steinhagen – Reutlingen 9:5.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 11. Spieltag: Leverkusen – Göttingen 84:75, SSV Hagen – Bayreuth 1:0, Bamberg – Köln 95:92, Gießen – Charlottenburg 78:79, Osnabrück – Langen 77:93. – **Damen,** 12. Spieltag: München – Köln 87:71, Oberhausen – Wolfenbüttel 57:52, Düsseldorf – Porz/Hennef 87:61, Weilheim – Barmen 53:76.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 14. Spieltag: Dortmund – Essen 17:18, Hameln – Weiche-Handewitt 16:21, Gummersbach – Schwabing 22:16. – **Damen:** Oldenburg – Nürnberg 20:15.

HOCKEY

Bundesliga, Herren, Gruppe Nord: SW Köln – Gladbach 10:8, Berlin – Krefeld 5:3, Hamburg – Leverkusen 9:5, *DHC Hannover – RW Köln 8:11.* – Gruppe Süd: München – Rüsselsheim 8:8, Mülheim – Heidelberg 7:5, Dürkheim – Limburg 4:5, Frankenthal – *Stuttgart 7:6.* – **Damen,** Gruppe Nord: DHC Hannover – Brandenburg 3:12. – Gruppe Süd: Frankenthal – Frankfurt 8:9, Raffelberg – Leverkusen 4:7, *Düsseldorf – Hanau 5:8.*

RINGEN

Bundesliga, Finalkämpfe, Rückrunde, *Gruppe A: Reilingen – Witten* 21,5:16, Schifferstadt – Aalen 20,5:18. – Gruppe B: Goldbach – Urloffen 25,5:12,5, Wiesental – Bonn-Duisdorf *28:11,5.*

GALOPP

Rennen in Mülheim/Ruhr: 1. R.: 1. *Didicas (P. Remmert),* 2. *Gipsy King,* 3. Alpenjäger, Toto: 52/16, 21, 18, ZW: 272, DW: 2220, 2. R.: 1. Sorbarus (P. Remmert), 2. Weberknecht, 3. Abbas, Toto: *64/13, 12, 12, ZW: 180, DW: 624,* 3. R.: 1. Timbala (H. Horwart), 2. Gretchen, 3. Loka, Toto: 48/18, 26, 21, ZW: 1160, DW: 5888, 4. R.: 1. Ovosius (R. Ording), 2. Pendentif, 3. Leones, *Toto: 32/14, 12, 16,* ZW: 104, DW: 228, 5. R.: 1. Aosta (D. McCann), 2. Mandolino, 3. Rodnina, Toto: 176/38, 20, 30, ZW: 932, DW: 8456, 6. R.: *1. Appelbach (Frl. G. Busch),* 2. Roaring Sea, 3. Kan Tan, Toto: 68/54, 26, 16, ZW: 336, DW: 9544, 7. R.: 1. Donga (T. Hellier), 2. Jument douce, 3. Turmalin, Toto: *32/15, 30, 15, ZW: 676, DW:* 1980, 8. R.: 1. Sethos (K. Woodburn), 2. Opella, 3. Jenissej, Toto: 52/17, 22, 22, ZW: 232, DW: 1588, 9. R.: 1. Shabano (B. Selle), 2. *Grazie,* 3. Barnoess, *Toto:* 20/14, 16, 20, ZW: 100, DW: 500.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 15, 25, 27, 30, 42, 48, Zusatzzahl: 2. – **Spiel 77:** 1 4 6 5 5 8 9. (Ohne Gewähr).

BASKETBALL

Provinzposse in Hagen

sid, Düsseldorf

Mit einer unrühmlichen Provinz-Posse in Hagen endete der letzte Auftritt der Basketball-Bundesligaklubs in diesem Jahr:

Weil die Mannschaft der BG Bayreuth bei ihrer Anreise im Schnee stecken blieb und deshalb die nach der Spielordnung zulässige Verzögerung der angesetzten Anpfiffzeit von 30 Minuten um etwas mehr als 60 Sekunden überschritten wurde, kam es nicht zur Austragung des Punktspiels beim SSV Hagen.

Westfälische Sturheit der SSV-Funktionäre oder mangelhafte Organisation der Franken bei ihrer Anreise? Fest steht: 800 Zuschauer wurden wieder nach Hause geschickt und die Partie am *grünen Tisch mit 1:0 für* Hagen gewertet. Die BG Bayreuth will nun mit der Berufung auf „höhere Gewalt" *Protest beim* Deutschen Basketball-Bund (DBB) einlegen.

Werbung für den Basketball betrieben hingegen der 1. FC Bamberg gegen den BSC Saturn Köln im Spitzenspiel des 17. Spieltages. 92:92 lautete das Resultat in der letzten Sekunde. Sieben Sekunden vor dem Ende verwarf der Bamberger Uli Frank. Köln nutzte seine Chance und kam eine Sekunde vor der Schlußsirene durch einen Drei-Punkte-Wurf von Stephan Baeck zum Sieg.

RINGEN

Reilingen überraschte

sid, Reilingen

Ausgerechnet der bisher sieglose AV Reilingen hat in der Endrunde der deutschen Ringer-Mannschafts-Meisterschaft die Weichen für das Finale Bavaria Goldbach gegen VfK Schifferstadt gestellt. Mit dem sensationellen, aber hoch verdienten 21,5:16-Sieg über den offensichtlich von einer sportlichen Krise geschüttelten KSV Witten hat AV Reilingen, Meister von 1982, den Schifferstädtern den Weg ins Finale geebnet.

Mit einem 11,5-Punktepolster reist die Staffel aus Schifferstadt am letzten Wettkampftag der Endrunde ins Ruhrgebiet zum KSV Witten. Die Mannschaft kann dort mit 11,5 Punkten Differenz verlieren und ist immer noch Gruppensieger, denn den Vorkampf hat Schifferstadt mit 23,5:11,5 Punkten für sich entschieden. Gewinnt Witten mit 12,5 Punkten Differenz, ist die Staffel bei Punktgleichheit von 8:4 mit Schifferstadt Gruppensieger. Hochspannung also bis zum Schluß.

Anders die Situation in der B-Gruppe. Die Mannschaft von Bavaria Goldbach, die noch nie in einem Finale gestanden hat, empfängt am Schlußtag den TKSV Bonn-Duisdorf, der als Punktelieferant gilt.

Die Endspieltermine sind mit dem 2. oder 3. und 10. Januar festgelegt.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99

1000 Berlin 61, Kochstraße 50

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100

3000 Hannover 1, Lange Laube 2

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a

8000 München 40, Schellingstraße 39–43

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement: DM 37,10 einschließlich Porto.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1986.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Kozak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Carl von Clausewitz: Die erste Auflage seines Buches „Vom Kriege" war ein Flop

Ein Denker von friderizianischen Traditionen bis zum Guerrilla-Krieg

Als der preußische Generalmajor Carl von Clausewitz am 16. November 1831 an Cholera starb – mit 51 Jahren –, hatte das Manuskript seines berühmten Werkes „Vom Kriege" noch keinen Verleger gefunden. Seine Frau, geborene Marie Gräfin Brühl, brachte es ein Jahr nach dem Tode ihres Mannes heraus – große Beachtung fand der „Wälzer" nicht. Die stellte sich erst später, nach der zweiten Auflage im Jahre 1853, ein.

Clausewitz stand im Zwielicht zweier Zeitalter. Er gehörte zu den preußischen Reformern, die von 1807 an, nach der Niederlage gegen Napoleon, das preußische Heerwesen modernisierten: Einführung der allgemeinen Wehrpflicht (1814), Wegfall des Adelsprivilegs beim Offizierskorps, Aufstellung von Landwehr und Landsturm, Schaffung des modernen Generalstabs. Die politischen Ziele der Reformer Scharnhorst und Gneisenau – Clausewitz arbeitete eng mit ihnen zusammen – gingen zwar nicht in Erfüllung, doch hatte der moderne Krieg mit seinen demokratischen Massenheeren und seiner Tendenz, im vollständigen Sieg oder vollständiger Niederlage die Entscheidung zu finden, unwiderruflich Einzug in die Geschichte gehalten.

Der demokratisierte Krieg wird total

Clausewitz hatte 1806 bei Jena den militärischen Untergang des unmodernen, an friderizianischen Traditionen orientierten Preußen erlebt. Die Erschütterung schärfte seinen patriotischen und philosophischen Geist. Clausewitz trat, wie seinerzeit auch der Freiherr vom Stein, in russische Dienste, als das geschlagene Preußen Friedrich Wilhelms III. ein Militärbündnis mit Frankreich schloß.

Die Lehre von Clausewitz spiegelt die revolutionären politischen und militärischen Veränderungen seiner Zeit wider:

● „Der Krieg ist ein Akt der Gewalt, und es gibt in der Anwendung derselben keine Grenzen." Dem Krieg wohne die Tendenz „zum Äußersten" inne. Für uns klingt dieser Satz nach den Erfahrungen des Ersten und Zweiten Weltkriegs nicht neu. Er läßt sich heute zum Beispiel anwenden auf Afghanistan und auf die Szenarios des atomaren Krieges. Vor 150 Jahren, als er geschrieben wurde, war er doch sensationell und prophetisch – so wurde er auch aufgenommen.

Clausewitz – er wurde 1795 mit 15 Jahren Leutnant – kannte infolge der damals noch gültigen Lehren der territorialstaatlichen Kriege nur die begrenzten Auseinandersetzungen zwischen Berufs- und Söldnerarmeen auf ausgesuchten Schlachtfeldern. Das 18. Jahrhundert hatte in Europa eine erfreuliche Kultivierung der Kriegshandlungen gebracht – nach den totalen Verwüstungen des Jahrhunderts davor.

Der preußische Offizier erkannte jedoch spätestens seit 1806, daß mit der Levée en masse, dem 1793 vom französischen Nationalkonvent befohlenen Massenaufgebot von 18- bis 25jährigen Kriegern, eine neue Strategie zutage getreten war, die den Krieg demokratisieren und in der Konsequenz totalisieren sollte. Diesen neuen Krieg an ein eingrenzendes Prinzip zu binden, gehörte zu den vornehmsten Denkzielen des preußischen Philosophen und Strategen.

● Clausewitz bezeichnete den Krieg „als die Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel". Krieg ist demnach nicht als Auseinandersetzung „bis zum Äußersten" akzeptabel, sondern nur als Mittel zu politischen Zwecken, das heißt zur Herstellung einer neuen verbindlichen politischen Ordnung. Dem Gegner den Willen aufzuzwingen, ist das Ziel des Waffengangs. Clausewitz will den Krieg der Vernunft der Politik unterordnen. Er formuliert unmißverständlich: „So wird also der politische Zweck als das ursprüngliche Motiv des Krieges das Maß sein, sowohl für das Ziel, welches durch den kriegerischen Akt erreicht werden muß, als für die Anstrengungen, die erforderlich sind."

Mit anderen Worten: Die Politik bestimmt den militärischen Mitteleinsatz.

Der Volkskrieg und die Interessen des Volkes

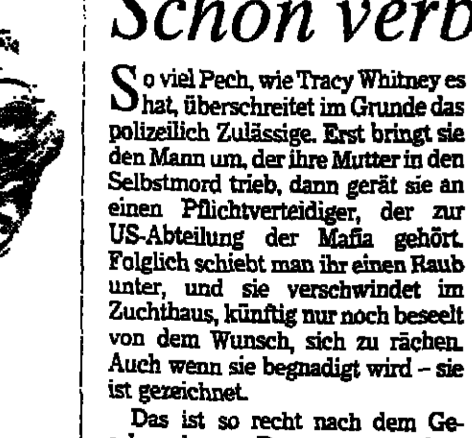
Bismarck hatte sich im Krieg gegen Österreich 1866 und im Krieg 1870/71 gegen Frankreich an dieses Prinzip gehalten – mit Ausnahme der Einverleibung großer Teile Elsaß-Lothringens. Ein gefestigter Friede sollte am Ende des Krieges stehen.

Die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation (unconditional surrender) Deutschlands (Casablanca-Konferenz Roosevelts und Churchills 1943) widersprach diesem Prinzip. Die Forderung entfesselte den totalen Krieg.

● Clausewitz schließt das Kriegsziel der totalen Niederwerfung des Gegners nicht aus. Aber die Vernichtung der feindlichen Streitmacht und ihrer Grundlagen hängt von der Natur und den Zielsetzungen des Feindes ab. Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang der „totale Widerstand" gegen einen eingedrungenen Feind, der zu einem (methodisch und zeitlich) unbegrenzten Volkskrieg führen kann.

Auch auf diesem Gebiet bewies Clausewitz geniale Weitsicht: Seine Lehre vom Volkskrieg wurde zur Grundlage des modernen Guerrilla-Krieges: Danach ist der Krieg im Inneren des Landes gegen den Feind zu führen und darf nicht durch einen einzigen großen Schlag des Gegners erdrückt werden.

Der Kriegsschauplatz soll sehr ausgedehnt sein. Erforderlich ist eine auswärtige Anlehnungsmacht, die dem Volkskrieg die notwendige materielle und politische Unterstützung gewährt. Der Volkskrieg muß mit der allgemeinen Strategie und mit den Interessen der Bevölkerung eng verbunden sein. Clausewitz hatte den Aufstandskrieg in der Vendée, im spanischen Volkskrieg 1808–1814, im Tiroler Volkskrieg von 1809 und während des napoleonischen Rußlandsfeldzuges 1812 zum Teil selbst beobachtet. Die preußischen Reformer brachten die Idee der Guerrilla-Krieges auch im Landsturm-Edikt vom April 1813 zum Ausdruck.



„Wie Denken die Welt bestimmt. Clausewitz im Atomzeitalter" – im ZDF um 22.05 Uhr. Unser Bild zeigt die Clausewitz-Büste in der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg FOTO: KEYSTONE

Der Partisanenkrieg der gegen die Deutschen im Zweiten Weltkrieg besonders in Sowjetrußland und im Balkan entsprach diesem Muster. Den größten Erfolg mit dieser Kriegsart erzielte Mao Zedong von 1934 (Beginn des langen Marsches) bis 1949 im Kampf gegen die Japaner und die Truppen Chiang Kai-Sheks. Mao hat sich mit dem „Krieg der Schwächeren" eingehend theoretisch beschäftigt, kannte Clausewitz aber nur bruchstückweise aus Übersetzungen aus dem Russischen.

Clausewitz hat die strategischen und taktischen Überlegungen seiner Nachzeit stark beeinflußt, unter anderem dem preußischen Generalstab, Ludendorff und Seeckt; er beschäftigte Marx, Engels und Lenin; er beeinflußte das französische und angelsächsische strategische Denken sowie Stalins Kriegsführung. Adolf Hitler kannte die Grundideen von Clausewitz, hatte den preußischen Kriegsphilosophen aber nie systematisch studiert.

HERBERT KREMP

Schön verbrecherische Oberklasse

So viel Pech, wie Tracy Whitney es hat, überschreitet im Grunde das polizeilich Zulässige. Erst bringt sie den Mann um, der ihre Mutter in den Selbstmord trieb, dann gerät sie an einen Pflichtverteidiger, der zur US-Abteilung der Mafia gehört. Folglich schiebt man ihr einen Raub unter, und sie verschwindet im Zuchthaus, künftig nur noch beseelt von dem Wunsch, sich zu rächen. Auch wenn sie begnadigt wird – sie ist gezeichnet.

Das ist so recht nach dem Geschmack von Romanautoren. Sidney Sheldon schrieb „Rache ist ein süßes Wort", Carmen Culver entwickelte daraus das Drehbuch für den Film von Jerry London, den das ZDF seit Samstag serviert, als „romantischen Dreiteiler über eine Meisterdiebin".

Denn das gilt überall: Wer aus dem Knast kommt, hat gar keine andere Wahl. Aber siehe da, dieser Dreiteiler beginnt als eine spannende Geschichte, zumal es einen echten Ganoven gibt. Den kapert sich eine Louise, den „Upper Ten" zugehörig. Aber da kommt dieser Daniel vom Regen in die Traufe: Was in jenen Kreisen so gegaunert wird, das kann man sich in der Unterwelt kaum vorstellen. Man sieht leicht, wie es weitergeht: Irgendwann müssen sich die Wege von Daniel und Tracy kreuzen. In der letzten Einstellung des ersten Teils ist sie ja soeben verhaftet worden, nach dem Einbruch in einen Schmuck-Tresor, im Dienste eines Juweliers.

Rache ist ein süßes Wort (2) – im ZDF um 19.30 Uhr

Man sieht: der Begriff der Kolportage muß neu bestimmt werden. Waren die „Upper Ten" bei der Marlitt und bei Hedwig Courths-Mahler ein geradezu idealer und deshalb durchaus erstrebenswerter Stand, so gelten sie seit einigen Jahren als Versammlung von Missetätern. So verwundert es denn nicht, daß die Mitglieder der höheren Gesellschaft nach dem Muster der „Dallas"-Ewings gestrickt sind – so wie das Geschick der Tracy Whitney bisher der Spur folgt, die Hans Fallada in „Wer einmal aus dem Blechnapf frißt" gelegt hat.

Daß es sich bei Sheldons Roman wie bei Londons Fernsehfilm um Kolportage handele, ist nicht schwer zu beweisen. Man sieht es allein an den Unwahrscheinlichkeiten, mit denen Tracy das Syndikat in New Orleans zur Strecke gebracht haben soll. Aber wie so oft: Dafür hat der bestechend fotografierte Film in Madolyn Smith (Tracy) und in C. C. H. Pounder (Ernestine) so brillante Darsteller, daß man den heutigen zweiten Teil nur mit Mühe erwarten kann.

KATHRIN BERGMANN



ARD

9.45 Ratgeber: Touristik
10.00 Tagesschau
10.05 Kir Royal
4. Adieu Claire

13.20 Lieder – Rhythmen – Melodien
Musik zur Weihnachtszeit
14.20 Julia und der Rentenkavalier
Sahnetorte für Opa
14.25 Flitterwochen mit Hindernissen
Amerikanischer Spielfilm (1942)
Regie: Norman Foster
15.50 Tagesschau
16.00 Die Sklavin Isaura (17)
16.25 Wie im Leben (8)
Fünf verschiedene Geschichten
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Roncalli (5)
Sondervorstellung – Mit Inge Meysel, Günter Lamprecht, Günther-Maria Halmer
21.15 Frontstaat Zimbabwe
Beobachtungen im südlichen Afrika. Film von Ulrich Kienzle
21.45 Känguru
Spaß mit Hape Kerkeling
Mit Southside Johnny and the Jukes, Alphaville, Channel 5, Joe Cocker, Modern Talking, Isabell Varell und Frank Zander
22.30 Tagesthemen
23.00 Marlene Dietrich
Portrait eines Mythos
Von Maximilian Schell
0.30 Tagesschau
0.35 Nachtgedanken
Pablo Neruda: Faulheit



ZDF

11.05 Das Traumschiff
12.35 Umschau
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

13.25 Als Amerika nach Olympia kam (1)
Bericht über die ersten Olympischen Spiele der Neuzeit in Athen
14.15 Harold Lloyd: Der Autonarr
Amerikanischer Spielfilm (1920)
14.45 Toller Cranston
„Träume auf schwarzem Eis"
Revue mit André Gagnon, Salome Bey, Jojo Starbuck & Ken Shelley
15.40 Enorm in Form (4)
16.04 Altes Holzspielzeug
Film von Ivan Steiger
16.35 Katmandu
Film von R. H. und C. Materna
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Agentin mit Herz
Friede auf Erden. Serie
19.00 heute
19.30 Rache ist ein süßes Wort (2)
Fernsehfilm nach Sidney Sheldon
21.00 Ihr Weihnachtsprogramm
21.15 WISO
Spielzeug-Industrie. Brettspiele. Weihnachten beim Durchschnittsverdiener. Urlaubsanspruch für Teilzeitbeschäftigte
21.45 heute-journal
22.05 Wie Denken die Welt bestimmt
Clausewitz im Atomzeitalter
Ein Portrait in Spielszenen
22.35 Der Gladiator
Sowjetische Filmkomödie
23.55 heute

SAT 1

15.35 Indian River
Der Traum
16.00 Lassie
Lassies Weihnachtsgeschenk (1)
16.25 Die Waltons
Berufspläne
17.10 Mondbasis Alpha 1
Die Verwandlung
18.00 Cowboys, Sheriffs, Banditen
Amerikanische Westernserie
18.30 blick
18.45 Der Chef
200 000 Dollar
Amerikanische Krimiserie
19.30 Videothek
19.45 Balduin, der Geldschrankknacker
Franz.-it. Filmkomödie (1965)
Mit Louis de Funès
Regie: Jean Girault
21.20 Spielcasino
21.50 blick
22.15 TOP-Wirtschaftsreportage
Thema: Blumen für Deutschland – ein Milliardenmarkt
22.45 Mannix
Der lautlose Schrei
Amerikanische Krimiserie



1 Plus

19.00 K. u. k. Hofzuckerbäcker Demel
Film aus Wien von C. Rischert
19.45 Das internationale TV-Kochbuch
Kulinarisches aus Bayern
20.00 Tagesschau
20.15 Wiederholung aus Wimbledon
Finale Lendl – Becker
22.30 Leute
Talkshow aus dem Berliner Café Kranzler. Mit Elke Heidenreich, Gisela Marx und Wolfgang Menge



3sat

18.10 Tommy Tulpe
Edelweiß. Kinderserie
19.00 heute/Studio
19.30 Hitparade
Präsentiert von Viktor Worms
20.15 Oldtimer (1)
Motoren, Mode und Musik
Präsentiert von Rolf Wolter
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Wie klaut man eine Million?
Amerikanischer Spielfilm (1966)
Mit Audrey Hepburn



RTL plus

19.30 Street Hawk
Der beste Freund
Amerikanische Krimiserie
20.20 Filmvorschau
20.30 Der Mond von Omaha
Französischer Spielfilm (1984)
22.25 Bonnfetti
Talkrunde aus dem Bonner Contra-Kreis-Theater
Mit Evelyn Künneke und dem parlamentarischen Geschäftsführer der FDP, Thorsten Wolfgramm
Moderation: Geert Müller-Gerbes

III.

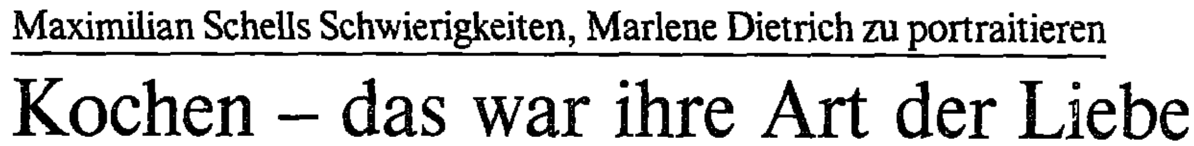
WEST
20.00 Tagesschau
20.15 Lindenstraße
Lydias Augen
20.45 Das himmlische Kind
Ein Portrait des Holzschnitzers Walter Habdank
21.30 Wenn die Fetzen fliegen
Zur Psychologie des Ehestreits
Von Ernst Klinnert
23.00 Hunger auf Realität (2)
Geschichte des III. Programms
Von Heinrich Breloer

NORD
18.00 Ach so
Natur und Technik für Kinder
18.30 Textiles Gestalten (8)
Strukturen und Objekte aus Stoff
19.00 Das Fahrrad (5)
Neue Konzepte
Film von Julius Leufen
19.45 Alte Ansichten
Östlich der Elbe
Frühling in Trakehnen
20.00 Tagesschau
20.15 Das Montagsthema
21.00 Jane (1)
Comic-Serie der BBC
21.15 Kopf um Kopf
Spiel um Wissenschaft mit Alexander von Cube und Werner Klein
22.15 Frau ohne Gewissen
Amerikanischer Spielfilm (1944)

HESSEN
20.00 Als die Grenze kam
Zwischen Hessen und Thüringen
Bericht von Bernd Hummel
20.45 Die Sprechstunde
Musiktherapie
21.30 Drei aktuell
21.45 Magnum
Ein Toter kehrt zurück
22.30 Notizen vom Nachbarn
Moskauer Vogelmärkte. Juden in Barcelona. Paris. Advent in Norwegen
23.15 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
19.30 Ohne Filter extra
Musik pur mit „Working Week"
20.15 Abenteuer Wissenschaft
Magazin
21.00 Aktuell/Neues
21.15 Hüben schaffen – drüben leben
Grenzgängergeschichten
Reportage von Hans M. Gust
21.45 Der gekaufte Ehemann
Fernsehspiel von Jörg Wilbrandt
Nach Emile Zolas „Nantas"
22.55 Jazz in Concert

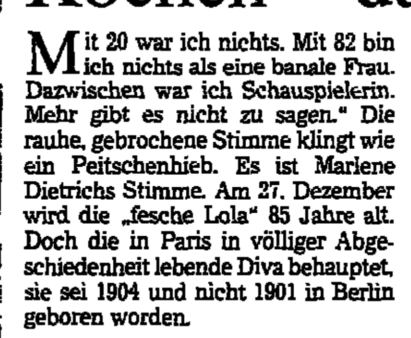
BAYERN
19.00 Rali
Bulgarischer Fernsehfilm
20.40 Alte Pinakothek
20.45 Unser islamisches Erbe
1. Der Garten der Gesundheit
Film von Horst Siebecke
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Magnum: Der Mordplan
23.30 Rundschau
23.35 Kaspa, der Löwenmann
Amerikanischer Spielfilm (1933)



Maximilian Schells Schwierigkeiten, Marlene Dietrich zu portraitieren

Kochen – das war ihre Art der Liebe

Marlene Dietrich, als sie sich noch filmen ließ FOTO: KINDERMANN



Mit 20 war ich nichts. Mit 82 bin ich nichts als eine banale Frau. Dazwischen war ich Schauspielerin. Mehr gibt es nicht zu sagen." Die rauhe, gebrochene Stimme klingt wie ein Peitschenhieb. Es ist Marlene Dietrichs Stimme. Am 27. Dezember wird die „fesche Lola" 85 Jahre alt. Doch die in Paris in völliger Abgeschiedenheit lebende Diva behauptet, sie sei 1904 und nicht 1901 in Berlin geboren worden.

Mit seinem Film machte Maximilian Schell vor vier Jahren den Versuch, der Legende des „blauen Engels" auf die Spur zu kommen. Zehn Tage war er in der Wohnung der Dietrich in der Avenue Montaigne. „Ich bin dabei durch eine Hölle gegangen", berichtete Schell. Nur zögernd willigte die Dietrich ein, ihm zu antworten: „Erinnerungen hänge ich nicht nach. Sentimentale Menschen sind dumm", polterte die preußische Offizierstochter. Die Zusage zu dem Interview gab Marlene nur unter der Bedingung, daß keine Filmaufnahmen von ihr gemacht werden. Schell, der 1961 in „Der Prozeß von Nürnberg" eine Szene mit der Dietrich gedreht hatte, hoffte, den einstigen Vamp umzustimmen. Er überhäufte sie mit Komplimenten und bat sie fast auf den Knien, ein paar Aufnahmen machen zu dürfen. Marlene: „Nein." Selbst der Toningenieur durfte ihr Gesicht nicht sehen.

„Dabei hat Marlene nicht den geringsten Grund, sich zu verbergen. Ihr Gesicht ist klar und rein. Sie schminkt sich nicht und hat es auch nicht nötig", behauptete Schell anschließend. Zunächst schien ihm Marlene lebhaft und voller Humor. Doch im Gespräch ließ sie ihn zappeln. „Die Filmerei interessierte mich nicht. Ich machte das, wie ich meinen Haushalt gemacht hätte", sagte der Star schnippisch. Ihre alten Filme schaue sie sich nie an. Vom „blauen Engel" wolle sie nichts hören und sehen: „Kitsch!"

Marlene Dietrich – ARD, 23 Uhr

Am dritten Tag warf Schell zunächst das Handtuch. „Sie machen sich über mich lustig", tobte er. Am nächsten Tag rief sie ihn an. „Ich erwarte Sie um 15 Uhr." Nach einem Donnerwetter, das Schell wegen seiner Unhöflichkeit über sich ergehen lassen mußte, gab die Dietrich dann ein paar Dinge preis: Ihre Kindheit empfinde sie als banal. „Meine Mutter verwöhnte mich nie mit Süßigkeiten. So behielt ich gute Zähne."

Ihr Geburtshaus in Berlin habe sie nach dem Krieg nie aufgesucht. „Das ist mir ganz egal. Ich kenne nicht einmal die Adresse", meinte sie schnoddrig. Josef Sternberg, der sie nach Hollywood holte und ihr zu Welterfolgen verhalf, bezeichnete sie distanziert als „den Sternberg". Fritz Lang haßte sie. „Er war ein Diktator." Immerhin gab sie zu, daß sie Jean Gabin geliebt hat.

Doch sie sagte: „Sexualität hat mich nicht interessiert. Man muß sich wohl der körperlichen Liebe hingeben, sonst verlassen einen die Männer." Marlene kochte lieber für die Männer. Am liebsten kochte sie für Hemingway. „Das war rein platonisch. Wir schrieben uns viel. Seine Briefe bewahre ich in New York."

Schließlich fragte Schell, ob sie Angst vor dem Tode habe. „Nein", antwortete Marlene. „Angst muß man vor dem Leben haben, nicht vor dem Tod." Einmal allerdings verlor der Star doch die Fassung. Marlene weinte, ihre Stimme brach, als sie ein altes Berliner Gedicht zitierte.

CONSTANCE KNITTER

Pankraz, Abdallah und das Zuhausebleiben

In einer sehr interessanten Betrachtung über Religionsgespräche der Weltliteratur, die das Dezemberheft der „Akzente" veröffentlicht, kommt Hans Blumenberg u. a. auf eine Anekdote zu sprechen, die von Mohammed überliefert ist. Dieser predigte während eines Gastmahls seinem Gastgeber Abdallah ibn Ubai aus dem Koran und verkündete ihm die neue Lehre. Abdallah jedoch blieb gelassen und sagte: „Es gibt nichts Schöneres, als was du da erzählst, vorausgesetzt, daß es wahr ist. Setz dich deshalb in deinem Hause hin, und wenn einer zu dir kommt, dann erzähl es ihm! Aber den, der nicht zu dir kommt, brauchst du nicht damit zu belästigen."

Blumenberg kommentiert das leider ziemlich kurzschlüssig. „Selbst die Wahrheit würde nicht rechtfertigen, zu denen zu gehen, die nicht von selbst gekommen sind", schreibt er. „Warum sollte es nicht solche geben, die sie nicht hören wollen? Sollte man sie behelligen, indem man sein Haus verläßt und ihres heimsucht?" Das läuft im Grunde auf die etwas fade Höflichkeit des berühmten „small talk" hinaus. Man spricht auf Partys grundsätzlich nicht über Politik und Religion, um nicht in grundsätzliche Positionen zu geraten, die zum Sich-Echauffieren verführen und die Gastgeberin in Verlegenheit bringen.

Aber ist denn die Wahrheit eine Angelegenheit von Partys und von „small talk"? Hat sie nicht vielmehr mit Rettung zu tun, mit der Rettung des Ganzen wie mit der Rettung des einzelnen? Darf derjenige, der sich in ihrem Besitze glaubt, wirklich nicht zur Missionierung aufbrechen? Macht er sich nicht zum Sünder, wenn er einfach zu Hause sitzen bleibt und die anderen im Dunkel der Unwissenheit und der Unerlöstheit verharren läßt?

Die Schöpfer der großen Weltreligionen hielt es bekanntlich nicht zu Hause. Christus war ein typischer Wanderprediger, Mohammed gar missionierte mit Feuer und Schwert, und noch der stationärste unter ihnen, Gautama Buddha, nannte die missionierende Lehre eine „edle Arznei, die alles Leid und alle bösen Dinge heraustreibt". Ungebrochen herrschte das Pathos der aktiven Bekehrung, das dann ja auch gewaltige Veränderungskräfte freigesetzt hat. Ohne religionsstiftende „Hausbesuche", ohne Heidenmission, Kreuzzug und Heiligen Krieg wäre die moderne Welt nie entstanden. Die „Bekehrung" trieb ganze Völkerschaften auf Wanderschaft, unterwarf ganze Kontinente einem einheitlichen Willen, schrieb die politische Landkarte alle Jahrhunderte völlig neu.

Auch heute missioniert der Islam erfolgreich in Afrika und Asien, wobei neben das Schwert die überzeugungskräftige Sprache der Ölmilliarden getreten ist, und weltliche Lehren wie der Marxismus-Leninismus zwingen tagtäglich unzählige Menschen zum Besuch von Grundkursen und Agitationsmeetings, auf denen sie sich mit Bekehrungsformeln berieseln lassen müssen. Lediglich dem liberalen Westen ist die *Mission verdächtig geworden*. Seine Bürger werden schon ärgerlich, wenn sie hin und wieder von Zeugen Jehovas herausgeklingelt werden, und seine christlichen „Missionare" wagen *kaum noch*, von der Lehre zu künden, machen sich lieber als Sanitätshelfer oder Waffenbeschaffer autochthoner Animisten nützlich.

Da drängt es Pankraz wieder einmal zu der Mahnung, man möge die Dinge doch nicht zu weit treiben. Sicherlich ist es eine nicht zu unterschätzende westliche Errungenschaft, daß man einen Anspruch darauf hat, von Proselytenmachern in Ruhe gelassen und nicht selbst zum Proselytenmachen verdonnert zu werden. Dennoch wirkt es ein wenig lächerlich, wenn sich dieselben Leute, die auf religiöse Hausmission fast hysterisch reagieren, via Fernsehen und Illustrierte jeden Tag mit aggressiver Werbung für *Markenartikel und mit banalen politischen* Wahlkampfphrasen überschütten lassen. Was man sich von Jesus nicht mehr gefallen läßt, läßt man sich von Persil oder F.D.P. allemal gefallen. Dieser Widerspruch offenbart, daß es weniger um Liberalität geht als vielmehr um Gleichgültigkeit. Der Sinn für die Wichtigkeit letzter, religiöser Fragen ist geschwunden.

Er läßt sich freilich nicht wieder schärfen, indem die Inhaber der Lehre sich in ihren eigenen Häusern kleinmütig abschließen. Im Gegenteil müssen sie dafür sorgen, daß ihre Häuser einen Glanz ausstrahlen, der andere fasziniert und heranholt. Das ist ja überhaupt immer *die beste Mission gewesen*, die andere nicht in deren Haus „behelligt", sondern sie daraus hervorlockt und ins Haus des Lehrenden zieht. Buddha predigte unter einem Banyanbaum mit mächtig ausgreifendem Geäst, und seine Anhänger fanden sich wie von allein ein. Und auch bei Jesus überwiegt die Rhetorik des „Kommet her zu mir, die ihr mühselig und beladen seid"; sie ist dem „Gehet hin in alle Welt" eindeutig übergeordnet.

Jesus wird zwar „unterwegs" geboren, aber der Stall als provisorisches Geburtshaus verwandelt sich sofort in eine Stätte der Begegnung und des Ankommens, in einen Magneten von phänomenaler Anziehungskraft, um den sich Irdische wie Himmlische gruppieren und von dem Könige aus allen Enden der Welt herbeigezogen werden. Dasselbe wiederholt sich in der Kreuzigungsszene: Das Kreuz ist Durchgangstation auf dem Weg zur Erlösung und dennoch unübersehbarer Zentral- und Haltepunkt, um den sich abermals die Völker und Engel gruppieren. Nicht zufällig beschäftigt sich die christliche Bildkunst fast exklusiv mit diesen beiden Ankunftsstationen; peripathetische Wanderszenen kann man mit der Lupe suchen.

Wie sagte Abdallah ibn Ubai in Blumenbergs Mohammed-Anektode? „Es gibt nichts Schöneres, als was du da erzählst, wenn es wahr ist ... aber bleib zu Hause!" Als wahrhaft Weiser hätte er hinzufügen können: „Denn das Licht der Wahrheit *kann* gar nicht zu Hause bleiben, und sofern du wahr sprichst, werden die anderen ohnehin zu dir kommen."

Pankraz

Opernpremieren zum Fest: „Turandot" in Berlin; „Rigoletto" in Hamburg

Hier siegt Kandinsky über Maestro Puccini

Vielleicht stand ein Irrtum am Anfang, und die Deutsche Oper Berlin wollte „Wozzeck" spielen, „Die Rastelbinder" oder eine andere Kärglichkeit. Unversehens aber ist dem Hausherrn und Regisseur Götz Friedrich wie seinem Bühnenbildner Peter Sykora Puccinis „Turandot" daraus geworden. Wir armen Leut'!

Friedrichs und Sykoras „Turandot" ist von Anfang griesgrämig. Sie will keine Puccinifreude aufkommen lassen – und eine richtige Theaterfreude schon gar nicht. Die Inszenierung steckt vorsätzlich den Kopf in den Ascheneimer. Sie durchläuft das an sich doch prunkende, musikalisch dahergleißende Stück wie eine freudlose Gasse. Sykoras Bühnenbild sieht aus, als habe die chinesische Prinzessin Kandinskys „Punkt und Linie zu Fläche" studiert, ein paar Pinselkleckse darauf gemacht und Gebäudeschachteln für die armen, grauen Chinesen errichtet, die fortgesetzt in ihre Mauselöcher gepeitscht oder aus ihnen herausgeprügelt werden.

Turandot erscheint zunächst wie ein Götzenbild unter goldener Maske, diamantenumglitzert, hoch über den Sterblichen. Später, wenn sie die Maske abhebt, steht Linda Kelm da und singt. Sie tut das laut und rechtschaffen, sie beachtet jede musikalische Vorschrift, eine Musterschülerin von Prinzessin. Sie singt laut und ist brav! Eine eher behäbige, doch furchtlose Sängerin. Ihre Stimme schafft mühelos und durchdringend alle Strapazen der vertrackten Partie. Aber eine regierende Stimme in Puccinis Opernchina besitzt Linda Kelm nicht. Man zollt ihr Respekt, Bewunderung weniger.

Majestätische Inszenierungshilfen werden ihr überdies strikt verweigert. Wenn es an die triumphierende Schlußapotheose geht und der schwarze Vorhang im Hintergrund sich allmählich hebt, erstrahlt kein tausendstimmiges Peking. Der Chor ist hinter eine weiße Leinwand verbannt und singt kaum noch hörbar aus der Ferne herein.

Turandot und ihr Prinz sind von aller Welt alleingelassen, und dies nur, um zu demonstrieren, daß sich in diesem Augenblick, fern allen Prunkes, nur zwei schlichte Menschen gefunden haben jenseits allen Prunkes, jenseits allen Prinzen- und Prinzessinnentums. Zwei kleine Teppiche, dem chinesischen sozialen Wohnungsbau angemessen, ebnen den Liebenden denn auch den Einzug in den Kaiserpalast.

Musikalisch sieht die Sache weit besser aus. Marcus Creed hat die Chöre einstudiert, und die singen herrlich aus vollen Lungen. Aber Jesus Lopez Cobos schenkt ihnen auch nichts. Er läßt „Turandot" spielen, als wenn sie von A bis Z von Franco Alfano wäre, nur daß Puccini dessen „Turandot" kein Finale ankomponiert hat.

Lopez Cobos legt sich mächtig ins Zeug. Das Orchester geht schwer gewappnet unter seiner fordernden Hand. Es spielt markig, genau, voller Hingabe. Aber die Originalität der Partitur stäubt nicht auf. Selbst die Commedia dell'arte-Szenen der umtriebigen Minister klingen eher massiv, *so sehr sich Peter Maus, William* Pell und Barry McDaniel auch um Nuancen bemühen. Sie scheinen aus Sezuan, in dem Bertold Brecht lange regierte, in Puccinis Peking hineingeschneit. Sie räkeln sich in ihren Managersesseln über den geduckten Köpfen der Massen. Ein Spiel treiben sie nicht. Sie übersingen sozusagen die Umbaupause.

Nur wenn dann umgebaut ist, wird es auch nicht viel prächtiger. Die dekorative Wirrnis bleibt, durch die Friedrichs Inszenierung eher hindurchstolpert als sich wenigstens in der Sängerführung künstlerisch bemerkbar zu machen. Nichts als die herkömmlichen Standardgesten hat Friedrich der Prinzessin und ihrem Prinzen in wochenlangen Proben offenbar abgetrotzt. Wenn gar nicht inszeniert worden wäre am Kaiserhof, es liefe wahrscheinlich auf dasselbe hinaus.

Den höchsten Beifall ersingen sich Ilona Tokody als Liu und Martti Talvela, der die kleine Partie des Timur mit großer Baßwürde vorträgt. Die Tokody in der anderen mitleidheischenden Rolle zeichnet mit intelligentem Singen das nicht nur gefühlstiefe, sondern offensichtlich auch verstandesheile Mädchen nach. Talvela wie Tokody sahen sich am Schluß demonstrativ gegenüber den Stars ausgezeichnet.



Götzenbild unter goldener Maske: Linda Kelm als „Turandot"
FOTO: STORY PRESS

Dabei besitzt Ermanno Mauro einen kräftigen, sorgfältig kontrollierten Tenor großen Kalibers, der zuverlässig über die Tonfluten klingt, die Lopez Cobos entfesselt. Außerdem versucht Mauro, Stimme und Vortrag gefällig zu halten. Schon das nimmt für ihn ein. Linda Kelm ist auf diese an sich naheliegende Idee dagegen noch nicht gekommen. Auffallend jedoch, wie gelassen, geradlinig und klangschön Peter Gougaloff die Zeilen des Kaisers singt.

Am Schluß stand Betroffenheit. Der Überzeugungsjubel blieb aus. Als sich Friedrich und Sykora zeigten, versagte dem Publikum sogar die sprichwörtliche chinesische Höflichkeit. KLAUS GEITEL

Weitere Aufführungen: 22., 26., 29. 12., 1., 5., 8. 1.; Karteninformation: 030 / 341 44 49

Der Hofnarr, der kein Narr sein wollte

So etwas soll den Hanseaten erst einmal einer nachmachen: eine Opern-Premiere zu lancieren, bei der der erste Regisseur nicht ein einziges Mal in Erscheinung tritt, weil er dem Dirigenten angeblich nicht paßte, der zweite mitsamt seinem Bühnenbildner vom aufgebrachten Star-Bariton ausgebootet wird und der dritte die Uralt-Arbeit eines vierten so unsäglich triste nachstellt, daß man am besten gar nicht mehr hinsieht.

Ja, es ist vom Hamburger „Rigoletto" die Rede, jener Krisen-Produktion, die zum musik-theatralischen Höhepunkt einer Staatsopern-Saison hatte werden sollen, die ohnehin durch die Spätfolgen eines Obermaschinerie-Unfalls schon schlimm genug auf konzertante Schmalspur gesetzt gewesen war.

Aber die Proben hatten kaum begonnen, da drang bereits schlimme Kunde aus dem Haus am Dammtor,



Leo Nucci und Lucia Aliberti in der Hamburger „Rigoletto"-Premiere
FOTO: DPA

in dem Rolf Liebermann denkt, aber der Gott des Mißgeschicks lenkt. Leo Nucci, Italiens Bariton-As, wollte sich als Rigoletto um keinen Preis der Welt zum Narren machen und in einen Käfig sperren lassen, in dem Johannes Schaaf, der intelligente Salzburger „Capriccio"-Schöpfer, Gilda einzufangen gedachte als Symbol männlicher Besitzansprüche.

Sänger-Revolte also ob eines inszenatorischen Effekts, der Verdis Tragödie eigenwillig herauszuholen gedachte aus dem Dunstkreis lähmender Theater-Traditionen. Denn, so durfte Schaaf dann wenigstens im „Staatsopern-Journal" argumentieren, unsere Ideen- und Empfindungswelten hätten sich so radikal geändert, daß für das Musiktheater neue Bilder jenseits der verwahrlosten Floskeln gefunden werden müßten.

Ach je, neue Bilder! Was an diesem *schneeregen-verdüsterten Abend in* der Hamburgischen Staatsoper zu Premieren-Höchstpreisen präsentiert wurde, war die trostloseste Fassaden-Welt, die man je im „Rigoletto" sah: Ein aus dem Jahr 1979 stammendes Bühnen-Standbild Ezio Frigerios, das man ebenso wie Gilbert Deflos Inszenierungs-Entwurf wie eine Ladung ausgetrockneter Lebkuchen aus Nürnberg in den Norden gekarrt hatte und das denn auch in jeder Beziehung zu klein geraten war. Da hätten selbst die Meistersinger von Nürnberg aufgeschrieen, hätte man sie in ein derart finsteres und ödes Ambiente verfrachtet, das den Mord an Gilda gar in eine zertrümmerte Fabrikhalle verlegt.

Rigoletto alias Leo Nucci, den Titel-Verteidiger, schien der Bühnen-Notstand freilich nicht im Geringsten anzufechten. Die Bravo-Rufe seiner Fans im Ohr, die ihn in öffentlichen Brief-Sendungen zu seinem Triumph über die schlimme Regisseurs-Diktatur beglückwünscht hatten, lief er, der sich offenbar mit seiner eigenen unvollendeten Bewegungs-Regie für Verdis wahren Sachwalter hielt, stimmlich zu glänzendster Form auf. Eingespannt zwischen die Pole des Peinigers und des Gepeinigten, ließ er die psychischen Qualen, ließ er Zorn, Rache und Zärtlichkeit des genarrten Vaters in imponierenden vokalen Attacken Niederschlag finden, beschwor er Pathos und Grauen in bewegender Deklamation.

Doch was wäre Nucci in dieser heiklen Bühnen-Affäre ohne Giuseppe Sinopoli gewesen, der ihn von Anfang an im Macht-Spiel gestützt hatte, so daß böse Zungen sogar von einer italienischen Mafia sprachen, und der nun vom Orchestergraben aus jene unverwechselbar emotionsgeladenen und höchst subtilen Impulse gab, die dieser Premiere musikalisch denn doch außergewöhnlichen Anstrich gaben. Sinopoli wußte „Rigoletto" in seinem großartigen Ausmaß an Schrecken und Erhabenheit mit unerbittlicher Präzision und strenger und dramaturgisch schlüssiger Energie aufzuladen, die untergründige Spannung selbst dann noch gewährleistete, wenn ausgesprochen breite Tempi die Szenen beinahe auseinanderzureißen drohten.

Dieser resolute und doch so sensible Italiener versteht es, mit feinem Gespür für kammermusikalische Nuancen Stimmen und Instrumentalfarben, die bei anderen im Einheitsbrei untergehen, mit Emphase herauszupräparieren. Das gab dem Spiel des Philharmonischen Staatsorchesters delikates Profil. Und dürfte außerdem Balsam gewesen sein für eine so bemerkenswerte Sängerin wie Lucia Aliberti, die die Gilda ganz ohne heroinenhaftes oder gar weinerliches Auftrumpfen allein durch die Macht ihrer subtil geführten Stimme und einer anrührenden Empfindsamkeit und Noblesse glaubhaft zu machen verstand.

Als Herzog ihr zur Seite, da der von einem Infekt heimgesuchte Neil Shicoff bei den Proben mit Sinopoli aneinandergeraten war, weil er offenbar nicht hatte aussingen wollen: der über Nacht aus Chicago herbeitelefonierte Franco Bonisolli. Der nutzte – wie erwartet – die Hamburger Verhältnisse zu hartnäckiger Zurschaustellung seiner selbst und seines Schmelz-Tenors. Musik-Theater, auch das. Bejubelt und leicht umbuht. KLÄRE WARNECKE

Weitere Aufführungen: 23., 26., 29. 12., 3. 1; Karteninformation: 040 / 35 15 55

JOURNAL

B. K. Tragelehn verläßt Bochums Schauspielhaus

dpa, Bochum

Nach nur fünfmonatiger Tätigkeit als Oberspielleiter des Bochumer Schauspielhauses verläßt B. K. Tragelehn am Jahresende das Theater. Er scheide auf eigenen Wunsch vorzeitig aus, teilte ein Sprecher der Bühne mit. Gründe wurden nicht genannt. Der Ostberliner Regisseur, der auch heute noch zeitweise in der „DDR" arbeitet, hatte in Bochum einen Dreijahresvertrag unterzeichnet, dessen Laufzeit im August begann.

Ist „Römische Kopie" ein griechisches Original?

dpa, Rom

Ein bislang als römische Kopie betrachtetes zwei Meter hohes Bronzepferd in den Kapitolinischen Museen von Rom ist allem Anschein nach eine griechische Originalarbeit aus dem fünften Jahrhundert vor Christus. Das Pferd war 1849 in einem römischen Haus in der Nähe der Tiber-Insel gefunden worden. Zweifel an der römischen Herkunft des 400 Kilogramm schweren Werkes waren erstmals 1980 aufgekommen, als die Reiterstatue anläßlich einer Ausstellung gereinigt wurde. Dabei hatten Experten den Eindruck, daß die Gußtechnik nicht römisch, sondern griechisch sei. Spätere Analysen des Materials bestätigten diesen Verdacht.

Dortmund zeigt Werke von Kirchner

dpa, Dortmund

Ernst Ludwig Kirchner, Mitbegründer der Dresdner Expressionistengruppe „Brücke", hat als Ertrag eines fruchtbaren Künstlerlebens rund 20 000 Zeichnungen hinterlassen. Mit knapp 80 Arbeiten auf Papier, Zeichnungen, Pastellen, Aquarellen und einigen Ölbildern stellt das Dortmunder Museum am Ostwall bis zum 15. Februar den Künstler mit seinen wichtigsten Stilwandlungen und Motiven vor. Die zwischen 1909 und der Mitte der 30er Jahre entstandenen Werke sind Leihgaben aus Museen der Bundesrepublik und verschiedenen Privatsammlungen.

Das erste nationale „DDR"-Theaterfestival

dpa, Berlin

Am ersten „Nationalen Theaterfestival" der „DDR" vom 24. Januar bis zum 1. Februar werden 26 Bühnen mit 43 Inszenierungen aus allen Sparten beteiligt sein. Davon kommen allen 21 Aufführungen von Ost-Berliner Bühnen, vorwiegend aus dem laufenden Repertoire. Entgegen der ursprünglichen Ankündigung werden Volker Brauns „Nibelungen", die im Nationaltheater Weimar uraufgeführt wurden, wegen technischer Schwierigkeiten nicht in das Festival-Programm aufgenommen, sondern auf April verschoben. Das Festival soll künftig alle zwei Jahre stattfinden.

Braunschweig richtet Filmdatenbank ein

DW. Braunschweig

An der Hochschule für Bildende Künste in Braunschweig entsteht eine Filmdatenbank. An dem Projekt beteiligen sich zur Zeit über vierzig deutsche Hochschulen, Bibliotheken und Archive. Das System will neben Spiel- und Dokumentarfilmen auch Lehrfilme und – im weitesten Sinne – Filmliteratur erfassen.

Forscher empfehlen Archäologie-Parks

dpa, Köln

Die Einrichtung archäologischer Nationalparks in der Bundesrepublik hat der Verband der Landesarchäologen vorgeschlagen. Bis Mitte Januar 1987 will der Verband, in dem die Chefs der archäologischen Denkmalämter zusammengeschlossen sind, der Kulturabteilung des Bundesinnenministeriums aus jedem Bundesland ein exemplarisches archäologisches Reservat melden, in dem sich siedlungsgeschichtliche Funde von der Urgeschichte bis zum Mittelalter erhalten *haben*.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Ein sehr umfangreiches Thema hat sich Alfred Schickel vorgenommen: „Die Deutschen und ihre slawischen Nachbarn". Diese Materialien *zur Ostkunde umfassen* ausschließlich das 20. Jahrhundert, doch man kann dem Autor den Vorwurf der Oberflächlichkeit nicht ersparen, denn dieses Thema erschöpfend auf nur 123 Seiten abzuhandeln, war wohl nicht möglich. In dem Buch sind auch Kurzbiographien von Politikern enthalten, darunter sechs Zeilen über Hitler, die so enden: „... führte nacheinander Deutschland in Feindschaft zur ČSSR, Polen und der Sowjetunion. Geboren 1889, gestorben 1945". Bo.

Alfred Schickel: „Die Deutschen und ihre slawischen Nachbarn", Ullstein, 123 S., 12,80 Mark.

Bilder, die zum Nachsinnen einladen: St. Gallen zeigt das Werk Mark Tobeys

Lichtpunkte glitzern in tiefer Nacht

Als 1966 in Bern zum ersten Male in einer großen Ausstellung die abstrakte amerikanische Malerei in ihrer Gesamtheit dem europäischen Publikum vorgestellt wurde, fiel Mark Tobey durch Feinheit und Intimität auf. Darin unterschied er sich von seinen Künstlergenossen. Gegenüber der Vehemenz und den gewalttätigen Effekten etwa eines Jackson Pollock trat Tobey eigentümlich zurück.

Unvergeßlich jedoch blieb die Bannkraft einiger großer Bilder. Dazu sind beispielsweise die „Multiple windows" zu rechnen. Hier sieht man *unzählige* Lichtpunkte aus einer tiefen nächtigen Fläche aufschimmernd, als blicke man aus einem Flugzeug hinunter auf eine abendliche Stadt.

Dies Bild gehört auch jetzt wieder zu den hervorragendsten Stücken einer 60 Öl- und Tempera-Bilder, Gouachen, Aquarelle, Tuschblätter und Zeichnungen umfassenden Ausstellung, *mit der die* St. Galler „Galerie Im Erker" den großen Maler wieder in unser Bewußtsein zurückholt, aus dem ihn – seit seinem Tode vor zehn Jahren – mancherlei Modisches verdrängte. Das hatte Tobey nicht verdient. Denn unter den ungegenständlichen Malern der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts nimmt er einen bedeutenden, ja unverwechselbaren Platz *ein*, was die St. Galler Ausstellung jetzt wieder deutlich vor Augen führt.

Die Werke Tobeys sind durch Bewegtheit und Plastizität gekennzeichnet. Indem sie nicht von Dingen „abstrahieren", sondern ein Geschehen, eine Spannung oder eine Beziehung anschaulich machen, stellen sie sich dem Betrachter nicht gegenüber, sondern nehmen ihn in ihr Geschehen mit auf. Selbst Bilder, die so besonders geglückt erscheinen, wie die „Weißen Steine" oder der „Alte Teich", *sind gleichsam nur zur Ruhe* gekommene Vorgänge – ein locker gefügtes Daliegen oder ein gestilltes, algendurchwachsenes Strömen. Nicht zuletzt kenntlich daran, daß es keine zentral bestimmende Bildmitte gibt, sondern daß gleichsam in jedem Augenblick alles erneut in Bewegung geraten könnte.

Viele dieser Bilder wirken wie Blicke auf ein ständig sich vollziehendes Gewebe, zuweilen gröber und dann wieder von unendlicher Zartheit. Dabei kommt einem unwillkürlich Goethes schöner Vers in den Sinn – vom „Weben an der Gottheit lebendigem Kleid". Man braucht dabei nicht einmal zu wissen, daß dieser Maler ein tiefreligiöser Mensch gewesen ist.



Beeindruckt durch Feinheit und Intimität: „Frau" (ca. 1931) von Mark Tobey
FOTO: KATALOG

Wer sich ganz dem Anspruch der einzelnen Bilder öffnet, erfährt ihre Stimmung unmittelbar, ohne etwa ihre Titel literarisch nehmen zu müssen. Vom „Midsummer" geht die durchglühte Fülle eines Junitages aus; „Eastern splendour" verschenkt den goldenen Glanz des Ostens; „Western sky" läßt die windträchtige Unruhe eines westlichen Himmels ahnen.

Im Grunde – das kann nicht deutlich genug gesagt werden – sind alle diese Bilder meditativ und laden zum Nachsinnen ein. Ohne je Ostasiatisches nachzuahmen, merkt man ihnen doch an, wie viel Tobey an der Begegnung mit Fernöstlichem gelernt hat, wohl wissend, daß seine Kunst im Westen wurzelte und dort beheimatet bleiben mußte. (Bis 28. Februar 1987, Katalog 30 sfr.)

HEINRICH W. PETZET

Geklautes und erste Wehen – „Weihnachtstod" von Kroetz in München

Auf der Suche nach Pension Gerz

„Heute kann ich in München machen, was ich will", sagte Franz Xaver Kroetz neulich im Fernsehen. Dieses Eingeständnis einer absoluten Kunstfreiheit, die ja dem Lande je nach politischem Bedarf auch wieder abgesprochen wird, ließ manche gewiß nichts Fröhliches, Gnadenbringendes ahnen für die Uraufführung des neuen Kroetz: „Weihnachtstod", vom Autor auch Bayerisches Requiem genannt. Zumal offenbar keiner, einschließlich Kroetz, genau vorhersagen kann, wo Bayerns schreibender Geist gerade willens ist zu wehen. Hat er nicht erst neulich zugegeben: „Vor meiner Schreibmaschine graust mir schon zwei Jahre lang"? Und: „Ich habe das literarische Pferd niedergeritten, jetzt kommt mir das kalte Kotzen, wenn ich anfange, über Proleten zu schreiben." Aber er meint auch: „Ich bin ein altes Theaterpferd."

Daß er das wirklich ist, zeigte sich im Werkraum der Münchner Kammerspiele am Ende des anderthalbstündigen Spiels: Beim Verbeugen strahlte er so glücklich, wie es überhaupt nicht zum Trend seiner Gesamtproduktion paßt.

Es geht wieder einmal um das Standardthema „Wohnküchenmief". Kroetzens sogenanntes Requiem ist ein Volksstück, in dem der arbeitslose, computergeschädigte Lohnbuchhalter Erwin beim Schmücken des Christbaums das ganze oppositionelle Lamento-Programm herunterwettert. Der Friede auf Erden wird hier vor allem dadurch gestört, daß Erwin als Weihnachtspräsent für seine Frau Anni ein Armband (1256 Mark) gestohlen hat und es nun mit dem trotzigen Gefühl eines gerechten Finanzausgleichs überreicht.

Hat man erst den Eindruck, daß zumindest politisch dem Erwin die Sympathie des Autors gehört (Kroetz: „Ich habe es nicht verwunden, mit der Politik aufgehört zu haben"), so belastet er ihn plötzlich auf ein Klingelzeichen moralisch aufs schwerste. Denn draußen steht, mit dem unausweichlichen Anspruch der biblischen Geschichte, ein obdachloser Türke mit seiner Frau in den ersten Wehen.

Erwin tobt seinen ganzen Ausländerhaß gegen beide aus. Nur der Anni („Mein Mann nix Problem. Ich Chef") ist zu verdanken, daß wenigstens das Kind hier zur Welt kommen kann, bevor die Türken wieder rausgeekelt werden zur verzweifelten Weitersuche nach einer „Pension Gerz". (Der Name komme im Münchner Telefonbuch nicht vor, behauptet Erwin. Dabei steht er zehnmal drin. Und außerdem ist vielleicht doch „Herz" gemeint, das richtig auszusprechen ja nicht nur Türken zur Weihnachtszeit so schwerfällt.)

Ursprünglich ließ Kroetz die Türken ins Haus zurückholen, was ihm später vielleicht zu happy und nach all den Wutausbrüchen zu verlogen aussah. Jetzt wartet Anni nach ihrem ersten menschenfreundlichen Anfall hämisch darauf, daß sich Erwin, wie im Streit ums gestohlene Armband versprochen, mit Brennspiritus übergießt und verbrennt. Doch Erwin begnügt sich mit Symbolik: Er zündet, als sei nichts passiert, die erste Kerze am Weihnachtsbaum an. Aus.

Für diesen Weihnachtstod ist der ganze Werkraum freigemacht. Das Publikum sitzt im Rechteck an den Wänden. In den Ecken hat Karl Kneidl Wohnzimmer, Küche, Christbaumplatz und Telefonflur angedeutet – Franz Boehm und Enzi Fuchs haben also allerhand zu marschieren und zu rufen, um das Spiel gleichmäßig im Raum zu verteilen.

Die beiden sind ein bayerisches Dialektvergnügen, dank Kroetzens mundwarmer Silbenarbeit und seinem prima rhythmisierten musikalischen Schwung. Manchmal gehen sie aufeinander los wie mit verbalen Maschinengewehren der Bavaria, und es rattert, hämmert oder zielt im Einzelschuß auf den anderen: „Schbinna!", „Moandst?", „Sogsd du!" ...

Wenn Boehm zu seinen virtuosen Ausbrüchen ansetzt über Starfighter und Menschheit, Banken und Arbeitslosigkeit, Dieberei und Freiheit, imponiert vielleicht mehr diese losgelassene Sprechwut als der dahergeschimpfte Inhalt. Zumal der einem Nichtbayern erst übersetzt werden müßte. Auch nimmt das Mephistofelische in Boehm oft blitzartig überhand, schmilzt unversehens wieder dahin in Güte oder wird zum forschenden Abwarten. Wo er auch hinspielt, ist was los. Das befördert natürlich die stilisierte Renitenz von Enzi Fuchs, läßt ihre Anni keifen und pantoffelgemäß zetern.

Das Türkenpaar (Erdal Merdan, Sevgi Özdamar) fremdeln durchaus realistisch. Und daß zu allem weihnachtliche Harmonien aus den Recordern erklingen, gibt dem Spiel eine provozierende Schärfe aus dem Kontrast. Die wird wohl Kroetzens Hauptsorge bleiben, was immer er tut.

ARMIN EICHHOLZ

Frost, Eis und Schnee zum Winteranfang

Chaotische Zustände auf Straßen / Sieben Tote bei Unfällen

dpa, **Hamburg**

Pünktlich zum kalendarischen Winteranfang am heutigen Tag haben Frost, Eis und Schnee in ganz Mitteleuropa Einzug gehalten. Bei Hunderten von Unfällen auf teilweise spiegelglatten Straßen starben am Wochenende in der Bundesrepublik mindestens sieben Menschen, zahlreiche wurden zum Teil schwer verletzt. In den Mittelgebirgen und in den Alpen strömten nach Schneefällen die Wintersportler auf die Pisten.

Stundenlange Schneefälle in der Nacht zum Sonntag machten vor allem im nordrhein-westfälischen Bergland den Räumdiensten zu schaffen. Im Harz wurden 40 Zentimeter Schnee gemessen. In Sauerland, Taunus, Westerwald und Rhön wuchs die weiße Pracht bis zu 30, im Schwarzwald bis zu 40 Zentimeter. In den Alpen fanden die Wintersportler bei Schneehöhen von mehr als 50 Zentimetern gute Bedingungen vor. Die Zugspitze ist inzwischen mit einer 1,75 Meter hohen Schneeschicht bedeckt. In vielen Wintersportorten war zum ersten Mal in dieser Saison „Ski und Rodel möglich bis gut".

Durch Bayern quälte sich nach Beginn der Weihnachtsferien am Samstag eine weit über 200 Kilometer lange Autoschlange. Auf der spiegelglatten Autobahn Nürnberg–München geriet ein belgischer Reisebus mit 48 Insassen bei einem Ausweichmanöver ins Schleudern und stürzte auf einen Personenwagen. 23 Menschen wurden schwer und sechs weitere leicht verletzt. Die Autobahn war mehrere Stunden gesperrt.

Bereits zwischen Würzburg und Nürnberg kamen die Reisenden am Samstag nur schleppend vom Fleck, um 40 Kilometer vor München endgültig im Stau festzusitzen. Mit stündlich 1500 Fahrzeugen allein am Grenzübergang Walserberg bei Salzburg rollte die Ferienwelle nach und durch Österreich. Für Unfälle und liegengebliebene Autos machte die Polizei vor allem zu schnelles Fahren und Sommerreifen verantwortlich.

Hektisches Treiben herrschte am Düsseldorfer Flughafen, von dem aus die meisten Charter-Flieger in die Luft gehen. Alleine am Freitag abend waren von hier aus mehrere tausend Türken zu einem Weihnachtsurlaub in die Heimat gestartet. Hinzu gesellten sich Tausende von Sonnenhungrigen, die vor allem die südlichen Gefilde Spaniens, die Karibik und Nordafrika anstrebten.

Für die Weihnachtsfeiertage sagen die Meteorologen für ganz Deutschland „knorrige Kälte" voraus, weiße Pracht aber nur für die Mittelgebirge und die Alpen. Das Flachland werde wahrscheinlich nur mit einer dünnen Schneedecke überzogen. In den niedrig gelegenen Städten bleibt es grau. Die Polarluft, die Temperaturen bis zu minus 15 Grad bringen soll, kommt mit einer nördlichen Strömung zwischen einer Hochdruckbrücke über den britischen Inseln und Norwegen und einem Tief über dem Baltikum heran. Nach dem 25. Dezember soll vom Nordwesten her ein atlantischer Tiefausläufer die Bundesrepublik nach und nach wieder erwärmen.

Acht Millionen für die Uni, kein Pfennig für die Erben

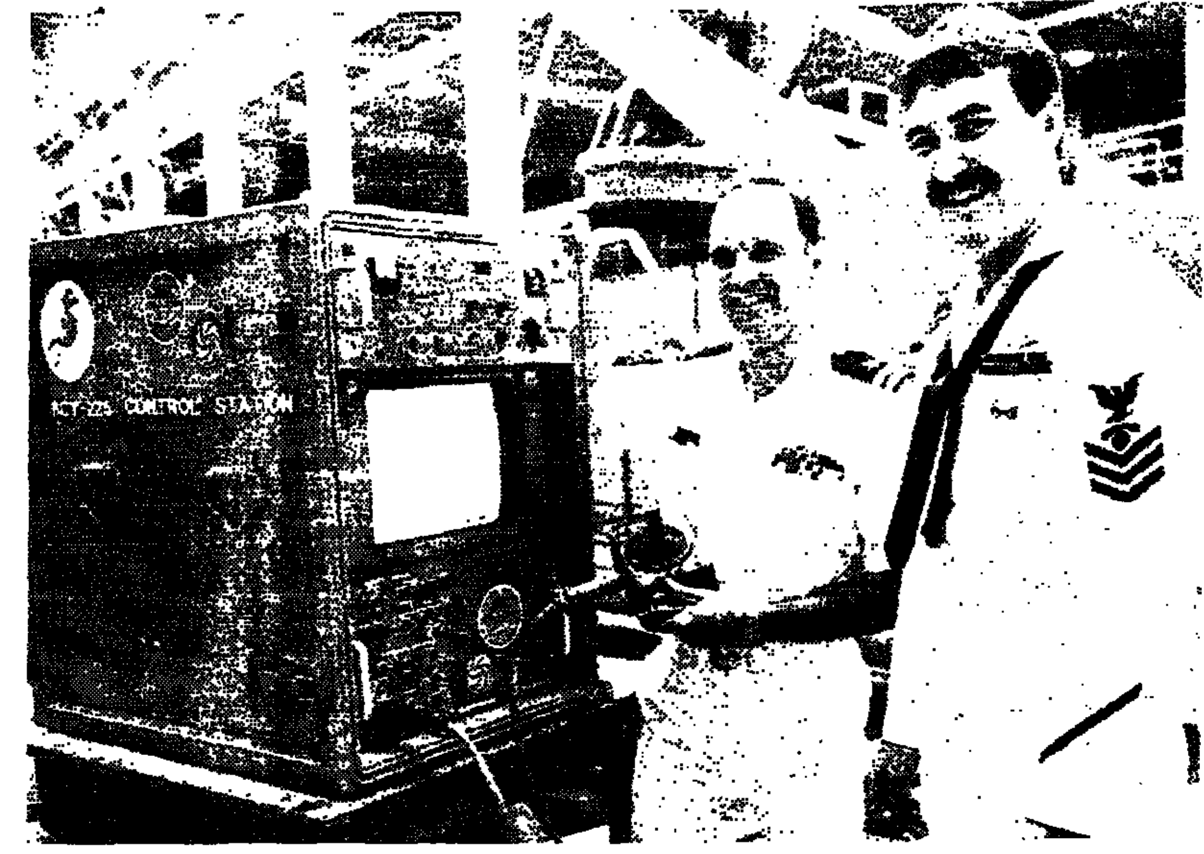
dpa, **Aachen**

Als die Millionärin – letztes Mitglied einer alteingesessenen Aachener Familie – im Alter von 74 Jahren starb, fand sich in ihrer Hinterlassenschaft kein Testament. Der mit der Nachlaßregelung beauftragte Aachener Wirtschaftsprüfer konnte daraufhin in Deutschland, Österreich, Ungarn, Jugoslawien und den USA 32 potentielle Erben auftreiben.

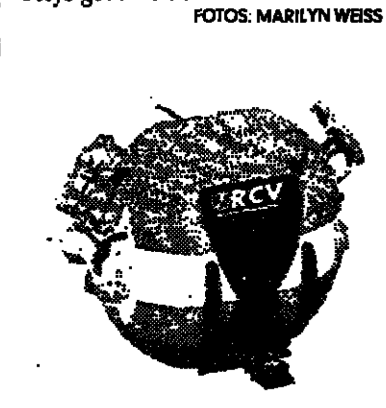
Dann stellte sich heraus, daß die Verblichene ihren letzten Willen doch zu Papier gebracht und die Medizinische Fakultät der Universität Leiden zur Alleinerbin bestimmt hatte. Die Urkunde kam bei einem Notar in Eupen (Belgien) zum Vorschein, wo die Verfasserin einen zweiten Wohnsitz hatte. Vergebens gingen die nunmehr enterbten „Erben" vor den Kadi. In dritter Instanz entschwand ihnen die erträumte Habe endgültig.

Der Präsident der Reichsuniversität Leiden, K. J. Cath, dankte jetzt der großzügigen Spenderin posthum durch eine Kranzniederlegung an ihrem Grab und durch ein Bankett im stilvollen Aachener Couven-Museum. Ob das Zähneknirschen der Enterbten das zarte Gläserklingen übertönte, ist nicht bekannt.

Neues Aufgabengebiet für Unterwasser-Roboter: Einsatz nach „Fahrerflucht auf See"



Leutnant George Rey (links) und Maat Steve Rebich an der Steuerkonsole für den Unterwasserroboter RCV-225. Mit dem bierfaßgroßen, 60 Kilogramm schweren Gerät (unten), das mit Kameras ausgerüstet ist, konnte jetzt in Kalifornien erstmals eine folgenschwere und strittige Kollision zweier Schiffe aufgeklärt werden. Der Roboter wurde in einem Käfig auf den Meeresboden in 1200 Meter Tiefe geschickt. FOTOS: MARILYN WEISS



Fahndung auf dem Meeresboden

HELMUT VOSS, **San Diego**

Ein kleiner kugeliger Fahnder spielte jetzt die Hauptrolle in einem „maritimen Krimi" sondergleichen. Mit Hilfe von Sonargeräten und eines kleinen, mit TV-Kamera und 35mm-Kleinbildkamera ausgerüsteten Unterwasser-Roboters gelang es der „Gruppe für unbemannte Tauchfahrzeuge" (Unmanned Vehicles Detachment), in einem Seegebiet nordwestlich von San Francisco einen Fall von „Fahrerflucht auf See" aufzuklären.

„Das war das erstemal, daß wir so etwas gemacht haben", erklärte der Leiter der Operation, Leutnant George Rey, im Hauptquartier der Einheit auf dem Marinestützpunkt in San Diego in Südkalifornien, „das hat uns allen unheimlich Befriedigung verschafft, weil wir Hinterbliebenen haben helfen können."

Was war passiert? Der in San Francisco beheimatete, 22 Meter lange Fischkutter „Jack Jr." sank am Abend des 26. Mai vor der kalifornischen Halbinsel Point Reyes mit seiner dreiköpfigen Besatzung, nachdem er bei leichtem Nebel von einem zuerst nicht identifizierten Schiff gerammt worden war. Das letzte Lebenszeichen war ein Funkspruch des Kutterskippers Jack Favaloro (56), in dem er seine Position angab und ein sich näherndes Schiff warnte, daß er gerade seine Netze einhole und darum manövrierunfähig sei. Der Funkspruch endete mit den Worten: „Ändern Sie Ihren Kurs! Mann, was machen Sie denn? Oh mein Gott, Sie rammen mich gleich! SOS, SOS, SOS!" – gefolgt von einem lauten Krachen und Knirschen.

Zu der fraglichen Zeit waren mehrere größere Schiffe in dem Seegebiet – einem starkbefahrenen Schifffahrtskorridor, in dem schon mehrere Fischkutter spurlos verschwanden. Der Verdacht richtete sich bald gegen den mehr als 200 Meter langen beladenen Großtanker „Golden Gate", der – bei knapp 500 Meter Sichtweite – mit voller Fahrt in Richtung auf den Hafen Anacortes im nördlich von San Francisco gelegenen US-Bundesstaat Washington lief.

Der Tanker verringerte nach dem „SOS"-Ruf zuerst nicht einmal seine Fahrtgeschwindigkeit und beteiligte sich erst nach ausdrücklicher Aufforderung von seiten der US-Küstenwache an einer zweistündigen Suchaktion. Doch außer ein paar Wrackteilen wurde nichts gefunden ...

Bei einer emotionsgeladenen Seeamtsverhandlung in San Francisco versuchten Vertreter der US-Küstenwache und Anwälte für die Hinterbliebenen später vergeblich nachzuweisen, daß die von der Keystone Tanker Ship Co. bereederte „Golden Gate" den Untergang der „Jack Jr." verschuldet hatte. Am Bug des Tankers wurden zwar Kratzer und Farbspuren entdeckt, aber eine direkte Verbindung zur „Jack Jr." war nicht mit letzter Sicherheit herzustellen. Auch ein Verhör der „Golden Gate"-Besatzung blieb ohne Ergebnis. Kapitän David Hilger (30) befand sich zum Zeitpunkt der Kollision in seiner Kajüte und beteuerte im Kreuzverhör, von einem Aufprall nichts gespürt zu haben. Die Keystone-Anwälte faßten zusammen: „Niemand hat gesehen, was wirklich passiert ist. Bis jetzt ist das alles reine Spekulation."

Da wandte sich die Küstenwache an die auf Suchoperationen unter Wasser spezialisierte Einheit in San Diego, deren Unterabteilung für unbemannte Fahrzeuge seit Dezember vorigen Jahres mit einem hochleistungsfähigen neuen Suchroboter ausgerüstet ist: Das RCV-225 genannte Gerät ist eine knapp 60 Kilo schwere, organgefarbene, bierfaßgroße Kugel mit vier Elektropropellern, die in einem Transportkäfig bis auf eine Tiefe von 1200 Meter abgesenkt und dann per Kabelfernsteuerung ausgefahren werden kann.

Leutnant Rey: „Wir sollten beweisen, daß die ‚Jack Jr.' dort gesunken war, wo sich die ‚Golden Gate' laut Logbucheintragung zum Zeitpunkt der Kollision befunden hatte. Wir hatten nur vier Tage Zeit, in dem fraglichen Seegebiet zu suchen und haben das Wrack buchstäblich in letzter Minute lokalisieren können.

Der Beweis war erbracht, nachdem unser Roboter in 76 Meter Wassertiefe ein Stück Bordwand mit der Aufschrift ‚Jack Jr.' fotografiert hatte." Die Reederei des Tankers hat mittlerweile klein beigegeben und den Hinterbliebenen der drei Fischer mit der Zusicherung die Weihnachtszeit verschönt, daß sie Entschädigung in Höhe von 7,1 Millionen Dollar zahlen werde. (SAD)

Zitronensaft gegen Waldis Mundgeruch

dpa, **Düsseldorf**

Wenn „Rex" oder „Waldi" mit üblem „Mundgeruch" durch die Wohnung zockelt, muß dies nicht unbedingt am Futter liegen – der strenge Duft kann auch von Zahnstein, Zahnbelag oder einer Paradontose in der Hundeschnauze stammen. Dann sollte sein Herrchen oder Frauchen schleunigst mit dem Vierbeiner zum Tierarzt, um den Zahnbelag fachkundig entfernen zu lassen. Vorbeugend kann man aber auch zu Zahnbürste oder Baumwolläppchen greifen: Damit, eingetunkt in ein Zitronensaft-Wasser-Gemisch, sollte die Hundemutter dem Vierbeiner vorsichtig das Gebiß abreiben. Diese Empfehlung gab jetzt der Industrieverband Heimtierbedarf in Düsseldorf.

Streik in Frankreich

SAD, **Paris**

Wegen eines Lokführerstreiks in Frankreich waren die Bahnverbindungen aus der Bundesrepublik Deutschland nach Paris bis gestern mitternacht unterbrochen. Aufgrund der Streikwelle kam es am Wochenende zu chaotischen Verkehrsverhältnissen. Die Fluglinie „Air Inter" hatte 80 Prozent der Linienflüge absagen müssen. Die Regierung erlaubte daher den Einsatz ausländischer Privatgesellschaften. In den großen Häfen des Landes werden Handels- und vor allem Fährschiffe bestreikt. In Paris wird heute der öffentliche Verkehr – Metro und Buslinien – vom Ausstand betroffen sein.

Bischof als Geisel

dpa, **Linz**

Ein mit einer Pistole bewaffneter 37jähriger Häftling der oberösterreichischen Strafanstalt Garsten hat versucht, bei einer Weihnachtsfeier den Linzer Diözesanbischof Maximilian Aichern in seine Gewalt zu bringen. Der Bischof konnte in die Sakristei der Gefängniskapelle flüchten. Der Direktor der Anstalt und mehrere Wachebeamte konnten den Häftling überwältigen.

„Prominenter" erschossen

dpa, **Düsseldorf**

Ein 49jähriger „Prominenter" der Düsseldorfer Altstadt- und Halbwelt-Szene ist am frühen Samstag morgen durch mehrere Schüsse in der Nähe seines Hauses in Neuss erschossen worden. Der unbekannte Täter war gegen 2.30 Uhr aus einem Gebüsch gesprungen und hatte mehrmals auf den Mann gefeuert.

Brummis als Raser

dpa, **Neumünster**

Die Fahrer von Schwerlastern fahren auf der Autobahn fast ausnahmslos zu schnell. Das hat die schleswig-holsteinische Landespolizei bei einer großangelegten Kontrolle auf der Autobahn Hamburg–Flensburg festgestellt. Danach fuhren 98,8 Prozent der 2241 kontrollierten Schwerlaster zu schnell. 44 Fahrer überschritten die erlaubten 80 km/h um bis zu 25 km/h.

Grüße über Satellit

AP, **Bonn**

Am Abend des ersten Weihnachtsfeiertages können 15 Angehörige der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland mit ihren Familien in der Heimat Weihnachtsgrüße von Angesicht zu Angesicht austauschen. Die Deutsche Bundespost in Frankfurt und die amerikanische Fernmeldegesellschaft ATT in Washington stellen dazu ihre Videokonferenzräume zur Verfügung.

ZU GUTER LETZT

„Nur zur Unterrichtung der Pressevertreter über in der nächsten Woche anstehende Termine – nicht zur Veröffentlichung bestimmt: Mittwoch, den 24. Dezember 1986 – Heiligabend – Donnerstag, den 25. Dezember 1986 – 1. Weihnachtsfeiertag – Freitag, den 26. Dezember 1986 – 2. Weihnachtsfeiertag". Launige Mitteilung der Justizpressestelle Berlin.

WETTER: Dauerfrost

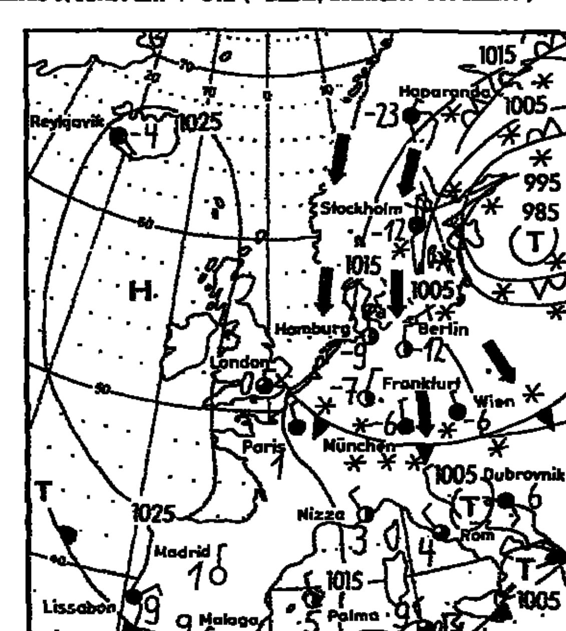
Lage: Ein Tiefausläufer überquert heute Deutschland von Nord nach Süd, hinter ihm wird zunehmend Kaltluft herangeführt.

Vorhersage für Montag: Norden und Berlin: Wechselnde Bewölkung mit Schneeschauern. Temperaturen minus 2, nachts bis minus 10 Grad. Mitte und Süden: Stark bewölkt und Schneeregen, in den höheren Lagen durchweg als Schnee, hier Höchsttemperaturen um minus 5, sonst um null Grad, nachts Abkühlung auf minus 5, über schneebedeckten Flächen bis minus 12 Grad. Mäßiger, von West auf Nord drehender Wind.

Weitere Aussichten: Noch vereinzelt leichte Schneeschauer, Temperaturen tagsüber um minus 3, nachts minus 6 bis minus 12 Grad C.

Sonnenaufgang am Dienstag: 8.25 Uhr*, Untergang: 16.16 Uhr; **Mondaufgang:** 23.49 Uhr, Untergang: 12.12 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 22. Dez., 8 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Sonntag, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	-4	bw
Bielefeld	1	Sr
Braunlage	-1	S
Bremen	-2	bd
Dortmund	1	Sr
Dresden	0	S
Düsseldorf	1	Sr
Erfurt	0	S
Essen	1	bd
Feldberg/S.	-7	IW
Flensburg	4	he
Frankfurt/M.	3	bw
Freiburg	3	bw
Garmisch	0	bw
Greifswald	-3	bw
Hamburg	-3	he
Hannover	-1	bd
Kahler Asten	-3	Gr
Kassel	2	bd
Kempten	-1	S
Kiel	-1	bw
Koblenz	4	bw
Köln-Bonn	3	R
Konstanz	1	S
Leipzig	2	Sp
List/Sylt	-4	bw
Lübeck	-3	bw
Mannheim	5	bw
München	1	bw
Münster	3	R
Norderney	0	bw
Nürnberg	2	bw
Oberstdorf	-1	S
Passau	0	S
Saarbrücken	1	bw
Stuttgart	2	bw
Trier	2	bw
Zugspitze	-18	S
Ausland:		
Algier	16	he
Amsterdam	6	bw
Athen	12	bw
Barcelona	10	bw
Belgrad	-	-
Bordeaux	7	bw
Bozen	-5	he
Brüssel	3	he
Budapest	3	bw
Bukarest	3	he
Casablanca	16	he
Dublin	4	he
Dubrovnik	4	bd
Edinburgh	4	bw
Faro	15	bw
Florenz	-1	wl
Genf	2	bw
Helsinki	-10	S
Hongkong	19	wl
Innsbruck	1	he
Istanbul	9	he
Kairo	17	he
Klagenfurt	-1	he
Konstanza	4	he
Kopenhagen	-4	S
Korfu	10	he
Las Palmas	19	bw
Leningrad	-8	S
Lissabon	14	bw
Locarno	3	bd
London	1	S
Los Angeles	15	wl
Luxemburg	1	S
Madrid	10	bw
Mailand	5	he
Malaga	14	bw
Mallorca	16	bw
Moskau	-3	S
Neapel	9	Gw
New York	4	bw
Nizza	14	he
Oslo	-10	bw
Ostende	5	bw
Palermo	-	-
Paris	3	he
Peking	0	wl
Prag	0	S
Rhodos	10	he
Rom	6	bw
Salzburg	2	bw
Singapur	25	R
Split	7	R
Stockholm	-5	S
Straßburg	4	bw
Tel Aviv	18	he
Tokio	14	Rs
Tunis	13	bw
Valencia	14	bw
Varna	8	he
Venedig	4	he
Warschau	-3	he
Wien	3	S
Zürich	1	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

„Ausbrecherkönig" auf Sylt gefaßt

Afred Lecki leistete keine Gegenwehr / Mit Hubschrauber ins Justizkrankenhaus

AP, **Wiesbaden**

Nur drei Monate währte diesmal die Freiheit für Deutschlands „Ausbrecherkönig" Alfred Lecki: Der am 21. September aus der Bonner Universitätsklinik geflüchtete 48 Jahre alte Polizistenmörder und Bankräuber ist am Samstag abend in einem Haus in Westerland auf Sylt von einem Spezialkommando der Polizei gefaßt worden. Ein Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes brachte Lecki gestern mittag in das erst kürzlich eröffnete Justizkrankenhaus Fröndenberg im Sauerland. Lecki leidet offenbar noch immer an den Spätfolgen eines Unfalls, bei dem er sich den Unterschenkel verletzt hatte. Bei seiner Ergreifung hatte er nach Angaben des Wiesbadener Bundeskriminalamtes (BKA) keinen Widerstand geleistet.

Dem als äußerst gefährlich geltenden Berufsverbrecher war bereits zum vierten Mal die Flucht geglückt. Für seine Festnahme war zum Schluß eine Belohnung von 50 000 Mark ausgesetzt gewesen. Das vorletzte Mal hatte Lecki sich 14 Monate lang vor der Polizei verstecken können. Das BKA erklärte, eines seiner Fahndungskommandos habe gemeinsam mit Beamten von Sondereinsatzkommandos des Landes Niedersachsen Lecki, der unbewaffnet war, so schnell überwältigt, daß er keine Gegenwehr mehr habe leisten können.

Der Sprecher des Düsseldorfer Justizministeriums, Dieter Wendorff erklärte, es habe mehr als 100 Hinweise aus der Bevölkerung gegeben. Zahlreiche Bürger wollten Lecki in allen möglichen Ländern Europas gesehen haben. Die Festnahme sei jetzt nach einer „konkreten Zielfahndung" erfolgt. Daraus ist zu schließen, daß die Polizei einen Tip erhalten hatte.

Lecki verbüßte zuletzt in der Justizvollzugsanstalt Rheinbach bei Bonn eine lebenslange Freiheitsstrafe. Im August dieses Jahres war er in die Bonner Universitätsklinik verlegt worden, wo er sich einem chirurgischen Eingriff an seinem rechten Unterschenkel unterziehen sollte. Am 21. September bedrohte er seinen Bewacher nach dessen Angaben mit einer langläufigen Pistole, fesselte ihn und nahm ihm die Waffe ab.

Wieder in Haft: Polizistenmörder Alfred Lecki

Der in Berlin geborene Lecki, der 1,84 Meter groß und kräftig gebaut ist, fiel der Polizei zum ersten Mal bereits als 17jähriger wegen Autodiebstahls auf. Seine Ausbrecherkarriere, die inzwischen vier erfolgreiche und zwei mißlungene Fluchtversuche umfaßt, begann 1968 mit einem Banküberfall in Berlin. Er wurde festgenommen, floh aber kurz darauf.

Im Herbst 1969 fiel in Bottrop der in einem Wagen schlafende Lecki zwei Streifenpolizisten auf. Als sie seine Papiere verlangten, erschoß er einen Streifenbeamten, konnte aber überwältigt werden. Doch schon am ersten Weihnachtsfeiertag desselben Jahres floh Lecki zusammen mit einem Komplizen aus der Justizvollzugsanstalt Essen. Nachdem die beiden in wenigen Monaten bei Überfällen auf Geldtransporte rund fünf Millionen Mark erbeutet hatten, wurden sie 1970 in Spanien erneut festgenommen. Von den fünf Millionen Mark Beute konnten nur noch 190 000 Mark sichergestellt werden.

Zuletzt entkam Lecki im Oktober 1983 bei einem Einkaufsbummel in der Bonner Innenstadt, bei dem er von einem unbewaffneten Sozialarbeiter begleitet wurde. Erst im Dezember 1984 wurde er aufgrund des Tips eines Mithäftlings in Köln wieder festgenommen.